Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ID

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR.225 15.April 1978 D 1870 CX
Redaktionsschluß: Donnerstag 16 Uhr Tel.: 0611 / 704 352



Am 8. April demonstrieren in Frankfurt 2.000 Eltern, Kinder und Betreuer gegen die Zerstörung der KITA-Projekte. Seit über einer Woche boykottiern die Betreuer ihre Zwangsversetzungen.

NATIONALES RADIOTREFFEN

HANNOVER
10.April

Ende März trafen sich Radioinitiativen aus Italien, Frankreich, Spanien, Belgien und der BRD in Paris. Dort wurde vorgeschlagen, für das letzte Aprilwochenende ein Treffen der Westdeutschen Initiativen in Hannover zu organisieren.

Kontaktadresse: **Thomas Schneider, c/o Kellner Veckenstr. 16, 3 Hannover 91**

SEXUALITÄT IM BERUFSALLTAG VON SOZIALPÄDAGOGEN

FRANKFURT
12. April

Die Päd-Extra Sozialarbeit schreibt:
Zum 1. April erscheint das nächste Heft der päd. extra sozialarbeit. Das Heft wird viele Eurer Leser besonders interessieren: es geht um Sexualität im Berufsalltag von Sozialpädagogen und -arbeitern. Und zwar: Was passiert eigentlich sexuell zwischen den Erziehern (innen) und ihren ‚Klienten'? Wie schaffen es die Erzieher, sich sexuell gegen Heranwachsende abzudichten — schaffen sie es überhaupt? Und was passiert zwischen den Erziehern?

Zu beziehen ist das Heft bei: Päd-Extra Sozialarbeit, Postfach 119086, 6000 Frankfurt 2, Tel.: 0611/ 23 58 80.

ZEITUNG FÜR EIN FREIES FRANKEN

NÜRNBERG
10. April

Die Herausgeber schreiben:
Seit etwa 1 1/2 Jahren gibt es im Raum Nürnberg/Erlangen ein Grüpplein namens „Fränkischer Bundschuh alias Fränkische Regionalistische Aktion Bundschuh" (FraB). Es ist aus dem Unmut heraus entstanden, daß Franken auf allen Gebieten immer mehr „entfrankisiert" wird. Dieser Unmut nimmt in letzter Zeit allgemein zu, vor allem wegen des Programms des Bayrischen Rundfunks, das unsere Heimat völlig vernachlässigt.
Der „Fränkische Bundschuh" tritt ein für: die Entwicklung der politischen, kulturellen und auch sprachlichen Identität des fränkischen Volkes, die Lostrennung Frankens vom Unfreistaat Bayern, die Schaffung eines Bundesland Franken (möglichst mit DDR (!)) und schließlich das sozialistische Europa der Regionen. (Also Auflösung der jetzigen Nationalstaaten).

Die FraB gibt ein Blatt namens „Freies Franken" heraus. Die erste Nummer ist erschienen.

Erhältlich bei: Th. Reiss, Neumarkter Str. 65, 8500 Nürnberg, für DM 0,50 (+ Porto).

FRAUENKNASTZEITUNG

WESTBERLIN
12. April

Die Berliner Frauen der Zeitung „Frauen im Knast" weisen darauf hin, daß „Frauen im Knast 2, Februar 78" erschienen ist.

„Zeitung von Frauen aus dem Knast Lehrter Str. in Berlin und der Frauenknastgruppe.
Inhalt u.a. Trennscheiben, Drogenabhängigkeit, medizinische Versorgung, der Tod von E. Card ...

Die Zeitung kostet 2,-- DM (von der ersten sind auch noch welche da) und ist zu erhalten über: Helga Kernke, Buhrowstr. 1, 1000 Berlin 41. Bezahlung bitte in Briefmarken oder Postscheckkonto Christa Schnorrenberg, 418 323 - 109, Berlin-West."

FRAUEN-STADTZEITUNG

BRAUNSCHWEIG
29. März

Die Frauengruppe schreibt:
Die Frauengruppe im selbstverwalteten Zentrum ‚Bambule' hat die erste Sondernummer der Braunschweiger Stadtzeigung ‚Guten Morgen' herausgebracht. Wer den Frauen-Guten-Morgen haben möchte, bekommt ihn über:
Guten Morgen — c/o Guten Morgen Büro, Helmstedeter Str. 167, 3300 Braunschweig. Er kostet 1,60 in Briefmarken.

SCHÜLER-INFO — IDEE EINER ZEITUNG VON UND FÜR KRANKENPFLEGESCHÜLER

BERLIN
12. April

Berliner Krankenpflegeschüler arbeiten seit Dez. 1977 an einer Zeitung speziell für die Berliner Krankenpflegeschulen. Sie wollen mit der Zeitung „Informationen und fortschrittliche Initiativen in der Krankenpflegeausbildung vermitteln und mit dem in Verbindung bringen, was Medizin unter den gegenwärtigen Bedingungen bedeutet."

Kontakte: Kollektiv Schüler-Info, c/o Klaus Klatte — postlagernd, Hauptpostamt, Skalitzer Str. / D-1000 Berlin 36.

2. STRAFVERTEIDIGERTAG IN HAMBURG

HAMBURG
4. April

Der 2. Strafverteidigertag '78 beginnt am 28. April um 15 Uhr in Hamburg. Er wird bis zum Sonntag, 30. April, dauern. Referenten sind Heinrich Hannover („Der Zustand der Strafverteidigung"), Gerhard Mauz („Gesellschaftliche Bedingungen für Strafverteidigung") und Werner Holtfort („Die Standesvertretung — Schutz oder Fessel"). Außerdem sind sechs Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen vorgesehen. Tagungsort ist das Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 13, 2000 Hamburg 13. Informationen sind über den Hamburger Arbeitskreis für Strafverteidiger, Alsterkrugchausee 186, 2000 Hamburg 60 (Tel. 040/512226) zu erhalten.

TREFFEN FÜR NICARAGUA-GRUPPEN

GÖTTINGEN
12. April

Das Nicaragua-Komitee Göttingen lädt zu einer Veranstaltung ein, die vom 21. bis zum 22. April in Göttingen stattfinden soll. Ziel der Veranstaltung ist eine Koordinierung aller Gruppen die über Nicaragua arbeiten und an einer kontinuierlichen Zusammenarbeit interessiert sind.
Kontakt: Manuel Enriquez Cruz, Christopherunsweg 12-232, 3400 Göttingen.

MITTEILUNG AUS DER ROTEN STRASSE

GÖTTINGEN
4. April

Das Bundeskriminalamt, Abteilung Terror, hat dem Göttinger Buchladen „Rote Straße" lapidar mitgeteilt, daß es drei Exemplare von „Texte der RAF" beschlagnahmt habe, die per Post an den Buchladen hätten gehen sollen, unterwegs aber verschwunden sind. Die Mitteilung enthält keine Hinweise auf Paragraphen, dafür aber den Hinweis, weitere Auskünfte seien bei der Bundesanwaltschaft zu erhalten. Der Buchladen „Rote Straße" bittet alle, denen ähnliches passiert ist, sich mit ihm in Verbindung zu setzten.
Kontaktadresse: **Buchladen „Rote Straße", Rote Straße 10, 3400 Göttingen.**



DIE KITA BLEIBT OFFEN - DAS WOLLEN WIR DOCH SEHR BITTEN

FRANKFURT
13. April

Die CDU-Stadtverwaltung will das KITA-Projekt zerschlagen. Die Erzieheinnen/er wurden am 3. April in fürst[illegible]her Manier über die gesamte Stadt verteilt, zwangsversetzt. Die Kinder werden neu verteilt, auf jeden Fall von ihren Bezugspersonen getrennt. Die Kita's werden umgewandelt in Kindertagesstätten, die oft die doppelte Anzahl Kinder aufnehmen müssen, bei gleicher Betreuerzahl, manchmal sind noch weniger da. Während die Kitaprojekte kollektiv, als Team zusammenarbeiten, sind die Kindertagesstätten fabrikmäßig organisiert, da gibt es eine Leiterin, die das Sagen hat und angestellte Erzieherinnen und Erzieher. Im ID 224 hatten wir hauptsächlich vom Verlauf des 3. April berichtet, dem Tag als die Stadt mit Polizei und Verfügungen ihr Vorhaben durchzuführen versuchte. Die Betreuerkollektive der Kitas und viele Eltern leisteten unerwarteten Widerstand. Viele Betreuer/innen folgten der Versetzung nicht, sondern trafen sich wie gewohnt morgens an der Kita. Einige Gebäude wurden von der Stadt abgeschlossen. Wie sich diese Woche abspielte ist in dem folgenden Gespräch zu lesen, wo ein Betreuer aus einer Kita berichtet.

Während unseres Gespräches kam eine Frau, die ihr Kind in zwei Jahren auch gerne in diese Kita bringen würde. An keinem Punkt unseres Gespräches ist so bedrohlich klar geworden, was eigentlich auf dem Spiel steht wie in diesem kurzen Augenblick als sie sagte, daß es ihr hier gefiele und daß sie ihr Kind gerne in eine solche Kita bringen würde aber wer weiß, was in zwei Jahren ist. Sie hat den Betreuern Glück gewünscht für ihren Kampf, sie können es gebrauchen.

Wie haben die Kitas auf den 3. April reagiert?

Die Kitas haben unterschiedlich reagiert. Manche haben zugemacht, besser sind zugemacht worden, manche haben so gut es geht weitergearbeitet, andere wieder sind rumgezogen mit den Kindern, sind bei anderen Kitas zu Besuch.

Da steht natürlich die Spaltungsstrategie der Stadt dahinter, die versucht zwischen „guten" und „bösen" Kitas zu spalten, was insofern einen realen Kern hat, als es immer Kitas gegeben hat, die sich entschiedener gewehrt haben, und andere, die sich nicht so stark gewehrt haben. Die Ausgangsbasis ist: am 3. April sind in allen Kitas zusammen 180 Leute versetzt worden, von Kitas in Kindertagesstätten (KT) und umgekehrt. Das heißt für die Kitas, daß mehr als die Hälfte des Personals versetzt worden ist, zum Teil wird das Personal dabei gleich verringert. Anfang der vorigen Woche war die Situation erstmal für alle gleich, hat sich dann aber sehr schnell verändert, zum Beispiel sind in manchen Kitas Leiterinnen angekommen, die ganz klar im Kopf hatten, die Kitas kaputtzumachen, die einen Hass darauf hatten, was hier an Erziehung gelaufen ist.

Welche Berechtigung hätte der Haß haben können?

Ich weiß es nicht, ich habe auch selber keine erlebt, aber es gab eine Reihe, die mit dem Ziel hierhin gekommen sind, daß hier mal aufgeräumt wird, in dem „Saustall", auf der Ebene der Vorurteile, die in den Zeitungen und zum Teil von der SPD gegen uns produziert worden sind.

Und da hat es sich in ein paar Kitas sehr schnell zugespitzt, weil da sofort Leute vom Stadtschulamt gekommen sind und genau beobachtet haben, was gerade in den Kitas passiert, die am entschiedesten Widerstand geleistet haben.

Welche sind das?

Das sind die Kita 128 im Gallus, 111 im Rotschildpark und 112 am Grüneburgpark, die 103 in der Lenaustraße und die sind dann auch zusammen mit der 119 in der Hanauer Landstraße geschlossen worden.

Offiziell?

Da sind zum Teil die Schlösser ausgewechselt worden, am nächsten Tag konnte dann keiner mehr rein.

Und wo sind die dann hin?

Es gab ganz klar eine Solidarität von den anderen Kitas. Bei uns war es ganz klar, die Lenaustraße ist nicht so weit weg, die können hierherkommen. Der Kita 111 sind Räume im Gewerkschaftshaus angeboten worden.

Sind die Eltern von der Schließung benachrichtigt worden?

Da hing dann am Morgen ein Zettel mit so einer fadenscheinigen Begründung wie, ein ordnungsgemäßer Betrieb sei nicht mehr gewährleistet, die Kita müßte deshalb geschlossen bleiben, was ja gar keine Begründung ist. Bei anderen Kitas wurde den Eltern vorgeschlagen, die Kinder in andere KT's zu bringen, die aber keinen Platz haben für die Kinder, die sind nach normalen Maßstäben schon überfüllt, auch nach Maßstäben des Stadtschulamtes schon voll. Die sind zum Teil auch hingegangen, haben sich das angekuckt und versucht mit den Keuten zu reden, da haben aber auch größtenteils die Eltern gesagt, das ist unzumutbar, und sind weggegangen.
Die Kita 119 ist in die Kita in der Eulengasse gegangen. Die 111 ins Gewerkschaftshaus, die 128 ist in die Kita nach Niederrad gegangen und so.
Da gab es schon klar eine Solidarität, daß die ausgeschlossen worden sind woanders aufgenommen worden sind. Das ist natürlich auch für die Kinder schwierig, man muß sie hin- und herfahren, das ist schon eine Belastung für sie. Auf der anderen Seite gab es auch gute Erfahrungen, zum Beispiel hier für diese Kita war es auch mal gut mit andren Kindern aus anderen Kitas zusammenzukommen, mal wieder andere Kinder zu sehen; aber es ist natürlich nur eine Notlösung.

Zwischen den Kitas und den KT's gab es schon lange ein gespanntes Verhältnis. Für die Stadt eine gute Ansatzmöglichkeit zur Spaltung. Hat sich daran was geändert?

Ist schwer zu sagen. Am 3. April haben wir eine Versammlung im Gewerkschaftshaus gehabt, da waren auch viele Erzieherinnen aus den KT's und es waren viele, die unheimlich sauer waren über diese Maßnahmen, die auch mit einer Brutalität und einem Zynismus durchgeführt worden sind, da sind Leute, eine Frau, die zehn Jahre in Schwanheim gearbeitet hat, ist nach Oberrad versetzt worden, überhaupt sind die ganzen Versetzungen mit einer Rücksichtslosigkeit durchgeführt worden.

Jeder möglichst weit weg von seinem Platz?

Jaja und auch systematisch, als die, die am meisten Widerstand geleistet haben in Kitas versetzt worden sind, die berüchtigt sind für Ruhe und Ordnung, wo es halt so alte Drachen gibt, die in einer ganz sturen Weise Ordnung halten. Ich habe nicht so viele im Kopf, aber zum Beispiel die in der Nordweststadt, da sollte ich mal hingehen, da habe ich mich mal erkundigt. Die haben 120 Kinder in der Kindertagesstätte, davon 70 Hortkinder und für die Hortkinder vier Betreuer, ich wäre der fünfte gewesen. Hier haben wir vier Betreuer für 30 Hortkinder gehabt. Da kann man ungefähr sehen, was das für Verhältnisse sind.

Liegt da nicht nahe, daß die Betreuerinnen in der KT's neidisch auf eure guten Arbeitsbedingungen sind und da auch nicht so schnell betroffen sind, wenn's euch an den Kragen geht?

Das ist zu einfach. Wir haben, seit es die Kitas gibt diskutiert daß wir mehr Kontakt mit den Kindertagesstätten haben sollten, aber nie soviel Kraft aufgebracht, es wirklich energisch, systematisch und gründlich zu betreiben. Es ist auch tatsächlich relativ schwierig, weil die Kindertagesstätten autoritär organisiert sind. Wenn du da reinkommst, selbst wenn die Leiterin nicht die erste ist die dich wahrnimmt, ist die Struktur so, daß die normale Erzieherin dich erstmal zur Leiterin schickt, nicht mal von sich aus einen Versuch macht, Kontakt aufzunehmen und sämtliche Informationen, die du schriftlich da reingibst, werden erstmal auf dem Tisch der Leiterin landen, die dann auswählt was sie weitergibt und was nicht.
Es gibt auch Unterschiede, also Leiterinnen, die versuchen permanenten Kontakt mit ihren Erzieherinnen zu haben. Aber das ist nicht die Regel.
Da kann man jetzt auch einen Rückschluß machen auf diese Versetzungsaktion. Was hier passiert mit der Versetzungsaktion ist genau der Stil, wie diese Kindertagesstätten immer schon geleitet worden sind. Es hat nämlich schon Fälle gegeben, wo naturwüchsig aus den Leuten, die in einer KT gearbeitet haben, ein Team gewachsen ist, das dann auch versucht hat seine Interessen gegenüber dem Stadtschulamt durchzusetzen. Da ist immer so reagiert worden, daß das Team auseinandergerissen worden ist, daß die Leute versetzt worden sind in die verschiedensten Stadtteile. Das ist genau das, was mit uns versucht worden ist, das war relativ klar, daß die Teams, die seit Jahren gewachsen sind, die sich verstehen und die wissen, daß sie sich aufeinander verlassen können, wenn man die so gelassen hätte, wäre es für eine Leiterin unheimlich schwer gewesen, überhaupt einen Fuß auf den Boden zu kriegen.
Deswegen hätten wir das erwarten müssen, einige haben das auch gesagt, aber wir haben uns nie so richtig darauf vorbereitet, daß eine Versetzungsaktion in so einem Stil mit dem 1. April kommen würde. Ich habs mir irgendwie gedacht, aber keiner hat geglaubt, daß die CDU mit so einer Brutalität und so einem Zynismus an die Sache rangeht. Man muß sagen: es sind grob gerechnet 2..000 Kinder, bei denen die Bezugspersonen ausgetauscht werden.

Nochmal etwas zur Vorgeschichte: die SPD verbreitet insofern eine trügerische Freundlichkeit, als sie ja auch im letzten Wahlkampf das Kita-Projekt fallengelassen hatte und auch schon vorher in Konfliktfällen immer deutlich gezeigt hat, daß sie nicht hinter den Inhalten dieses Projektes steht. Was die CDU betrifft, so legt sie jetzt eine erstaunliche Dummheit an den Tag.

Da spielt die Person des neuen Schuldezernenten eine wichtige Rolle. Der Schuldezernent Mihm, für die Maßnahme der letzten Woche verantwortlich, kommt aus der rechten Ecke der CDU und ist oder war in rechtsradikalen Organisationen wie zum Beispiel dem Wittikobund. Das stand auch in der Zeitung. Dieser Vergangenheit entspricht auch seine Vorstellung von Pädagogik. Zentrale Begriffe bei ihm sind: Demut, Ehrlichkeit, Duldung und Ähnliches. Ich glaube, daß man auch innerhalb des Frankfurter Magistrats beginnt, den Mihm kaltzustellen, weil er eine so enorme Ungeschicklichkeit an den Tag gelegt hat, die man sich auf die Dauer nicht leisten will. In den letzten Tagen sind die wesentlichen Entscheidungen auf den Personaldezernenten Brück verlegt worden. Alle Verhandlungen, die von den Eltern oder uns laufen, gehen jetzt über den Brück, dem man jetzt wohl die Kompetenz zuschiebt, der etwas geschickter ist.

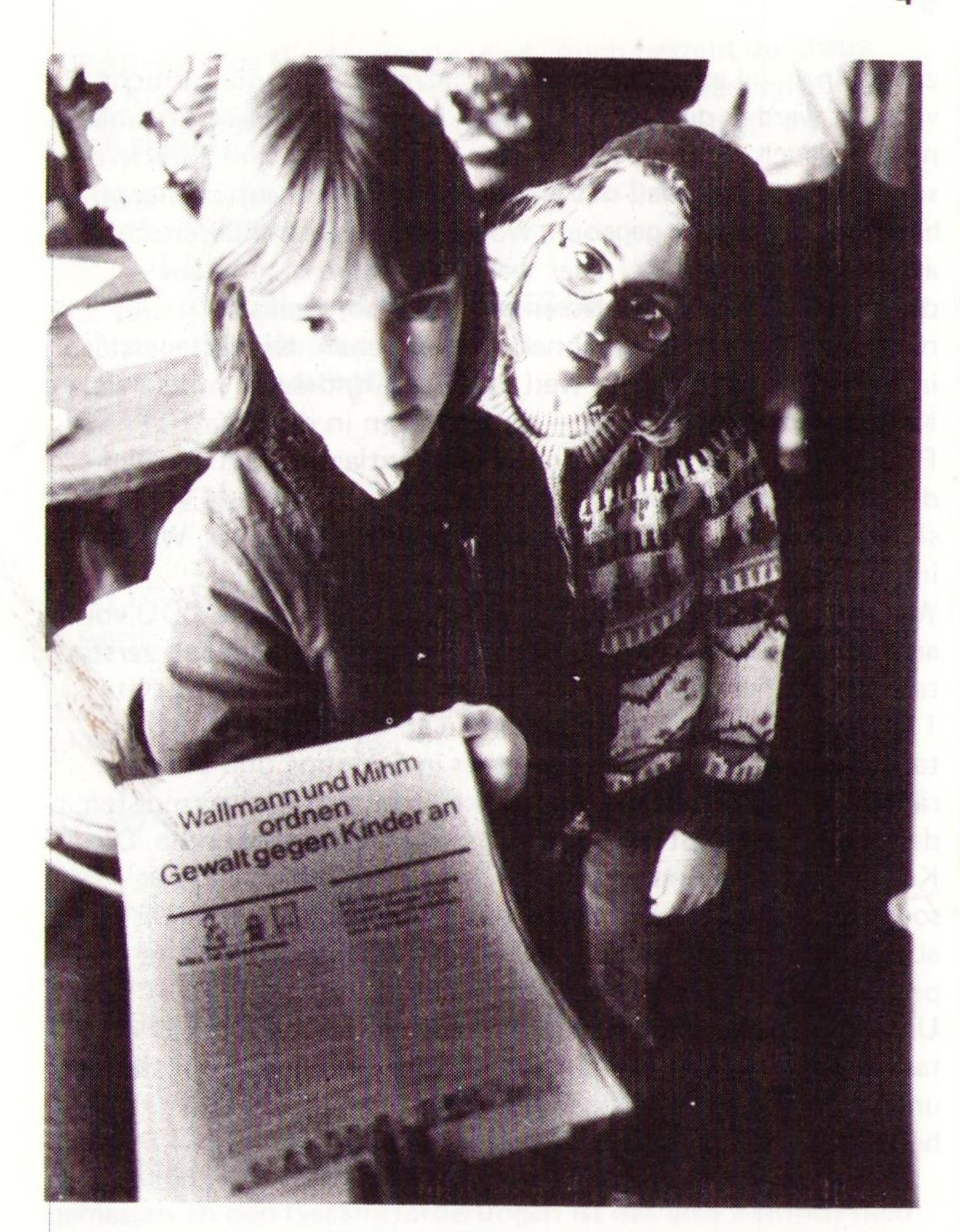
Was macht die Gewerkschaft?

Bei der Versammlung im Gewerkschaftshaus haben auch Erzieherinnen aus den KT's berichtet, was dort allgemein für Zustände herrschen und wir haben daraufhin gesagt, das ist eine Situation wo eine Gewerkschaft ÖTV mal was tun müßte, wo mal ein Arbeitskampf gegen die Verhältnisse in den Frankfurter Kindertagesstätten geführt werden müßte. Dazu ist die ÖTV nicht bereit, nicht mal dazu, eine Protestveranstaltung während der Arbeitszeit durchzuführen. Und erst als wir sie immer und immer wieder getreten war sie bereit, die Demonstration am

Samstag zu unterstützen. Natürlich sagen sie, es ist schlimm was da passiert und sie können verstehen, daß die Erzieher sich weigern den neuen Arbeitsplatz aufzusuchen. Aber an Unterstützung bieten sie praktisch nichts an, am Schluß bleibt dann so eine Äußerung, daß sie im Notfall noch keinem den Rechtsschutz verweigert hätten.
Der Personalrat ist mehrheitlich von einer rechten Gruppe bestimmt die außerhalb der ÖTV steht, die ziemlich CDU-nahe ist und da zieht sich die ÖTV darauf zurück und sagt, wenn ihr so einen Personalrat habt, dann können wir auch nichts machen. Da haben sie ein bißchen mit Recht, aber so, wie sie sich verhalten, kann andererseits nicht erwartet werden, daß jemand Vertrauen zur Gewerkschaft entwickeln könnte. Das ist halt so in unserer Geschichte, daß wir immer Verbündete gesucht haben, letztendlich aber nur da was erreicht haben, wo wir uns auf uns selber verlassen haben.
Die Situation ist halt schon extrem. Eine Gruppe der Leute sagt: wir sind nicht bereit unter einer Leiterin zu arbeiten. Ich sehe es für mich so, daß ich das nicht will, daß wir es im Laufe eines Jahres nicht geschafft haben das Einsetzen von Leiterinnen zu verhindern. Das hängt auch sehr stark mit den Eltern zusammen, dass sie sich an so einem Punkt nicht so stark engagiert haben, weil für sie das auch nicht so einsichtig ist. Die Eltern haben sich jetzt stark engagiert als es hieß, die Bezugspersonen werden versetzt. Aber in dem Kampf vorher haben sie wenig gemacht, den haben wir verloren und ich habe gesagt, ich will versuchen drin zu bleiben wenn die Leiterin kommt, wenn ich einigermaßen die Arbeit machen kann wie ich das will, ich hab aber wenig Hoffnungen, daß das lange gut gehen kann.
Es gibt halt drei Gruppen: die einen, die grundsätzlich nicht bereit sind unter einer Leiterin zu arbeiten. Die anderen wollen sehen wie das geht, rechnen aber nicht damit, daß es lange gut gehen kann. Die dritten sagen, es bleibt uns nichts anderes übrig, wir wollen es auch der Kinder wegen und auch wegen des Geldes, wir werden es schon durchhalten. Die erste Gruppe ist auch bereit alles aufs Spiel zu setzen. Die anderen wollen schon einen entschiedenen Widerstand leisten, wollen auch längerfristig drin bleiben.

Was die Haltung der Eltern betrifft: es ist euch nicht gelungen ihnen zu zeigen, daß eure Arbeitsorganisation, also wie ihr miteinander umgeht in alltäglichen Dingen, für die Kinder unheimlich wichtig ist.

das ist den meisten Eltern nicht einleuchtend. Den Kindern ist es meist viel klarer als den Eltern. Die Kinder wissen das oft viel klarer, was jetzt auf sie zukommt und daß sie das nicht wollen. Zwischendurch ist mir aufgefallen, daß es sehr einfach ist sich über die objektiven Gegebenheiten zu unterhalten und wie sich halt jeder so verhält. Aber es ist sehr schwer, über die individuelle Betroffenheit zu sprechen. Ich bin an dem 3. April hier hingekommen, war vorher 14 Tage in Urlaub, hab die Zeit, wo es sich zusammengebraut hat nicht mitgekriegt. Und da hat mich so eine Mischung von Wut und Traurigkeit gepackt. Gerade in dem Moment, wo die Kinder so auf mich zukamen und auch wußten, hier passiert was Ungeheuerliches für sie. Die Beziehungen zwischen den Kindern und mir, die gewachsen sind in der langen Zeit, die ich hier bin, die dann auch brutal zerstört werden und wo die Kinder auch ein Gefühl von haben - das können sie sich zwar nicht genau vorstellen was das heißt, aber das alles auszudrücken ist unglaublich schwer, das würd ich gern. Ein bißchen Ausdruck findet das in dem naiv-hilflosen Brief, den sie an den Mihm geschrieben haben (siehe ID 224).
Es hat jeder von uns in den 14 Tagen irgendwann mal einen Zusammenbruch gehabt, wo er nur noch heulend in der Ecke saß und nicht mehr wußte wies weitergeht. Das bestimmt halt auch den Kampf ein bißchen mit. Daß hier viele Beziehungen von Leuten, die zusammen gearbeitet haben, untereinander und zu den Kindern, zu den Eltern, die dem Kampf ein grosses Gewicht geben - nur so haben wir das durchgehalten, anderthalb Wochen nicht an unsere Arbeitsplätze zu gehen.



Können wir ein bißchen über Perspektiven reden?

Es gibt Leute, die sagen, es gibt jetzt nicht mehr 100 Kindertagesstätten und 20 Kitas sondern 120 Kindertagesstätten und das gibt uns auch mehr Möglichkeiten zusammen mit den Erzieherinnen der Kindertagesstätten den Kampf gegen die Stadt zu führen. Es gibt auch eine Reihe anderer, die sagen, unter diesen Bedingungen können wir hier nicht mehr sein. Auch eine Reihe Eltern, die sagen, unter diesen Bedingungen bleiben unsere Kinder nicht hier. Und das sind die Leute, die anfangen Alternativen zu überlegen und für die wahrscheinlich auch der Wallmann (CDU-Oberbürgermeister) diese Luftballons losläßt von der freien Trägerschaft. Man muß sehen, daß die Stadt damit einen Haufen Geld spart. Es bleibt vollkommen ungeklärt, ob man einen Verein von Eltern gründet mit Unterstützung von was weiß ich wem.

So etwas kann doch ohne städtische Zuschüsse nicht existieren.

Zuschüsse würde es geben, aber geringe. Aber es gibt auch eine Reihe Eltern, die sagen: hier bleiben wir unter diesen Umständen nicht, wir machen etwas anderes. Wie wir das hinkriegen wissen wir noch nicht. Es würde dann wieder mehr Kinder- und Schülerläden geben, auch mit der Möglichkeit, da etwas größere Gebilde zu schaffen, nicht so kleine Lösungen wo ein Erzieher mit zehn Kindern in einer Wohnung sitzt. Eventuell ein Kinderhaus im Nordend, aber wie man das auf die Beine stellt und wie es finanziert wird ist offen. Die Schwierigkeit ist ganz klar, daß es eine Auslese gibt, die sich an den Finanzen der Eltern orientiert, daß nur Mittelschichtseltern übrigbleiben, die anderen rausfallen. Dabei ist der Anteil der ausländischen Kinder in manchen Kitas sehr hoch. Dieses Problem ist vollkommen ungelöst.
Die Stadt, die CDU hat nicht mit solch einem entschiedenen Widerstand gerechnet. Daß so viele Leute so lange weigern würden, an ihren Arbeitsplatz zu gehen. Daraufhin haben sie versucht, die gröbsten Schnitzer in diesem Versetzungssystem aus-

zubügeln   Leute, die in der Probezeit waren, die garnicht versetzt werden dürfen und zum Beispiel schwangere Erzieherinnen, die auch nicht versetzt werden dürfen, die sind zurückversetzt, weil klar ist, daß das einen schlechten Eindruck macht. Es hat dann Gespräche gegeben, wo eine Kompromißbereitschaft angedeutet worden ist. Aber wenn heute zwei Leute aus der Kita 112 fristlos entlassen worden sind, weil sie nicht bereit waren in die ihnen zugewiesenen Kindertagesstätte in Bockenheim zu gehen, weil die Verhältnosse da mit so vielen Kindern unzumutbar sind – sie sind dann in die Kita 104 nach Rödelheim gefahren – wenn die jetzt entlassen werden zeigt das, daß die Stadt taktisch vorgeht, einerseits sind sie vorsichtig geworden, andrerseits wütend, unberechenbar. Wir sind im Moment unsicher, wie wir damit umgehen sollen.
Was uns noch sehr genützt hat war die Pleite, die die CDU vorne an Wallmann erlebt hat, als sie der Presse eine angeblich zerstörte und verschandelte Kita von innen zeigen wollten, die Kita 112. Als sie dann am frühen Morgen anrückten, mit Vertretern der Lokalpresse, war aber alles in Ordnung und aufgeräumt, so daß sie auf die Rumpelkammer ausweichen mußten, damit sie überhaupt was zum Vorzeigen finden konnten. Die Kommentare waren dementsprechend hämisch oder bissig sogar in der rechten „Frankfurter Neuen Presse". Da sieht man aber auch auf welcher Ebene die Vorwürfe gegen das Kitaprojekt vorgetragen werden: Diffamierungen.
Unsere Forderungen sind im Moment: es müssen sämtliche Kitas wieder geöffnet werden, alle Kündigungen zurückgenommen und sämtliche Versetzungen rückgängig gemacht werden. Vorher sind Verhandlungen eigentlich unmöglich.

DAS JUZE, DAS SCHLIESST NICHT, EHER MACHT DAS RATHAUS DICHT!

BAD SCHUSSENRIED
11. April

Aus dem selbstverwalteten Jugendzentrum erhielten wir folgenden Bericht:

„Das Juze, das schließt nicht, eher macht das Rathaus dicht!" Diesen Eindruck gewannen am 8. April nicht nur ein paar Jugendzentrumsaktivisten, sondern viele Hundert Schussenrieder Bürger, die am Straßenrand aus dem Staunen nicht mehr herauskamen, als sich ein gigantischer Demonstrationszug mit über 600 Teilnehmern durch die Straßen des 6.000-Einwohnerstädtchens „wälzte".
Die drohende Schließung des selbstverwalteten Jugendzentrums zum 30. April hatte rund 200 Schussenrieder Jugendliche zur Demo mobilisiert, über 400 (!) Leute kamen von auswärts, aus ganz Baden Württemberg. Rund 25 Jugendzentren und -initiativen waren mit Delegationen nach Schussenried gekommen, um am aktuellen Beispiel gegen die permanenten staatlichen Eingriffsversuche in selbstverwaltete Jugendhäuser zu protestieren. Und dieser Protest wurde fröhlich und locker auf's Schussenrieder Pflaster getreten. Das „Panikorchester" an der Demo-Spitze intonierte schmissige Volksweisen und Brecht/Eisler - Melodien. Das Juze-Lied: „Juppheidi und Juppheida, s'JUZE isch für alle da" schallte durch die Stadt; mit Parolen wie „Und wenn der Stadtrat noch so schreit - s'JUZE bleibt" heizten wir uns gegenseitig ein.
Die Reaktionen der Demo-ungewohnten Bevölkerung waren vor allem für Demo-Veteranen aus Unistädten ungewohnt. Die Leute blieben der Straße nicht fern oder verdrückten sich schnellstmöglich, sondern sie waren extra an die Hauptstraße gekommen, um zuzuschauen. Unsere Flugblätter an die Bevölkerung, in denen die Leute am Straßenrand über unsere Forderungen nach Erhalt des selbstverwalteten JUZE informiert wurden, ging weg wie die warmen Semmeln. Und mancher ermunternde Zuruf von den Passanten bestärkte unseren Eindruck, daß das Schussenrieder Jugendzentrum von einem Großteil der Bürger als Notwendigkeit betrachtet wird. Die Demo war ein voller Erfolg - auch was die Berichterstattung angeht. Die hiesige „Schwäbische Zeitung" brachte im Landesteil und im Lokalteil ausführliche und korrekte Berichte mit Fotos. Auch die „Stuttgarter Zeitung" brachte einen hervorragenden Zweispalter in ihrem Landesteil.
Nach der Demo gab es ein Zweitagesfest - im Freien, weil uns die Stadtverwaltung bekanntlich die Nutzung aller städtischen Räume untersagt hatte. Und bei glänzendem Wetter war auch



dieses Happening bei Musik und Film im Schulhof ein Heidenspaß.

DER PROTEST ZEIGT BEI DER STADT WIRKUNG!

Bereits am Dienstag vor der Demo rückte Bürgermeister Kohler von seiner bisherigen sturen Haltung ab. Die landesweite Publizität des jugendlichen Widerstandes und die Angst vor einer Jugend, die von ihm zum 30. April auf die Straße gesetzt werden soll, scheint ihn nachgiebiger gestimmt zu haben. In einer schriftlichen Erklärung gestand Kohler dem JUZE nach Verhandlungen zu, daß das Jugendzentrum für Meinungsäußerungen von Gästen und Besuchern keine inhaltliche Verantwortung zu übernehmen habe. Ferner wolle die Stadt in keinster Weise in das Veranstaltungsprogramm des JUZE hineinpfuschen, erklärte er der Lokalzeitung in einem Gespräch.

Dieses erste Zugeständnis halten wir Jugendlichen deshalb für wichtig, weil damit die im städtischen Mietvertrag von uns für alle Veranstaltungen auswärtiger Organisationen geforderte „Trägerschaft" in unserem Sinne relativiert wird. Das JUZE veranstaltet beispielsweise eine Russell-Tribunal-Diskussion der SB-Initiativgruppe Biberach, ist aber für den inhaltlichen, also politischen Ablauf dieser Veranstaltung nicht verantwortlich zu machen, sondern haftet nur für den ordnungsgemäßen Zustand der überlassenen Räume. Der Stadtrat kann also dann nicht ohne Weiteres kommen und sagen, die und die Veranstaltung passt uns nicht, deshalb kriegt ihr von uns keinen Zuschuß mehr. Nach einer Diskussion am Vorabend der Demo machte der Sprecher des Jugendzentrums bei der Kundgebung klar, daß eine derartige Erklärung des Bürgermeisters nicht ausreiche, sondern vom Gemeinderat in der nächsten öffentlichen Sitzung beschlossen werden müsse, weil dieses Gremium schliesslich für die Vergabe der Finanzen an das JUZE zuständig sei.

Ein anderer umstrittener Punkt des Mietvertrages ließ sich inzwischen bereits klären. Der Passus, der das JUZE verpflichtet, der Alternativzeitung MOTZER keine Räume für Redaktionssitzungen zur Verfügung zu stellen, wird von der Stadtverwaltung ersatzlos gestrichen. Die Mitarbeiter dieser Alternativzeitung, die Bürgermeister Kohler gern als „Pamphlet" bezeichnet, haben mit eben diesem Herrn eine schriftliche Abmachung getroffen, derzufolge sie „für alle Zeiten" auf die Nutzung des JUZE für „Lesersitzungen" verzichten wollen. Die „Lesersitzungen" des Motzer finden bereits seit vier Monaten außerhalb des JUZE statt.

Und: das erste Motzer - Pressefest findet sicher im JUZE statt.

DAS JUZE BLEIBT - BASTA!

Kontakt: Selbstverwaltetes Jugendzentrum, Schulstr. 15-17, Bad Schussenried

800.000 MARK FÜR DEN "EXPRESS"

Frankfurt 10. April — *Von einem Mitglied des Sozialistischen Büros:*

"Was in der Gewerkschaftspresse nicht steht, steht im 'express'!" Das war vor vielen Jahren der Anspruch, mit dem für die Betriebs- und Gewerkschaftszeitung des Sozialistischen Büros "express" Texte veröffentlicht wurden. Die typischen "express-Leser", damals noch fast 10.000 an der Zahl, sind inzwischen abgebröckelt und der "express" siecht dahin bei einer dreitausender Auflage.

Jetzt hat eine völlig unbekannte weibliche Person, Erbin eines festgelegten Vermögens, das jährlich reichlich Zinsen abwirft, der "express-Redaktion" und nur ihr 800.000 Mark vermacht. Nur einige wenige im SB wissen, woher genau dieses Geld kommt. Es sei aber schon alles notariell abgemacht, heißt es.

Einige SB'ler sind nicht sehr glücklich darüber, daß sie, obwohl Mitglieder, über diese Geldangelegenheit so arg im unklaren gelassen werden und nicht mitdiskutieren dürfen, WAS mit dem Geld gemacht wird. Auch besteht durchaus die Ansicht, daß man das Geld sinnvoller verwenden könnte, daß es wichtigere Projekte als den "express" gibt.

Anfragen an: **Sozialistisches Büro, Postfach 591
6050 Offenbach 4**

P.S. vom ID: **Spendenkonto TAGES-ID
Postscheck Frankfurt
Nr. 44747 – 608**

STREIKEN HIESS AUCH: URLAUB VON DER MASCHINE

STUTTGART 4. April — **Aus einem Gespräch mit Willi Hoss, Betriebsrat bei Daimler-Benz in Untertürkheim (über den Erfolg der Liste Hoss, Mühleisen, d'Andrea bei den Betriebsratswahlen 1975 und die nachfolgenden Gewerkschaftsausschlüsse siehe ID 72 und 75):**

Was sagst du zu dem Abschluß?

Also die Absicherung gegen die Abgruppierung, die ist eigentlich nicht drin. Der Unternehmer kann abgruppieren, wenn er bereit ist, 18 Monate den alten Lohn weiterzubezahlen. Die Kollegen heute morgen im Streiklokal, die machen sich hauptsächlich an den 5 Prozent fest. Da ist allgemeine Unzufriedenheit darüber, daß wir nach drei Wochen Streik nicht mehr als 5% herausbekommen haben. Mit sechs haben wir schon gerechnet. Das mit der Lohngruppe 1 betrifft sowieso nur wenige Arbeiter, vielleicht 0,4%. Natürlich geht's um die auch, aber gemessen an den Gesamtforderungen ist das also ziemlich niedrig.

Und die Sicherungskennzahl ist nicht mehr drin -

Von der kollektiven Absicherung ist gar nicht mehr die Rede, aber nicht einmal die individuelle Absicherung ist gewährleistet. Der Unternehmer muß informieren, muß einen gleichwertigen Arbeitsplatz anbieten oder umschulen; wenn das ausgeschöpft ist, darf er abgruppieren. Es liegen da schon ein paar Möglichkeiten drin für Betriebsräte, im Betrieb daraus was zu machen. Aber im Grunde ist es leere Hülle.

Und eines ist wichtig: wenn bisher abgruppiert wurde, eventuell eine ganze Abteilung, dann konnte man mit Hilfe der Kollegen - dann war was los, dann gab's Rabbatz, Unzufriedenheit, dann konnte man zu Regelungen kommen. Jetzt kriegt man den Tarifvertrag vorgehalten. Damit wird man im Grunde bei Auseinandersetzungen im Betrieb an die Kette gelegt. Jedenfalls hat man Paragraphen geschaffen, während das vorher noch ein Freiraum war. Hätte man einen Vertrag durchgeboxt, der die Abgruppierung verbietet, das wäre natürlich eine andere Geschichte.

Sie nennen das „Tarifvertrag zur Sicherung der Eingruppierung und zur Verdienstsicherung bei Abgruppierung"-

- aber wenn die Eingruppierung gesichert wäre, dann bräuchte man ja über Abgruppierung gar nicht zu reden !

Genau. Wenn einer abgruppiert wird, nimmt er nur noch innerhalb dieser Zeit an allen Lohnerhöhungen teil. Nimm mal an, einer hat dann statt 12 Mark nur noch 11 Mark, der kriegt 18 Monate lang 1 Mark Verdienstausgleich. Nach den 18 Monaten, wenn's dann 50 Pfennig Tariferhöhung gibt, dann wird das bei dem Mann angerechnet, er kriegt dann in dieser Tarifrunde nichts.

Das ist die sogenannte „weiche Landung" ? !

Das ist auch noch insofern verheerend: die Lohnminderung tritt dann in Erscheinung, wenn gerade eine tarifliche Lohnbewegung stattfindet. Die haben das koppeln lassen an ihre eige-

ne Lohnerhöhung. Das ist eine ganz gemeine Geschichte. Der Mann in unserem Beispiel wird nicht unter seine 12 Mark fallen. Aber er wird dort stehenbleiben, und die anderen ziehen an ihm vorbei

Ihr habt doch bei Daimler-Benz bereits ganz gute Betriebsvereinbarungen gehabt. Ist der Tarifvertrag überhaupt besser? Und bleiben die Betriebsvereinbarungen bestehen, soweit die besser sind ?

Was besser ist, wird bestimmt bestehen bleiben. In einem Punkt ist auf jeden Fall der Tarifvertrag besser: wer sechs Monate im Betrieb ist, bekommt bereits die 18 Monate Verdienstsicherung. Bisher war das gestaffelt nach Betriebszugehörigkeit, und 18 Monate Sicherung gab's erst nach mehreren Jahren in der Firma.

Nochmal zurück zu den niedrigen Lohngruppen. Die Gruppen 1 und 2 sind doch nach wie vor Frauen-Lohngruppen.

Bei Daimler-Benz gibt's die seit Jahren nicht mehr. Das ist mehr in der Elektroindustrie. Bei uns fängt das erst an mit Gruppe 3 oder 4. Das sind zum Teil so Vesperholer, die das Essen tragen, oder die Botengänger von der Post. Die Frauen im Akkord liegen schon etwas höher, aber sie haben doch darunter zu leiden, daß sie von vorneherein in die unteren Gruppen eingestuft werden. Das sind mehr Männer, sie sind Postholer und so, die haben 8 bis 10 „Arbeitswerte" (Lohnsystem bei Daimler-Benz). Die meisten Frauen fangen an mit 12 Arbeitswerten (AW) im Akkord. (Der durchschnittliche AW ist im Zeitlohn 20, der höchste 50. Ein Facharbeiter hat im Durchschnitt etwa 35.) Ein Frühstücksholer oder einer, der die Werkstatt kehrt, liegt bei 14 AW.

Das sind also eure Leichtlohngruppen ?

Ja, im Zeitlohn. Im Akkord liegt die Höchstzahl bei 32 AW,

AUFMARSCH DER NEOFASCHISTEN

MOERS
12. April

Bericht zweier Teilnehmer:

Es gibt sie noch! Die unverbesserlichen Kinder Hitlers wagten sich wieder einmal aus ihren Löchern. Am Samstag, dem 18. März 1978 versuchten NPD und JN einen Informationsstand in der Fußgängerzone in Moers zu errichten.

Am Freitagabend trafen sich einige Antifaschisten im Jugendzentrum Utfort, um erste Schritte zur Unterbindung jeglicher Nazi-Propaganda zu planen. Schon hier tauchten Kontroversen zwischen KBW, KPD/ML und parteipolitisch Nicht-Organisierten in bezug auf Parolen und Vorgehensweisen auf. Trotzdem konnte eine vorläufige Einigung erreicht werden.

Da die NPD geplant hatte, den Stand in der Zeit von 10 bis 13 Uhr abzuhalten, trafen wir uns schon um 9.30 Uhr am Kö (Königlicher Hof, Treffpunkt für Jugendliche). Das Bild, das sich uns bot, war bestimmt durch ein auffallendes rotes Spruchband des KBW. Was dann folgte, war keine politische Aktion mehr, sondern ein geradezu lächerliches Spektakulum. Obwohl weit und breit noch kein NPD-ler zu sehen war, verfiel der KBW in seinen altbekannten kindischen Größenwahn und forderte über Megaphon die „Arbeiter- und Bauernklasse" dazu auf, den Faschismus endgültig zu zerschlagen. Sie ernteten nicht nur ein müdes Lächeln der „Volksmassen", sondern forderten einen Polizeieinsatz gegen ihren nicht genehmigten Stand und eine Spaltung der antifaschistischen Aktion heraus. Natürlich waren es in ihren Augen die Opportunisten, die diese Spaltung verursacht hatten (so ein Artikel der KVZ), damit waeen die Leute gemeint, die sich nicht hinter den Kanren des KBW spannen ließen.

Nachdem wir das national-„demokratische" Hauptquartier in der Kantine der Kaufhalle aufgespürt zu haben glaubten, entpuppte sich dieser vermeintliche Erfolg als ein geschickt geplantes Ablenkungsmanöver der Hauptkampflinie, die sich vor dem Schmuckgeschäft Paschen zusammengezogen hatte. Hier hatte sich ein harter Kern von 20 Neofaschisten rekrutiert aus NPD und JN zusammengerottet.

Plötzlich bewegte sich auch der KBW aus seiner Schmollecke heraus und drängte unter Anwendung jahrelanger Kampferfahrung die Nazi's in die Defensive. Wiederum mißachtete der KBW das Gebot der vorher vereinbarten Aktionseinheit und lenkte das Aufsehen der Passanten durch radikale Spruchbänder und Parolen auf ihr kleines militantes Häuflein. Diese Situation war scheinbar noch nicht grotesk genug. Nach 15 Minuten rückte eine Spezialeinheit der Polizei an, die den Faschisten mit Hunden und Schlagstöcken ein wenig Bewegungsfreiheit verschaffte, die sie sofort ausnutzten um ihren Stand zu errichten.

Der Tapeziertisch stand noch nicht ganz, als die Demonstranten Polizei und Faschisten einkesselten. Als das Info-Material gerade auf dem Tisch lag, erkannten die Nazi's mit scharfen Augen ihre prekäre Situation. Das einzige Publikum, das ihnen Aufmerksamkeit schenkte, waren Polizei und Demonstranten. So brachen sie ihren eben erst errichteten Stützpunkt ab und wollten unauffällig den Rückzug antreten, doch plötzlich kam erneut Leben in das Geschehen:

Ein etwas verfrühtes Osterei beschmutzte die Jacke eines NPD-lers, dieser sah sein Leben in Gefahr, versuchte sich mit einem Totschläger zu verteidigen und wurde von der Polizei höflichst gebeten, das Schlachtfeld zu verlassen. Als den Ordnungshütern die Ungeheuerlichkeit dieses Eier-Angriffs zu Bewußtsein kam, stürzten sie sich ausreichend bewaffnet und von Hunden zusätzlich geschützt auf den vermeintlichen Eier-Terroristen. Nun griffen KBW und KPD/ML ihrerseit zu den Waffen und versuchten, ihre Genossen den Klauen der Peiniger zu entreißen. Im Zuge dieser strategisch nicht besonders geschickten Aktion wurden 6 bis 8 ihrer Mitkämpfer zu erkennungsdienstlichen Maßnahmen in Polizeigewahrsam genommen.

Daraufhin setzten sich einige Demonstranten vor den Mannschaftswagen und forderten die sofortige Freilassung der „politischen Gefangenen". Da die Polizei offenbar das Bedürfnis hatte, ihrerseits nun auch einen eindrucksvollen Abgang zu machen, fuhr sie rücksichtslos in die sitzenden Jugendlichen. Die Angst besiegte den revolutionären Eifer der Demonstranten und ließ sie das Weite suchen, jedoch nicht, ohne noch einige Eier und Anti-AKW-Aufkleber auf den hinwegpreschenden Wagen zu plazieren.

Einige Demonstranten gönnten sich an diesem Nachmittag keine Ruhepause. Schon um 17,30 Uhr trafen sie sich wieder, um mit neuer Kraft (und neuen Kräften) zur Gaststätte „Hülsdonker Kurve" zu marschieren, wo um 18.00 Uhr eine NPD-Versammlung stattfinden sollte. Ungefähr 30 Demonstranten besetzten dort den Versammlungsraum, wo sie Wirt und etwa 15 NPD-ler durch Kampfgesänge einschüchterten. Als sich die Situation so zugespitzt hatte, daß der Wirt um sein Mobilar bankgte, rief er die Polizei, die sogleich mit 16 ihrer besten Männer eintraf. Sobald sie einen „Rädelsführer" (der hatte vielleicht besonders laut gesungen) festgenommen hatten, warteten sie darauf, bis sich die beiden streitenden Gruppen alles gesagt hatten, was zu sagen war und schickten nach etwa 30 Minuten zuerst die NPD-ler und dann die Antifaschisten nach Hause.

Mit diesen Voraussetzungen hätte das Gericht zur schnellen Verurteilung schreiten können, und lehnte auch den Beweisantrag der Verteidigung zur Anhörung des Zeugen Müller erst einmal ab. Es bleibt im dunkeln, ob es nur die Unerfahrenheit des jungen Richters Lütkehölter in solchen Prozessen war, oder die Hoffnung auf die überzeugenden Argumente des Polizeipräsidenten oder gar die Argumente der Verteidiger, die ihn dazu bewegten, Müller doch zu laden, um ihn zur Sache zu hören.
Die Fragen an Müller gingen dahin zu klären, welche konkreten Verdachtsmomente die Sonderkommission für die Verhaftungen damals hatte, inwieweit Müller darüber informiert war, und mit welchem Bewußtsein er in der Fernsehfahndung Bilder zeigen und Tatsachenbehauptungen aufstellen konnte.
Neben anderen Ungereimtheiten sollte dadurch die TV-Presentation des einen Festgenommenen geklärt werden, dessen Verteidiger 6 Stunden voher bereits von einem hohen Polizisten der Sonderkommission gehört hatte, sein Mandant habe mit der ganzen Geschichte nichts zu tun und werde nur noch wegen einer nichtbezahlten Strafe festgehalten.

Müller gab sich einsilbig. Seine Information vor der TV-Fahndung hatte er durch einen Bericht seiner Sonderkommission. Die Echtheit der Informationen des anonymen Anrufers sei durch die Analyse der Polizeiexperten bestätigt worden da die genannten Personen mehr oder weniger zum 'Revolutionären Kampf' oder dessen Freundeskreis gehören sollten. Bei anderen Fragen wiederum fehlte Müller die Erinnerung oder die Aussagegenehmigung erstreckte sich nicht soweit.

Richter und Staatsanwalt beteiligten sich an der Zeugenbefragung nur insofern, als sie den Angeklagten mehrmals belehrten, das habe der Zeuge bereits beantwortet (Die mehrmals wiederholte Antwort: "Ich habe das aus dem Bericht" reichte da schon!) oder indem sie Fragen für unzulässig erklärten, da sie "verfahrensfremden Zwecken" dienten. Die Unverschämtheit, mit der Richter Lütkehölter so auch die minimalsten Grundsätze eines fairen Prozesses überging und jede inhaltliche Klärung der Polizeipraktiken sabotierte um Müller zu decken, trieben ihm zwar mehrmals sichtbar die Schamröte ins Gesicht, machten aber jede weitere Befragung sinnlos.
Zuerst legte der Verteidiger sein Mandat nieder und verließ den Raum. Dann erklärte Dany, daß er an diesem absurden Theater nicht mehr teilnehmen werde und verließ auch den Raum. Der Richter blickte bestürzt und verunsichert drein und dann zum Staatsanwalt, der darauf die Entlassung des Angeklagten aus der Verhandlung beantragte, was nach einer Minute Beratung als Gerichtsbeschluß verkündet wurde. Nachdem auch noch die Zuschauer z.T. geräumt oder aus Wut selbst gegangen waren, konnte Staatsanwalt Galm vor leerem Saal "dem Polizeipräsidenten dafür seinen Respekt aussprechen, daß er Strafanzeige gegen Cohn-Bendit gestellt habe, obwohl er gewußt habe, wozu dieser den Prozeß benutzen werde." (aus Frankfurter Rundschau)
Auch das Gericht wollte wohl diesen Mut honorieren und sprach eine mehr als symbolische Strafe aus. 1800 DM!

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern

VERLEUMDUNGSKAMPAGNE GEGEN BRIGITTE HEINRICH

FRANKFURT 7.April — *Presseerklärung von Brigitte Heinrich und Auszüge aus einer Stellungnahme des Allgemeinen Studentenausschusses der Universität Frankfurt:*

Erklärung von Brigitte Heinrich:

„Wie ich erste jetzt erfahren habe, bin ich in den vergangenen Wochen in der italienischen Presse als ‚Terroristin' bezeichnet und in Zusammenhang mit italienischen ‚Terroristen' gebracht worden.

Ich bin empört, wie ungeprüft die italienische Presse gezielte, falsche Informationen des deutschen Bundeskriminalamtes übernommen und verbreitet hat.

Nachdem es dem BKA in der Bundesrepublik trotz wiederholter Versuche, die es jetzt bereits seit mehr als sieben Jahren unternimmt, nicht mehr gelingt, mich der deutschen Öffentlichkeit als ‚Terroristin' zu präsentieren, betrachte ich die, über das BKA in Italien eingeleitete Kampagne gegen mich als einen Versuch, die Anwesenheit des BKA und dessen Einmischung in die inneren Angelegenheiten Italiens zu legitimieren.

Tatsache ist, daß die deutsche Justiz trotz wiederholter Beschuldigungen und Unterstellungen durch das BKA bisher niemals Anklage gegen mich erhoben hat.

Tatsache ist weiter, daß ich seit Jahren Öffentlichkeitsarbeit über die Verhältnisse in der BRD mache und versuche, den in den letzten Jahren im Ausland gegen die BRD erhobenen Vorwurf des Imperialismus oder der Germanisazione durch detaillierte Untersuchungen zu belegen. Diese Arbeit ist den Organen des Staats- Schutzes seit Jahren ein Dorn im Auge. Nur so kann ich es verstehen, wenn das BKA versucht, meine mit dieser Öffentlichkeitsarbeit zusammenhängenden Kontakte mit Guiseppe Zambon und Susanne Mordhorst in Italien zu kriminalisieren.

Meine Anwälte prüfen gegenwärtig, welche Schritte sie gegen die Urheber und Verbreiter der verlaumderischen Behauptungen gegen mich einleiten werden.

Brigitte Heinrich."

Stellungnahme des Allgemeinen Studentenausschusses:

„Der AStA der Universität Frankfurt protestiert gegen die in der italienischen Presse erhobenen Verleumdungen gegen Brigitte Heinrich.

Brigitte Heinrich ist keineswegs Mitglied der Roten Armee Fraktion sondern vielmehr Mitglied des AStA, der gewählten Vertretung der Frankfurter Studenten und Präsidentin des Studentenparlaments. Brigitte Heinrich ist in dieser Funktion, seitdem sie aufgrund dubioser Beschuldigungen des BKA nicht nur für fünf Monate in Isolationshaft gesteckt wurde, sondern auch Berufsverbot an der Frankfurter Universität erhielt. Sie war Dozentin für Ökonomie und Politische Wissenschaften.

Gegenwärtig arbeitet Brigitte Heinrich im Auslandsreferat des Allgemeinen Studentenausschusses, das sich mit der Situation der Arbeitsemigranten und ausländischen Studenten in der BRD befasst, und ist darüberhinaus Referentin für politische Bildung. Für diese Arbeit ist es nötig, daß Brigitte Heinrich auch Kontakte im Ausland aufrechterhält. (...)

Die Vorwürfe, die 1974 zur Verhaftung von Brigitte Heinrich führten, wurden später von der Bundesanwaltschaft, der obersten Anklagebehörde der BRD, als entweder nicht beweisbar oder als nicht strafbar bezeichnet. Genau diese Vorwürfe wurden nun, wie wir vermuten vom BKA, in die Springerzeitung ‚Die Welt' und die italienische Presse lanciert. Nachdem die jahrelangen öffentlichen Verleumdungen gegen Brigitte Heinrich zu keinem anhaltenden Erfolg geführt haben, wird offensichtlich jetzt der Versuch unternommen, Brigitte Heinrich in Italien zu kriminalisieren, indem sie der italienischen Öffentlichkeit als ‚Terroristin' präsentiert werden soll. Diese Verleumdung, die wir als Rufmord bezeichnen, soll offensichtlich dazu führen, die der BRD unangenehme Gegenöffentlichkeit zu diskreditieren.

Weiterhin geht der ASTA davon aus, daß das BKA die gegenwärtige Situation in Italien (Moro-Entführung und Nachrichtensperre) äußerst geschickt ausgenutzt hat, um ihre Propagandakampagne in die italienische Presse zu lancieren. Wir glauben, daß diese Propaganda den Versuch darstellt, das Bundesdeutsche Modell auf die italienische Situation anzuwenden und somit auch in Italien einen Prozeß in Gang zu setzen, der wie in der BRD zur Ausschaltung der politischen Opposition führen soll.

Wir werden auch weiterhin gegen alle derartigen Versuche im In- und Ausland uns entschieden zu wehren wissen."

Allgemeiner Studentenausschuß der Universität Frankfurt am Main.

DAS BUNDESKRIMINALAMT RUFT DIE BAUERN ZUR MITARBEIT

BIELEFELD 12.April *Das Bundeskriminalamt veröffentlich in landwirtschaftlichen Zeitschriften Anzeigen, in denen die Landwirte und andere aufgefordert werden, ungewohnte Vorgänge in ihrer Umgebung auf der nächsten Polizeidienststelle zu melden. Ungewohnt ist:*

1. Beschaffung

– Anmietung oder Kauf von vorwiegend einzelstehenden Häusern oder Gehöften mit Nebengebäuden
– bei Anmieten oder Kauf Vorschieben seriös wirkender (auch älterer) Sympathisanten, die dann das angemietete oder gekaufte Objekt nicht beziehen

2. Änderungen

– Anbringen zusätzlicher Sicherungseinrichtungen zum Schutz gegen Betreten durch andere Personen (Wechsel der Schlösser)
– Halten scharfer Hunde

3. Nutzung

– Unterstellung von Kfz mit ortsfremdem Kennzeichen in vorhandenen oder zusätzlich gemieteten Garagen u.a. Räumen
– Besucherverkehr mit Fahrzeugen aus gesamtem Bundesgebiet und Ausland
– ‚Heimwerkertätigkeiten', Herstellung von Druck-Erzeugnissen, auffällige Geräusche; Lagerung von Druck-Erzeugnissen
– Gebäude wird vielfach nicht ortsüblich und bestimmungsgemäß genutzt, z.B. Bauernhof ohne landwirtschaftliche Nutzung

4. Besonderheiten im Verhalten

– Bewohner leben oft in selbstgewählter Isolation vom dörflichen Leben
– reger Besucherverkehr Gleichaltriger; Fremde werden nicht eingelassen
– Bewohner gehen häufig am Wohnort keiner geregelten Berufstätigkeit nach, vermeiden überflüssige Kontakte, verlassen Haus zu unregelmäßigen Zeiten; erhöhte Aktivität zur Nachtzeit
– Bewohner benutzen trotz vorhandener Telefonanschlüsse in der Wohnung nahegelegene öffentliche Münzfernsprecher
– Abtarnung durch Zusammenwohnen mit legaler Symathisantenfamilie, die u.a. angeblich in Jugend- oder Sozialarbeit tätig ist
– Brief- und Paketpost wird nicht unmittelbar zugestellt
– Abfälle werden nicht der Müllabfuhr überlassen
– Bewohner lassen zum Teil die Anwesen verwahrlosen.

SCHWULE UND BUNDESWEHR

GÖTTINGEN 1. April *Die Homosexuelle Aktion Göttingen widerspricht einem Artikel der Homosexuellen Aktion Lübeck (HAL) aus dem ID 218:*

„So einfach, wie die Homosexuelle Aktion Lübeck meint, scheint es uns nicht zu sein, sich als Schwule(r) mit dem Thema Bundeswehr auseinanderzusetzen. Wie sicher viele Schwule aus eigener Erfahrung bestätigen können, ist die Unterdrückung der Homosexualität in der BW (noch verstärkter) Teil der Schwul[enunter]drückung in der 'normalen' Umwelt. Sieht man/frau diese Tatsache, wird kein Mann so naiv sein, zu glauben, er könne bei der Musterung 'beiläufig' erwähnen, daß er schwul ist, ohne massive Repressionen zu erfahren. Er wird z. B. zu hören bekommen, was ein Musterungsarzt zu einem Mitglied unserer Gruppe sagte: „Sie können meinetwegen versuchen, sich mit Ihrem Schwulsein zu drücken, aber glauben Sie nicht, daß Sie dann Ihre Arbeitsstelle behalten werden."

Zudem sollte man/frau daran denken, daß Männer, die einen Musterungsbescheid bekommen, in der Regel erst 18 oder 19 Jahre alt sind. Das ist ein Alter, in dem ein Schwuler mitten im coming out steckt, der Phase, in der er sich erst langsam über sein eigenes Schwulsein bewußt wird und die von großen Identitätsschwierigkeiten begleitet wird. Glauben die Leute von der HAL, daß da jemand (einer Musterungskommission) selbstbewußt sagen kann: „Ich bin schwul."? !

Abgesehen von den übrigen sachlichen Ungenauigkeiten sind dies unseres Erachtens Überlegungen, die man/frau sich zu dem Artikel der HAL noch einmal durch den Kopf gehen lassen sollte."

Kontakt: **Homosexuelle Aktion Göttingen (HAG)**
c/o social work, Nikolausberger Weg 17
3400 Göttingen

HUNGERSTREIK IN PREUNGESHEIM

FRANKFURT
13. April

In vielen Gefängnissen der Bundesrepublik befinden sich Gefangene im Hungerstreik. In Frankfurt sind es zumindest Rainer Mechler und Tofe Shaker. Zu ihrer Aktion erklären sie:

„Seit dem 6. April 1978 befinden wir uns im Hungerstreik und solidarisieren uns mit dem bundesweiten Hungerstreik der Gefangenen aus der Guerilla, die wieder zur Waffe des Hungerstreiks greifen mußten, da

– die ministerielle Zusage vom April 1977, interaktionsfähige Gruppen zu schaffen, immer noch nicht eingelöst wurde,
– die Haftbedingungen sich seitdem bis zur physischen Folter des Schlafentzugs, über die psychische Folter der Isolation hinaus, verschärft haben,
– der Geiselstatus durch das sogenannte „Kontaktsperregesetz" verrechtlicht wurde, dem die Gefangenen somit schutzlos unterliegen,
– höchste Gremien der BRD gegen die Aufklärung der Stammheimer Morde mobilisieren, so daß selbst in der Frage von Untersuchungsausschuß Zeugen nicht zu Wort kommen, Widersprüche nicht geklärt, Sachverhalte nur bruchstückhaft und in großem zeitlichen Abstand zueinander veröffentlicht werden.

Wir erklären uns solidarisch mit den Forderungen, die die Gefangenen der RAF auf dem Hintergrund entwickelt haben und aufstellen.

Wir wissen, daß der Kampf gegen die Isolation nicht nur von den direkt bedrohten Gefangenen geführt werden kann und darf, da, wie sich bisher immer wieder gezeigt hat, jede Ausnahmeregelung der Haftbedingungen früher oder später zu einem Normalzustand angehoben wird. Wir sind genauso bedroht!

Wir fordern jetzt außerdem – aus unserer jetzigen Situation heraus –:

– die Abschaffung der Isolation in allen Knästen der BRD,
– die Abschaffung der zweimonatigen Freizeitsperre für sogenannte Neuzugänge in Frankfurt-Preungesheim,
– die Abschaffung aller „B-Zellen",
– die Abschaffung der Zensur von Büchern, Zeitschriften und sonstigen Publikationen aus dem In- und Ausland,
– die Abschaffung der Trennscheiben, d. h. der Sprechkäfige, die jetzt überall in der BRD installiert werden sollen bzw. schon sind,
– die Abschaffung der Selektion von Besuchern nach politischen Kriterien,
– die Aufklärung des Mordes an unserem Bruder Günther Braun und die Aufhebung der Totalisolation gegen Johannes Roos.

Wir fordern ferner freie und vom Knast unabhängige ärztliche Versorgung und regelmäßige Kontrolle der Haftbedingungen durch unabhängige Organisationen.

Rainer Mechler + Tofe Shaker

Wie ich heute erfuhr, hat man Tofe heute früh nach Butzbach verschleppt. Somit wird seine sofortige Rückverlegung eine unserer Forderungen.

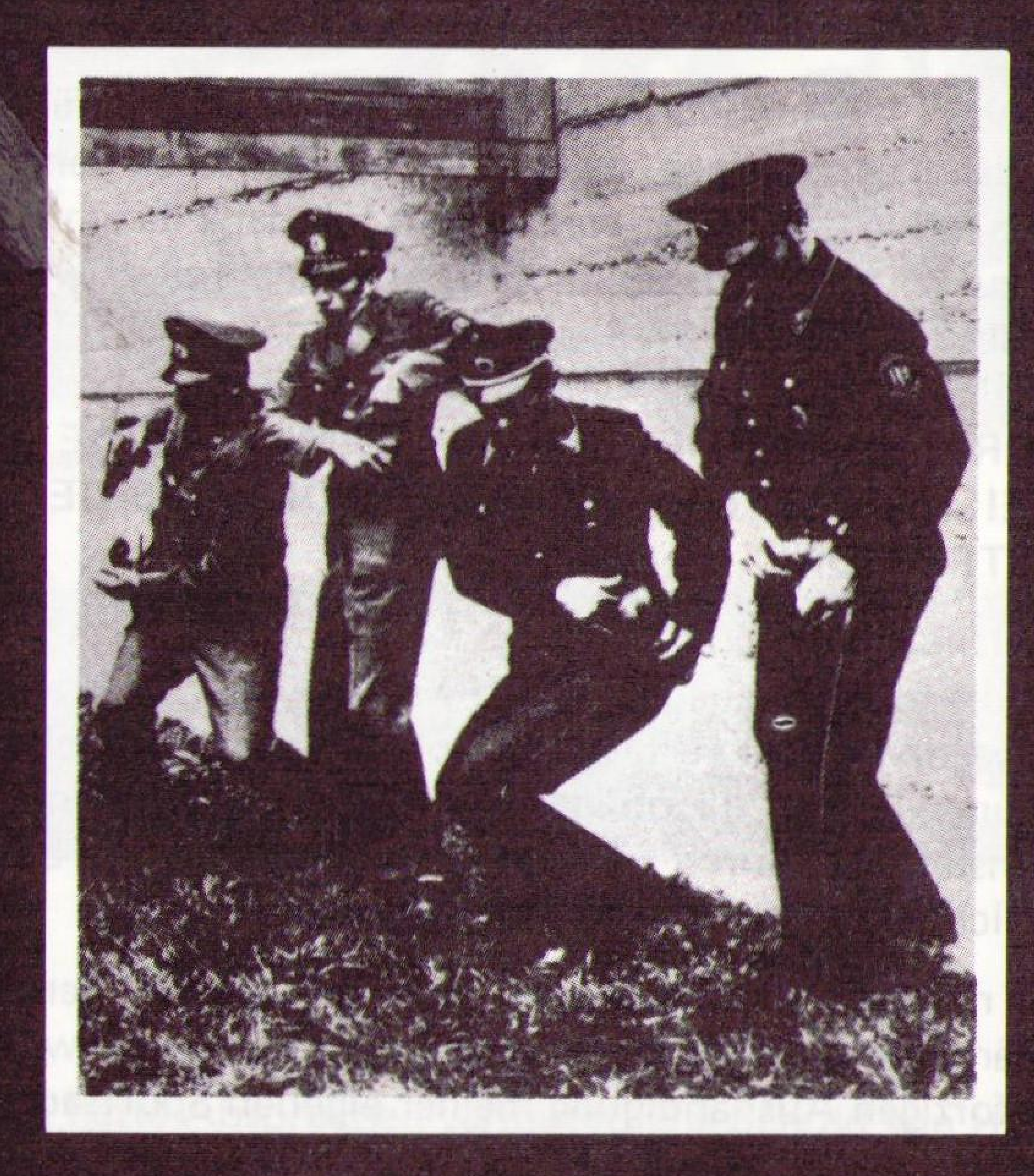
JVA I – 6.4.1978"

PLAKATSERIE „VATERLANDSHIEBE"

BERLIN
10. April

Der Christian Schaffernicht hat eine Plakatserie namens „Vaterlandshiebe" herausgebracht. Sie ist (8teilig) zum Preis von 27,50 DM bei der **Wohlthatschen Buchhandlung, Rheinstraße 11, 1000 Berlin 41**, zu beziehen.





POST AUS DEM BUTZBACHER GEFÄNGNIS: „UNS BRAUCHT MAN ZUR SCHMIERUNG DES ALLMÄCHTIGEN POLIZEIAPPARATES"

BUTZBACH
10. April

Ein Gefangener aus Butzbach schreibt:

„Mit dem Empfang eures IDs, das klappt hier zur Zeit unheimlich gut und ich freue mich auf jede Ausgabe, es ist richtig entspannend im Vergleich zu dem reaktionären Dreck, mit dem man sonst konfrontiert wird, zwar komme ich auch damit einigermaßen zurecht, weil ich inzwischen gelernt habe, zwischen den Zeilen zu lesen. Aber zuviel geht einfach unter, was die gar nicht bringen. ...

Zur Zeit studiere ich das neue StVollzG mit Kommentierung und ich bin bald am ausflippen, das findet hier überhaupt keine Beachtung, man ignoriert es einfach, beschwert man sich, gibt es in Wiesbaden die Gesinnungsentscheidungen, ist die Beschwerde gut, wird sie gar nicht bearbeitet, und so wird alles abgesegnet. Hier hat man erst die Arbeitszeit und jetzt auch noch die Pensen angehoben, teilweise bis zu 70 %, wo ich arbeite um 22 %.

Was mich halt ein bißchen stört, wenn bei euch Gefangene Beachtung finden, sind es in der Regel politische, dabei wird übersehen, daß jeder Gefangene, auch der normale Kriminelle, ein politischer Gefangener ist, denn gerade uns braucht man zur Schmierung dieses allmächtigen Polizeiapparates, denn stellt euch vor, man resozialisiert uns tatsächlich und dann, Maschinenpistolen auf leere Gefängniszellen gerichtet? ? ? Das könnte sogar dem Bildleser auffallen? ? ? Es ist tatsächlich so, daß es die hiesige Administration als persönliche Niederlage empfindet, wenn einer nicht mehr straffällig wird, und wie liebevoll die Menschen hier kriminalisiert werden, dabei ist es auch wichtig, daß die berechtigsten Beschwerden besonders rechtsverhöhnend abgeschmettert werden, jeder soll einen richtigen Haß haben. Es ist hier ein so gemeiner Kreislauf, in den man die Menschen schmeißt, und alles wird abgesegnet.

Jetzt habe ich beim Schreiben so ein bißchen das Gefühl, wenn ich das alles so bringe, dann kippe ich Wasser in den Main, denn ihr wißt ja selber was abgeht. Ich habe da ein bißchen was zu meinem Kampf um die Sportteilnahme geschrieben, vielleicht findet es eure Beachtung:

„DIE SPORTTEILNAHME" oder der „KAMPF UM DIE SPORTTEILNAHME" oder „SO AGIERT DIE HIESIGE ADMINISTRATION"

Am 2. Januar 1978 kam ich nach 14monatiger Beton-Silo-U-Haft in dieses 'gastliche Haus' und war so richtig heiß auf Sport/Bewegung, daher verfaßte ich sofort zwei entsprechende Anliegen und kam auf die obligatorische Liste. Auch konnte ich den Anstaltsarzt durch zweimaliges Aufsuchen dazu bewegen, für mich (Übergewicht) zu intervenieren.

In eine richtiggehende Euphorie geriet ich, als mir 'bereits' am 21. März meine Sportkarte ausgehändigt wurde. So wollte ich zur sofortigen Aushändigung meiner eigenen Sportsachen die hiesige Bekleidungskammer 'erstürmen'; dieser Angriff wurde jedoch vom dortigen Stationsbeamten 'abgefangen' und ich auf den nächsten Tag verwiesen, an dem es für mich dann kein Halten mehr gab.

Stolz 'erstürmte' ich die Kammer und noch schneller war ich wieder draußen, dabei reagierten die Bediensteten so entsetzt, als hätte ich um die Aushändigung ihres Schlüssels gebeten. Kopfschüttelnd wurde mir beiläufig erklärt, daß ich da 'erst mal ein bißchen was schreiben müsse', an einem Nebenschalter wurden mir Anstaltssachen in einfachster Form ausgehändigt (Turnhose, Hemd, Schuhe). Den Antrag auf meine eigenen Sachen verfaßte ich trotzdem sofort, dabei war der Erfolg meiner ersten Sportteilnahme überwältigend, da ich auch noch die 'Sportsachen' durch meine Arbeitshose erweiterte, diese war zerrissen, Blasen an den Füssen und noch die Grippe/Kopfweh.

Bereits am 29. März erhielt ich einen Zettel, daß ich meine Sachen abholen darf, ich lief wieder am nächsten Morgen (Donnerstag) auf der Kammer ein und mir wurde gleich erklärt, 'Sportsachen werden nur am Mittwochfrüh getauscht'; mein Einwand, daß es sich doch um eine Neuausgabe der Sachen handelt, wurde mit dem typisch Butzbacher Argument 'wenn isch iehne die Sache jetz gebb, dann komme die annern in Zukunft aach wenn se wolle' abgeschmettert.

Am Mittwoch, dem 5. April, werde ich mit sehr bangen Gefühlen wieder auf die Kammer schleichen, denn meine Turnschuhe sind von der Marke 'Puma', und ich sah hier noch keine, hoffentlich sind die zugelassen.

Verbinden möchte ich diese Zeilen mit der Bitte, sollte jemand wissen, wie man diesen Vorgang noch mehr verkomplizieren kann, der teile dies bitte dem hiesigen Anstaltsleite Herrn Regierungsoberrat Winchenbach, mit — eine entsprechende Resonanz würde ihn sicher 'erfreuen'."

ROSMARIE PRIESS ENTLASSEN
VERTEIDIGERIN WERDEN NOTIZEN BESCHLAGNAHMT

HAMBURG 31. März

Von Gisela Gebauer, der Anwältin von Rosmarie Prieß, erhielten wir folgende Presseerklärung:

„Nach fast 6monatiger Untersuchungshaft wurde der Haftbefehl gegen Rosmarie Prieß am 17. März 1978 aufgehoben. Damit wurde bestätigt, daß der gegen Rosmarie Prieß erhobene Vorwurf des Verdachts der Mitgliedschaft in einer sogenannten terroristischen Vereinigung unhaltbar ist. ... Bei meinem letzten Besuch in der JVA Aichach — eine Woche vor der Haftentlassung meiner Mandantin Rosmarie Prieß — wurden mir nach Beendigung des Verteidigergesprächs von einer Beamtin aus meinen Verteidigerunterlagen mir gehörende, von mir eigenhändig auf eigenem Papier angefertigte handschriftliche Aufzeichnungen gegen meinen Willen weggenommen mit der Begründung, diese Aufzeichnungen enthielten keine Verteidigerinhalte. Eine Rückgabe dieser Unterlagen wurde mir bis heute verweigert.

Dieser Vorfall zeigt, daß die Verteidigung nicht mehr geschützt und selbst dem willkürlichen Zugriff von Anstaltsbediensteten schutzlos ausgeliefert ist. Die bisher nur optisch durchgeführte Verteidigerüberwachung ist zur absoluten Überwachung des Verteidigerverkehrs geworden."

Gisela Gebauer, Rechtsanwältin in Hamburg 50, Friedensallee 50

MAKABRES (GERICHTLICHES) NACHSPIEL AUF EINEN (POLIZEILICHEN) WASSERSCHLAG

FRANKFURT, 12. April 78

Am 10. Mai 1976, nach dem Tod à la Stammheim von Ulrike Meinhof, findet in Frankfurt eine Demonstration statt, bei der sich ein Polizeiauto durch Molotowcocktails entzündet. Während der folgenden Linkenhatz werden 14 Leute verhaftet, acht davon im Fernsehen vom Polizeipräsidenten persönlich, bundesweit als Rädelsführer und Molotowcocktailwerfer präsentiert, bevor sie einen Tag später mangels Verdachtsmomenten wieder freigelassen werden. Der Hauptverdächtige wird nach zehn Tagen aus demselben Grund freigelassen. Alle Verfahren sind inzwischen längst eingestellt. Daniel Cohn-Bendit nannte damals den Frankfurter Polizeipräsidenten Müller einen Lügner und warf ihm gangsterhaftes Verhalten vor. Dieser fühlt sich in seiner Ehrenhaftigkeit gekränkt und so steht Dany zwei Jahre später als Angeklagter vor Gericht. Die Anklageschrift gibt sich differenziert. Den 'Lügner' läßt man unter den Tisch fallen, denn das ist, juristisch betrachtet, eine üble Nachrede, wobei im Gerichtsverfahren konkret geklärt werden muß, ob gelogen wurde oder nicht. Der Vorwurf des "gangsterhaften Handelns" hingegen kann mit einer formalen Beleidigungsklage belangt werden, da er sich nicht direkt und deutlich ausgesprochen auf eine Tat oder Aussage des Polizeipräsidenten bezieht, sondern mehr eine moralisch-charakterliche Diffamierung darstellt. Das heißt, ein Gericht wird die Berechtigung eines solchen Vorwurfs genausowenig klären können, wie z.B. die des Vorwurfs 'Arschloch' oder 'miese Ratte'. (bei einem Autofahrerstreit).



Grohnde-Prozesse:

STAATSANWALT FORDERT 18 MONATE

HANNOVER
4. April

Am 4. April wurde erstmals in einem Grohnde-Verfahren vom Staatsanwalt Borchers plädiert: gegen Andreas Hanke aus Göttingen forderte er 18 (achtzehn) Monate Knast ohne Bewährung! Andreas soll am 19. März 1977 an der sogenannten Kfz-Sperre in Kirchohsen mit einem Knüppel auf Polizisten eingeschlagen haben und dabei einem derselben eine drei Millimeter große Schramme, „aus der das Blut schoß", gehauen haben. Borchers hielt Andreas' Schuld für eindeutig erwiesen, obwohl sich die Belastungsbullen mehrmals in Widersprüche verwickelten. Aus Borchers' bemerkenswertem Plädoyer einige Auszüge:

„Wider Erwarten habe dieser Prozeß zehn Tage gedauert, es sei über vieles verhandelt worden, was hier gar nicht hergehöre. Hier sei keiner angeklagt, weil er ein AKW-Gegner sei oder an der Grohnde-Demonstration teilgenommen habe. Hier gehe es nur um schweren Widerstand, schweren Landfriedensbruch und gefährliche Körperverletzung. Man habe sehen müssen, daß dem Angeklagten durch die Öffentlichkeit (Zuschauer) sehr viel Solidarität entgegengebracht worden wäre. Dies hätte ihn, Borchers, zutiefst betroffen gemacht: jeder, der mit Hanke Solidarität bekundet, bekennt sich zur Gewalt!

Borchers malt dann ein Bild von der Situation an der Kfz-Sperre: zähnefletschende, brutale Demonstranten auf der einen, hilflose Polizisten auf der anderen Seite. Zum konkreten Tatvorwurf gegen Andreas macht er ziemlich schwammige Ausführungen, hantiert dabei um so mehr mit einem Knüppel herum, den er sich eigens für's Plädoyer mitgebracht hat. Zu den Bullen sagt er,

'daß es Widersprüche und Erinnerungslücken gäbe, sei nicht verwunderlich. Die Schwierigkeiten (!) der Beamten zeigten nur, daß sie ehrlich die Wahrheit sagten, sich bemühten. Wenn alles gestimmt hätte, wäre er sehr skeptisch geworden und hätte Absprachen vermutet. Die Schuld von Hanke sei eindeutig erwiesen, auch ein Notwehrrecht oder Widerstandsrecht komme nicht in Betracht.

Das Strafmaß müsse nicht so sehr von der Körperverletzung abgeleitet werden, sondern vom Landfriedensbruch im besonders schweren Falle. Der Landfriedensbruch sei zwar ein abstrakteres Rechtsgut (man sehe keine Beule), aber dafür ein um so höheres. Der Gesetzgeber habe dies auch durch das vorgesehene Strafmaß — 1/2 bis zu 10 Jahren — deutlich gemacht. Mindestens sechs Monate Gefängnis seien vorgesehen, wenn es sich um den denkbar leichtesten Fall von Landfriedensbruch handele, aber das sei hier nicht der Fall. Hanke sei nach Zeugenaussagen auch eindeutig Rädelsführer gewesen, er müsse sich das Gesamtgeschehen an der Sperre zurechnen lassen, der Umfang der Schlägerei sei von ihm bewußt gewollt und im Moment der Ruhe geplant.

Hanke müsse man auch anlasten, daß er die aus dem privilegierten Rechtsgut Demonstrationsrecht erwachenden Verpflichtungen nicht geachtet und das Demonstrationsrecht in Mißkredit gebracht habe. Solche Leute wie Hanke seien dafür verantwortlich, wenn das Demonstrationsrecht in Verruf gerate, wenn der Ruf nach härteren Gesetzen immer lauter werde. Hanke habe sich auch nachträglich nicht vom 19. März 1977 distanziert, er habe sogar geäußert, man werde sich auf die Endschlacht in Gorleben gut vorbereiten. Wenn man dies alles berücksichtige, dann sei ein Strafmaß von 18 Monaten das Mindeste.

Aber es gäbe noch andere Kriterien für die Urteilsfindung, zum einen die Wirkung auf den Betroffenen: wenn Hanke gesagt hätte, er hätte das zwar alles getan, aber er bereute es, wenn er sagen würde, er wolle nicht nach Gorleben gehen, dann wäre auch er, Borchers, für ein mildes Strafmaß auf Bewährung. Aber Hanke habe bewiesen, daß er die goldenen Brücken, die man bauen wollte, nicht be-

schreiten will, er wolle weitermachen wie bisher. Die Strafe wäre deshalb, das sei klar, reduziert auf die Sühne, auf die zeitliche Sicherung nach dem Motto: In Gorleben soll er nicht dabei sein.

Das andere, was man beachten müsse, wäre die Wirkung auf die Öffentlichkeit. Man wäre blind, wenn man nicht erkennen würde, daß zu viele Menschen bereit seien, politische Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Das Unrechtbewußtsein in der Öffentlichkeit schwinde. Es müsse klargemacht werden: wer mit einem Knüppel nach Gorleben gehe, der habe nichts mit dem Rechtsstaat zu tun, den treffe auch der Rechtsstaat mit seiner ganzen Härte. Das Urteil müsse daher auch einen Abschreckungseffekt (!!!) haben. Er beantrage deshalb 18 Monate ohne Bewährung.'

Die Urteilsverkündung wird wahrscheinlich in der dritten Aprilwoche sein."

ALBRECHT UND GROSS ALS ZEUGEN

HANNOVER 17. März *Zum zehnten Verhandlungstag des Prozesses gegen Andreas waren der niedersächsische Ministerpräsident Albrecht und Innenminister Groß geladen. Wir bringen einen Bericht des Atom-Info-Zentrums Hannover (Kornstr. 30, 3000 Hannover 1, Tel.: 0511 - 715033):*

Albrecht hatte am 10.3. durch seinen Pressesprecher verkünden lassen, daß er und Groß als Zeugen aussagen werden. Ihre Ladung sei offensichtlich ein Versuch, die Aufmerksamkeit in den Prozessen von den Angeklagten abzulenken - das werde aber nicht gelingen.

Bereits am Vormittag hatten peinlich genaue Untersuchungen der Zuschauer stattgefunden - am Vortag hatte erstmals seit fast zwei Monaten keine Verhandlung stattgefunden (warum wohl?). Zwischen den Zuschauern auffällig viel unauffälliges Gesindel, zusätzlich rückte Albrecht mit einer 14-köpfigen Leibgarde an, Groß brachte es immerhin auf 8 Leute, die auf Richter Rienhoffs Genehmigung auch undurchsucht in den Saal durften. Als Rechtsanwalt Müllers Beschwerde (weil er sich durch die Leibbullen bedroht fühlte) mit dieser Begründung abgewiesen wurde, kündigte er an, sich nächstes Mal auch "Sicherheitskräfte" mitzubringen.

Gekommen waren über 200 Besucher, die draußen mit der Polizei (die seit langem Mal wieder in voller Besetzung aufgetreten war) ihr Spielchen trieben. Die Polizei war offensichtlich nicht recht im Bilde und rannte konfus hin und her, was die Spielchen vereinfachte. Drinnen versuchte Rienhoff cool zu bleiben — die Beifalls- und Mißfallenskundgebungen waren intensiver als sonst bei Rienhoff zulässig, ohne daß geräumt wurde, auf die 6 Leute, die —PROZESSE WEG! mit großen Buchstaben auf weißen Unterhemden — während einer ganzen Verhandlungsphase im Zuschauerraum stehen blieben, reagierte er überhaupt nicht. Nichtsdestoweniger glich sich Rienhoffs Aussehen im Laufe der Zeit immer mehr dem Draculas an.

Inhaltlich gaben die Vernehmungen von Albrecht und Groß kaum was her — zu der beschränkten Aussagegenehmigung — die sie sich selbst ausgestellt hatten — kam noch hinzu, daß Staatsanwalt Borchers und Richter Rienhoff wie die Schießhunde aufpaßten und dauernd Fragen als unzulässig ablehnten: Von den 29 Fragen, die Müller an Groß stellte, wurden 16 als "nicht zur Sache gehörig" abgelehnt, bei einer weiteren trat die Aussagebeschränkung in Kraft. Damit war alles bestens geregelt: Fragen zur Vorbereitung und allg. Durchführung des Einsatzes verbot die Aussagegenehmigung, Fragen zum politischen Hintergrund verbot Rienhoff als nicht zur Sache gehörig, zum konkreten Geschehensablauf wußten beide nichts — so konnten sie sich auf allgemeine hetzerische Statements beschränken.

Typisch war das Verhalten der Presse, die mittags mit 14 Leuten angerückt war (an den letzten Tagen war meist gar kein Pressevertreter mehr anwesend): nach Albrechts Aussage war die Pressebank leer, als Groß auftrat, waren es wieder 10 Pressevertreter, von denen nur zwei noch bei der Aussage von Herrn Franke dablieben.

Albrechts Vernehmung
Zum Ablauf: als erstes wird ein Antrag auf Tonbandprotokoll abgelehnt, da kein "besonderes Interesse" an den Zeugenaussagen erkennbar sei. Albrecht sagte aus, er habe an den allgemeinen Vorbereitungsgesprächen teilgenommen, bei denen die Linie festgelegt wurde, eine Konfrontation solange wie möglich zu vermeiden. Im Rahmen dieser Linie sei das Unternehmen von der Landesregierung gebeten worden, den Zaun zu errichten. Er selbst sei am 19.3. im Einsatzzentrum in Hameln gewesen und erst nach Ende der Auseinandersetzungen im Hubschrauber zum Bauplatz geflogen. Pläne zu Polizeiprovokationen habe es nicht gegeben, er selbst hätte nicht versucht, auf die Gerichte einzuwirken.

Rechtsanwalt Müller: "Offensichtlich ist Ihnen dieser Termin sehr wichtig — sie haben dafür die Bundesratssitzung ausfallen lassen. Wollen Sie uns hier die "Suppe versalzen", wie es Ihr Pressesprecher angekündigt hat?"
Albrecht: "Wenn Sie hier einen Schauprozess machen wollen, ja!"

Flugblatt an alle Bürgerinitiativen:

LIEBE LEUTE,

die Grohnde-Prozesse gehen jetzt wirklich ihrem Ende zu. Staatsanwalt Borchers hat im Fall Jerry 14 Monate ohne Bewährung (mit Reststrafe insgesamt 2 Jahre) gefordert. Das Urteil wird am Montag, 17.4., gesprochen werden. Bei Andreas hat der Staatsanwalt 18 Monate ohne Bewährung gefordert. Das Urteil wird am 24.4. fallen.

Wir werden in Hannover am Samstag, 22.4., Aktionen und eine Demonstration gegen die Prozesse machen. Von verschiedenen Städten sind wir darauf angesprochen worden, daß man gegen den Bau von Atomanlagen und die Prozesse eine Großdemonstration machen sollte. Dazu gibt es verschiedene Vorschläge. Um das Ganze ein bißchen auf die Reihe zu kriegen, schlagen wir vor, daß Leute, die an derartigen Überlegungen interessiert sind, am 22.4. nach Hannover kommen und die Aktion mittragen. Am Nachmittag um 15.00 Uhr wollen wir uns zusammenhocken und über den Vorschlag einer Großdemonstration und über unser weiteres Vorgehen diskutieren. Stattfinden soll das im Raschplatz-Pavillon (ist bekannt in Hannover).

Wir wollen in einer großen Demonstration zeigen, daß wir uns durch diese Prozesse nicht davon abhalten lassen, weiter gegen Atomanlagen zu kämpfen. Das halten wir auch für die eindeutigste Unterstützung der Angeklagten. Wichtig auf alle Fälle ist, daß möglichst Leute aus den vorhandenen Initiativen mit einem gewissen Meinungsbild nach Hannover kommen.

Kontakt: Ermittlungsausschuß der Hannoverschen Bürgerinitiativen, c/o Fritz Buchholt, Boedeker Str. 75, 3000 Hannover 1

ERSTE DISZIPLINARSTRAFEN GEGEN ZIVILDIENSTLEISTENDE

K Ö L N 10.April *Am 27. Januar streikten in der ganzen Bundesrepublik Zivildienstleistende gegen die Entwicklung des Zivildienstes zum kasernierten Arbeitsdienst. Das Bundesamt für Zivildienst verbreitete widersprüchliche Meldungen über Disziplinarstrafen gegen die am Proteststreik Beteiligten.*

Ein Zivildienstleistender aus Nordrhein-Westfalen hat jetzt eine ‚Disziplinarverfügung' über 100 DM erhalten. Hier einige Auszüge aus der Begründung des Bundesamtes für Zivildienst:

Vom
Bundesamt für den Zivildienst

Gegen Empfangsbekenntnis

In dem Disziplinarverfahren gegen Sie ergeht folgende

Disziplinarverfügung:

Wegen schuldhafter Verletzung Ihrer Dienstpflichten wird gegen Sie eine Geldbuße von DM 100,; (i.W.: Hundert Deutsche Mark) verhängt.

G r ü n d e:

Sie leisten seit dem 01.03.1977 in der Zivildienststelle Krankenhaus ... Ihren Zivildienst.

Sie haben am 27.Januar 1978 die Ihnen zugewiesene Arbeit verweigert.
Sie wurden am 24.Januar 1978 über die Rechtswidrigkeit einer Dienstverweigerung belehrt. Weiter ist Ihnen die Anordnung erteilt worden, den Ihnen zugewiesenen Dienst aufzunehmen. Dieser Anordnung sind Sie nicht nachgekommen.

Ihnen wurde gemäß § 62 b Abs. 1 Zivildienstgesetz (ZDG) Gelegenheit gegeben, sich zu äußern.

Der Vertrauensmann wurde nach § 62 b Abs. 2 ZDG gehört. Er hat in seiner Stellungnahme vom 27.02.78 zur Person und zum Sachverhalt im wesentlichen mitgeteilt, daß die Arbeitsniederlegung am 27.01.78 sich nicht gegen die Dienststelle gerichtet habe. Seines Erachtens sei dadurch in den einzelnen Arbeitsbereichen kein Engpaß entstanden, weil der Warnstreik rechtzeitig angekündigt gewesen sei.

Sie haben nach den §§ 27 Abs. 1, 30 Abs. 1 ZDG die Pflicht, Ihren Dienst gewissenhaft zu erfüllen, den Arbeitsfrieden nicht zu stören und die dienstlichen Anordnungen Ihrer Vorgesetzten zu befolgen. Sie haben Ihre Pflicht aus § 27 Abs. 1 Satz 1 ZDG verletzt, Ihren Dienst gewissenhaft zu erfüllen, denn Sie erfüllten ihn zeitweise überhaupt nicht.
Ferner haben Sie Ihre Pflicht aus § 27 Abs. 1 Satz 3 ZDG verletzt, durch Ihr Verhalten den Arbeitsfrieden nicht zu gefährden. Mit dieser Pflicht ist es unvereinbar, rechtswidrig den Dienst zu verweigern und dadurch die Dienststelle zu entsprechenden Umdispositionen zu zwingen. Darüberhinaus haben Sie gegen § 30 Abs. 1 ZDG verstoßen, indem Sie die dienstliche Anordnung zur Dienstleistung nicht befolgten.

Ihr Verhalten stellt eine rechtswidrige Dienstverweigerung dar. Rechtfertigungsgründe liegen nicht vor. Im Zivildienst besteht kein Streikrecht. Dieses ist nur für den Bereich des Arbeitsrechts anerkannt. Zwischen Arbeitsverhältnis und Zivildienstverhältnis besteht insofern ein entscheidender Unterschied. Kein Arbeitnehmer ist gesetzlich verpflichtet, sein Dienstverhältnis aufrechtzuerhalten. Ein Zivildienstleistender hat es aber nicht in der Hand, das Dienstverhältnis von sich aus aufzulösen oder zu suspendieren. Das würde der im Gesetz (§§ 3 Abs. 1, 25 Wehrpflichtgesetz) unmißverständlich zum Ausdruck gebrachten Dienstpflicht für anerkannte Kriegsdienstverweigerer widersprechen.

Auch zum Zwecke der Durchsetzung politischer Forderungen oder des Protestes gegen politische Vorhaben ist eine Dienstverweigerung nicht zulässig.
...
Schuldausschließungsgründe sind nicht ersichtlich.
Eine Disziplinarmaßnahme nach §§ 58 a, 59 ZDG war daher geboten.

Eine Geldbuße in Höhe von DM 100,- erschien notwendig, um Sie künftig zur Beachtung Ihrer Dienstpflichten anzuhalten und die Ordnung im Zivildienst zu gewährleisten.

Mildernd wurde berücksichtigt, daß über Ihr bisheriges dienstliches Verhalten Nachteiliges nicht bekannt geworden ist.

Erschwerend fiel ins Gewicht, daß Sie vor der Dienstverweigerung auf die Rechtswidrigkeit Ihres Tuns ausdrücklich hingewiesen wurden und eine dienstliche Anordnung, dem Dienst nachzukommen, unbeachtet gelassen haben.

Im Widerholungsfalle müssen Sie mit einer wesentlich fühlbareren Disziplinarmaßnahme rechnen, da Verstöße gegen gesetzliche Pflichten und die daraus sich ergebenden Störungen im Arbeitsablauf insbesondere in einer sozialen Einrichtung nicht hingenommen werden können."

ZIVILDIENSTLEISTENDE VERBRENNEN WEHRPÄSSE – GEGEN DISZIPLINARVERFAHREN

LÜBECK 10.April *Eine Nachricht der Selbstorganisierten Zivildienstleistenden:*

„Am Samstag, den 8.April haben mehrere Zivildienstleistende ihre Wehrpässe öffentlich verbrannt.
Sie protestieren damit öffentlich

– gegen die Eskalation der Militarisierung in der Gesellschaft
– gegen die Verschärfung des Zivildienstes zum Arbeitsdienst
– und gegen die drohenden, eingeleiteten ca. 2000 Ermittlungsverfahren vom Bundesamt für Zivildienst, Ivens.

Es wurde gefordert:
Einstellung aller Disziplinarverfahren, keine Kasernierung und kein Arbeitsdienst.

P.S. Der erste Versuch, die Verbrennung der Wehrpässe durchzuführen, scheiterte an der Aufmerksamkeit zweier Grüner. Sie konnten eine Benzinflasche sicherstellen – die Wehrpässe bekamen sie nicht.
Zehn Minuten später: flammte und brunzelte lieblich das Feuer die schändlichen Wehrpässe zu Asche."
SodZL – Lübeck

ANTI–ATOMKRAFT–PLAKETTE VOR DEM ARBEITSGERICHT

Hamburg 10. April *Die Rechtsanwälte Uwe Maeffert und Nikolaus Piontek zu zwei Terminen vor dem Hamburger Arbeitsgericht:*

1.
Die Hamburger Schulbehörde verbietet den Lehrern, die Anti-AKW-Plakette in den Schulen zu tragen, nachdem der Hamburger Senat dieses Tragen als unvereinbar mit dem Lehrauftrag und dem Schulgesetz erklärt hat. Die FDP-Bürgerschaftsabgeordnete Maja Stadtler-Euler bezeichnete das Verbot als " Maulkorb-Erlaß ". Der angesehene Pädagoge Prof. Hartmut v. Hentig meinte zum Vorwurf der Indoktrination in einem Brief:

" Wäre ich Bürger der Stadt Hamburg, ich sähe in dieser Auslegung der Schranken des Art. 5, Abs. 2 Grundgesetz eine schwere Beeinträchtigung meiner Meinungsfreiheit, weil nicht abzusehen ist, an welcher Stelle welche Embleme oder welche Wörter als Ausdruck einer unzulässigen einseitigen Indoktrinierung der mir anbefohlenen Schüler angesehen werden können. Was politisch bedenklich erscheint, ist es pädagogisch erst recht ... "

In Wirklichkeit verbirgt sich hinter dem Verbot das Bestreben des Staates, an den Schulen eine AKW-freundliche Meinung durchzusetzen:

" Das Verbot ist eine politische Entscheidung zur Ausschaltung einer unerwünschten, regierungsoppositionellen Meinung und hat die unhaltbare Konsequenz, daß vom Lehrer über die positive Haltung zur freiheitlich demokratischen Grundordnung hinaus auch noch die Bejahung der Regierungspolitik verlangt wird. Das Verbot ist Bestandteil der Durchsetzung des AKW-Programms und nur notdürftig bemäntelt von einer untauglichen rechtlichen Begründung. Durch das Verbot verletzt allein die Behörde den durch das Schulgesetz normierten Erziehungs- und Bildungsauftrag, denn das Verbot wird begleitet von einer durch die Behörde begünstigten Öffentlichkeitsarbeit der industriellen Kraftwerksbetreiber an den Schulen. Das Verbot ist daher keine Maßnahme zur Gewährleistung des Erziehungsauftrags nach dem Schulgesetz, sondern eine parteiliche Maßnahme innerhalb des Meinungskampfes der AKW-Diskussion." (aus der Klageschrift von zehn Hamburger Lehrern)

In erster Instanz hat das Arbeitsgericht im Plakettenstreit für Angestellte Lehrer entschieden, daß zum einen ein Formfehler vorliege, da der Personalrat noch nicht gehört wurde und zum zweiten eine Indoktrination der Schüler durch das bloße Tragen einer Plakette nicht zu sehen sei.

2.
Die Hamburger Hochbahn AG kündigte einem Zugführer fristlos, weil er während der Arbeitszeit am Kragen seines Pullovers die Anti—AKW—Plakette getragen und sich unter Berufung auf die Meinungsfreiheit geweigert hatte, die Plakette abzunehmen. Die HHA will die Kündigung mit dem Verbot " unzulässiger Werbung " begründen; ausgerechnet das staatliche Transportunternehmen, das außer durch ständige Fahrpreiserhöhungen dadurch auffällt, daß seine Busse und Züge als bunte Litfaßsäulen durch die Stadt fahren.
Das Arbeitsgericht verhandelt über die Kündigungsschutzklage des Zugführers am 18.4.1978 um 12.30 Uhr im Saal 247.

Kontakt: Uwe Maeffert, Bahrenfelder Str. 93, 2 Hamburg 50; Nikolaus Piontek, Heinrich-Hertz-Str. 21, 2 Hamburg 76

WAHLBEHINDERUNG DER BUNTEN LISTE oder WIE VERSUCHT WIRD, EINEM GEFANGENEN SEIN PASSIVES WAHLRECHT STREITIG ZU MACHEN

HAMBURG
2. April

Die „Bunte Liste", ein Zusammenschluß der verschiedenartigsten Basisinitiativen, kandidiert zur Hamburger Bürgerschaftswahl am 4. Juni 1978. Als Kandidaten wurden 17 Einzelpersonen aus den am Bündnis beteiligten Initiativen aufgestellt, darunter auf Vorschlag der Gefangenenselbsthilfe e. V. Karl-Heinz Galander, Gefangener der Anstalt II des Gefängnisses Hamburg-Fuhlsbüttel. Um seine Kandidatur vorzubereiten und einen Wahlkampf führen zu können, wurden ihm entsprechende Wahlunterlagen gesandt. Der Sicherheitsinspektor des Gefängnisses verweigerte ihm jedoch ohne vorherige Bekanntgabe die Aushändigung dieser Materialien. Dagegen wehrte sich Karl-Heinz Galander in einem Offenen Brief, aus dem wir auszugsweise zitieren:

„Am 18. März wurde ich . . . als Kandidat zur Bürgerschaftswahl . . . aufgestellt und habe diese Kandidatur angenommen, da mir kein Gericht das aktive oder passive Wahlrecht abgesprochen hat. Diese Kandidatur gab ich am 22. März 1978 dem Strafvollzugsamt, der Anstaltsleitung, dem Abteilungsleiter usw. bekannt, ohne daß eine Reaktion erfolgt wäre.

Am 30. März 1978 gegen 14.00 Uhr erhielt ich Post von der Gefangenenselbsthilfe e. V., darinnen war unter anderem folgender Satz enthalten: „Die Post von der GSI mit Flugblättern und den ersten Info-Zeitungen plus Unterschriftenlisten hast Du vorgestern hoffentlich erhalten." Diese Sendung habe ich nicht erhalten. Ich wurde von der Anstalt auch nicht benachrichtigt, daß diese Sendung eingegangen ist. Des weiteren fehlt mir die Zeitung „Große Freiheit". Am gleichen Tag gegen 15.30 Uhr sprach ich den Polizei- und Sicherheitsinspektor, Herrn Rettinger, an: da er ja für die Sicherheit zuständig sei, möge er dafür Sorge tragen, daß die oben beschriebenen Sendungen sicher in meine Hände gelangen. Herr Rettinger sagte mir, daß zwei Bücher aus dieser Sendung,

1. Leila Khaled: Mein Volk soll leben
2. Müller, C. F.: Mindestgrundsätze für die Behandlung von Gefangenen

(beide Bücher wurden mir vom Abteilungsleiter genehmigt!) zu meiner Habe genommen worden seien — für Herrn Rettinger selbstverständlich ohne mich darüber zu informieren. Die Unterschriftenlisten habe er an das Strafvollzugsamt geschickt, da dort geprüft werden müsse, ob ich überhaupt kandidieren dürfe — ebenfalls ohne mich über diesen Schritt zu informieren. Zynisch erklärte er mir, ich hätte ja während meiner Haft Zeit genug, die Gerichte anzurufen — wohlwissend, daß die Wahl und die Vorbereitungen dazu an Fristen gebunden sind!

Meine Beschwerden:
— Ich wurde weder von der Ankunft meiner Postsendungen noch von dem Öffnen derselben bzw. Wegnahme der Sendungen informiert.
— Diese „Information" geschah erst im Nachhinein durch Herrn Rettinger, als ich ihn auf Verdacht hin ansprach.
— Es wurde mir weder eine Anhalte- noch Beschlagnahmebescheinigung ausgehändigt.
— Es wurde mir eine Rechtsmittelbelehrung durch Herrn Rettinger verweigert.
— Mein Protest blieb erfolglos.
— Die Bitte um eine telefonische Verbindung zu meinem Anwalt wurde mir durch Türzuschlagen verweigert.

Diese Methoden sind mir aus totalitären Staatssystemen sehr wohl bekannt! Ich fordere deshalb alle demokratischen Kräfte auf, kraft ihrer Positionen oder ihres Amtes darauf hinzuwirken, daß diese Willkürmaßnahmen der aktiven Wahlbehinderung, die eine ganze Reihe von Gesetzen und das Grundgesetz mehrfach eklatant verletzen, verurteilt werden, rückgängig gemacht werden und in Zukunft zu unterbleiben haben. Ich fordere alle demokratischen Kräfte auf, sich dafür einzusetzen, daß auch im Knast die volle Informationsfreiheit durchgesetzt wird, damit ein fairer — nicht einseitiger — Wahlkampf gewährleistet ist."

Kontakt: Karl Heinz Galander, z. Z. Am Hasenberge 26 2000 Hamburg 63

späteren Zerfall des Tritiums durch den Umwandlungsprozeß in Helium zur Sprengung des betreffenden Moleküls und somit zur pathologischen Zellveränderung.''

Plutonium 239 ist bekanntermaßen höchstgefährlich. Es stammt entweder von Atombombenversuchen, es ist aber auch zu befürchten, daß Plutonium entsprechend der Plutoniumverlustrate von 1% irgendwo in der Atmospähre auftaucht. Dieses Plutonium mag eine gewisse Konzentration haben, wenn mensch gleichmäßige Verteilung annimmt, daß das Plutonium in Partikeln einzelne Lungenbläschen und Zellen schädigt.

Kontakt- und Bezugsadresse: Medizinische Gesellschaft für Umweltfragen e.V., Lützowstr. 7, 4100 Duisburg 1.

OFFENER BRIEF ZUM FRAUENKALENDER-KONFLIKT

HAMBURG 10. April

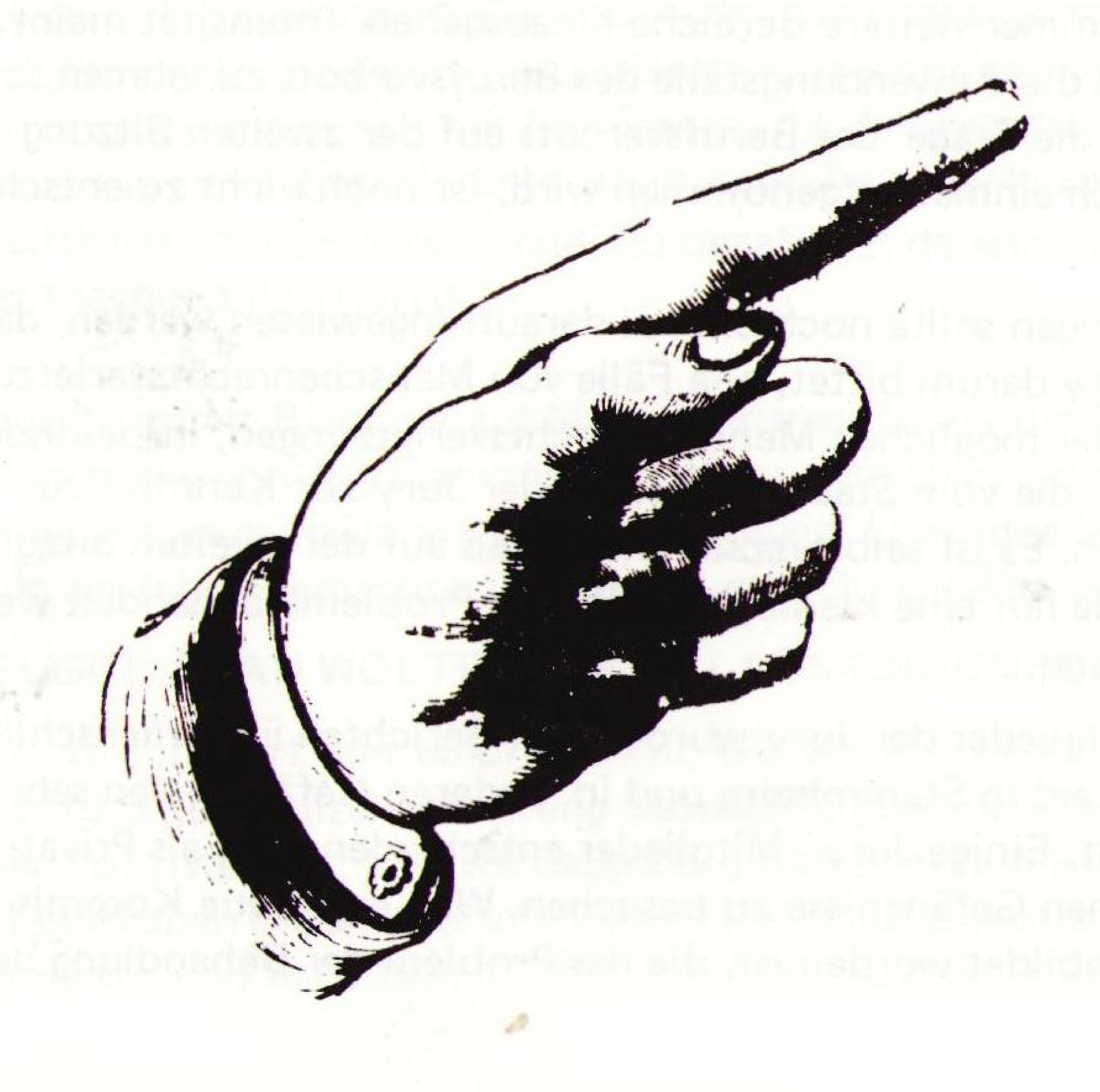
Der Konflikt, auf den sich der folgende offene Brief des Frauenzentrums Hamburg bezieht, wurde ausgelöst durch den Austritt zweier Frauen (Bockhagen/Lorez) aus dem Frauenkalender-Redaktionskollektiv. Die finanziellen Ansprüche der beiden Parteien Schwarzer/Scheu und Bockhagen/Lorez an das Vermögen der Frauenkalender-GmbH wurden dann gerichtlich geklärt. Später erwirkten Schwarzer/Scheu eine einstweilige Verfügung gegen die Verbreitung des Artikels mit der Überschrift „Krach beim Frauenkalender'' (Courage Nr. 8/1977), die im Januar 1978 wiederum gerichtlich bestätigt wurde.

„Wir verurteilen, daß eine politische Auseinandersetzung innerhalb der Frauenbewegung vor bürgerlichen Gerichten ausgetragen wird. Ein Frauenkalender kann nur dann ein 'Spiegelbild der Frauenbewegung' sein, wenn so viele Frauen und Frauengruppen wie möglich ihn eigenverantwortlich gestalten können. Es kann doch nicht angehen, daß innerhalb der autonomen Frauenbewegung vier Frauen bestimmen, wo es lang geht.

Wir müssen annehmen, daß es im Kalenderkonflikt – Alice Schwarzer und Ursula Scheu – nicht nur um einen Kalender geht, der die Frauenbewegung in der BRD unterstützt, ihr Selbstbewußtsein und eine Möglichkeit der inhaltlichen Auseinandersetzung gibt, sondern einfach um Prestige, Geld und Macht. Es wird verhandelt nach einem Paragraphen des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb. Frauen gegen Frauen vor einem bürgerlichen Gericht!

Doch was heißt dies für uns politisch?

Wir haben Frauenzentren gegründet, um uns endlich selbst verwirklichen zu können, gemeinsam zu lernen, zu handeln und an unseren Zielen zu arbeiten. Wir wollen uns gegenseitig unterstützen und stark machen für den gemeinsamen Kampf gegen dieses frauenfeindliche System. Wir lernen uns kennen, diskutieren unsere oft unterschiedlichen Meinungen, kritisieren unsolidarisches Verhalten und führen eine Auseinandersetzung über die verschiedensten politischen Meinungen und Ansätze. Die Diskussion, wie wir gemeinsam unser Ziel erreichen können, führt immer wieder zu scharfen Kontroversen.



Aber allen Frauen ist klar, daß wir nur wenn wir alle gemeinsam kämpfen, uns gegenseitig unterstützen und stärken, etwas erreichen können. Die vielen Diskussionen, Gespräche und Auseinandersetzungen helfen uns, unseren Standpunkt zu erkennen und unsere Ziele immer klarer zu sehen. Treffen wir uns dann aber statt in einer solidarischen Kritik vor bürgerlichen Gerichten, ist der Frauenbewegung nicht mehr gedient. Es schadet ihr, denn die vorher beschriebene Arbeit in den Frauenzentren kann nicht mehr stattfinden.

Wir rufen alle Frauen auf zum BOYKOTT der EMMA, des FRAUENKALENDERS und aller Bücher von Alice Schwarzer und Ursula Scheu. Falls euch noch andere Maßnahmen einfallen, schreibt uns und den anderen Frauenzentren doch bitte.

Kontaktadresse: Frauenzentrum Hamburg, Langenfeldstraße 64 d, 2000 Hamburg

WIE VERDIENTE MITARBEITER BESCHISSEN WERDEN

KÖLN 3. April

Aus Kölner VolksBlatt, April 1978:

Kölner Bürger aus dem Kreis der Unterzeichner des ‚Offenen Briefes', den die Initiative „Rettet die Rundfunkfreiheit im WDR'' im November 1977 an den Intendanten des WDR von Sell gerichtet hatten, kamen Ende Februar überein, die Arbeit fortzuführen und zu einer handlungsfähigen und aktiven Bürgerinitiative im medienpolitischen Bereich zu entwickeln.

Die erhoben aktuellen Forderungen sind weiterhin:
– ersatzlose Rücknahme der gegenüber dem Redakteur Ludwig Brundiers ausgesprochenen Kündigung;
– ungekürzte Ausstrahlung der vom Programm abgesetzten Filme und Beiträge wie ‚Berichte aus dem Hinterland' von Günther Wallraff und die ‚Glaushaus'-Sendung ‚Die wissen doch gar nicht, was bei uns los ist – eine nicht repräsentative Kritik am Fernsehen';
– die Beibehaltung der bewährten Konzeptionen der Sendereihen ‚Glaushaus' und ‚Vor Ort'.

Nachdem der WDR-Redakteur Brundiers am 18. Januar 1978 seinen gegen die fristlose Kündigung geführten Arbeitsrechtsstreit vor dem Arbeitsgericht in Köln gewonnen hat – es steht noch offen, ob gegen das Urteil Berufung eingelegt wird –, hat der Intendant die fristgemäße, d.h. ordentliche Kündigung nachgeschoben. Der WDR versucht wahrzumachen, was sein Prozeßbevollmächtigter vor dem Arbeitsgericht ankündigte:„Von einem solchen Mann wollen wir uns auf jeden Fall trennen!''

Der WDR verhält sich in dieser Angelegenheit wie ein x-beliebiges Unternehmen der Privatwirtschaft, dem es auch nicht darauf ankommt, mit der beruflichen Existenz der Beschäftigten zu spielen. Als öffentlich-rechtliche Anstalt, die von der arbeitenden Bevölkerung über die Rundfunk- und Fernsehgebühren finanziert wird, ist der WDR aber in besonderem Maße gehalten, einen demokratischen und sozialen Umgang mit seinen Mitarbeitern zu pflegen. Das ist jedenfalls die Auffassung

der Initiative, die die Öffentlichkeit bittet, die bereits bewiesene Solidarität mit dem gekündigten Redakteur zu verstärken und die sofortige Rücknahme der Kündigung zu fordern.
Schreiben sind zu richten an:
WDR, Appellhofplatz, 5000 Köln 1.

Die Initiative will die Öffentlichkeit über die Organisationsstruktur des WDR und den damit verbundenen Einfluß der Unternehmerverbände und Parteien aufklären, das Programm auf allen Gebieten beobachten, seine Inhalte an den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung messen und — in Zusammenarbeit mit anderen Bürgerinitiativen — die Ergebnisse dieser Programmbeobachtung, zu der auch Zuschauerkritiken gehören, veröffentlichen.

Alle sind eingeladen, die Arbeit mitzutragen. Bezüglich der entstehenden Kosten bittet sie, die Arbeit durch eine regelmäßige Spende zu unterstützen.

PSchK Köln Sigurd Asper, Stichwort 'Rundfunkinitiative' Nr. 10 94 22 - 500,
Initiative 'Rettet die Rundfunkfreiheit im WDR' c/o Sigurd Asper, Brüsseler Str. 86.

TELEGRAMM VON JURY-MITGLIEDERN AN DIE BUNDESREGIERUNG

HARHEIM April — *Mitglieder der Jury des 3. Russell-Tribunals haben folgendes Telegramm an die Bundesregierung geschickt:*

Wir haben Berichte erhalten, nach denen Gefangene in Stammheim und anderen Gefängnissen im Hungerstreik sind und es möglich ist, daß sie sterben. Wir verfügen über keinerlei Möglichkeit, diese Berichte zu überprüfen. Vielleicht ist der Hungerstreik nur eine politische Taktik, um Druck auszuüben auf die wichtige Arbeit, die das 3. Russell-Tribunal diese Woche in der BRD begonnen hat. Trotzdem bitten wir die Behörden dringend, die humanen Schritte zu unternehmen, die notwendig sind, um das Leben der Gefangenen zu verlängern, nämlich die sofortige Durchführung einer unabhängigen Untersuchung über deren Gefängnisbedingungen. Wir bitten darum, nicht etwa als Sympathisanten oder Anhänger der RAF, deren tragische Politik eine Politik der Verzweiflung ist, sondern als Menschen, denen die Verteidigung der elementaren Menschenrechte zutiefst am Herzen liegt.

Unterzeichner	Beruf
Lolle Nauta	Philosoph
Claude Bourdet	Journalist
Jean-Pierre Faye	Dramatiker
Howard Branton	Dramatiker
Trevor Griffiths	Dramatiker
Elliot Taikeff	Jurist

WOLF DIETER NARR VOM DEUTSCHEN RUSSELL—SEKRETARIAT ZUM WEITEREN VERLAUF DES TRIBUNALS

FRANKFURT 12. April — 1.) In ihrer Gründungserklärung erklärte die Jury, daß sie sich insbesondere, wenn auch nicht ausschließlich mit der Untersuchung folgender Fragen beschäftigen werde:

a) wird Bürgern der Bundesrepublik auf Grund ihrer politischen Überzeugung das Recht verwehrt, ihren Beruf auszuüben?

b) wird durch Straf—und zivilrechtliche Bestimmungen und durch außerrechtliche Maßnahmen Zendur ausgeübt?

c) werden Grund—und Menschenrechte imZusammenhang von Strafverfahren ausgehöhlt oder eliminiert?

2.) Nach einer Woche der Behandlung des Berufsverbots ist die Jury in der Lage, nun genauer zu sagen was voraussichtlich auf der zweiten Sitzungsperiode verhandelt werden wird. Um diese zweite Sitzungsperiode genügend vorbereiten zu können, werden erneut die gleichen Prozeduren angewandt, die schon im Hinblick auf die erste Sitzungsperiode verwandt worden sind. Es werden auf Grund der Ergebnisse der ersten Sitzungsperiode, Unterkommissionen aus Mitgliedern der Jury und des Beirats gebildet werden, die spezifische Fragen vorbereiten ohne daß mit der Entscheidung zu diesen Unterkommissionen schon eine definitive Entscheidung über die Fragestellungen der zweiten Sitzungsperiode gefallen wären. Diese Unterkommissionen werden scih dermaßen verhalten, daß die sich, wie dies bei solchen Kommissionen üblich ist, mit dem Material der jeweiligen Gegenstände vertraut machen. Daß sie Experten heranziehen, daß öffentliche Erklärungen über ihren Untersuchungsgegenstand vor der zweiten Sitzung abgeben werden. Die Arbeit dieser Untersuchungskommissionen geschieht geheim.

3.) Die Mitglieder der Jury haben folgende Untersuchungskommissionen beschlossen:

— Die erste Untersuchungskommission wird zentriert um die Frage der Zensur. In diese Unterkommission werden auch Fragen einbezogen über die neuen Maßnahmen, von denen Jury—Mitgliedern einiges bekannt geworden ist. Daß etwa aus Bibliotheken ganz bestimmte Bücher verschwinden, bzw. die Benutzer aufgelistet werden.

— Die zweite Untersuchungskommission wird zentriert um der Verhinderung und der Verschlechterung der Strafverfahren, insbesondere auch um die Möglichkeiten und die Verteidigungsmöglichkeiten derjenigen, die in den Untersuchungsgefängnissen sich befinden.

— Die dritte Untersuchungskommission wird sich speziell mit dem Problem der politischen Gefangenen befassen und untersuchen, ob und inwieweit und unter welchen Aspekten diese Frage auf diesem Tribunal behandelt werden kann. Im übrigen darf ich darauf hinweisen, daß selbstverständlich die Jury insgesamt und beauftragt durch die Jury das Sekretariat, die Frage des Berufsverbots weiter verfolgen wird. Es wird verstärkt danach zu sehen sein, inwieweit vor allem Extensität und die Intensität des Berufsverbots zugenommmen haben. Extensität meint, ob die Berufsverbote in immer weitere Bereiche hinausgehen. Intensität meint, daß die Anwendungsfälle des Berufsverbots zunehmen,... Ob die Frage des Berufsverbots auf der zweiten Sitzung noch einmal aufgenommen wird, ist noch nicht zu entscheiden.

Im übrigen sollte noch einmal daraufhingewiesen werden, daß die Jury darum bittet, alle Fälle von Menschenrechtsverletzungen oder möglichen Menschenrechtsverletzungen, insbesondere solche, die vom Staate ausgehen, der Jury zur Kenntnis zu bringen. Es ist selbstverständlich, daß auf der zweiten Sitzungsperiode nur eine kleine Auswahl der Probleme behandelt werden kann.

4.) Mitglieder der Jury wurden von Berichten über menschliches Leid in Stammheim und in anderen Gefängnissen sehr bewegt. Einige Jury—Mitglieder entschieden sich, als Privatpersonen Gefängnisse zu besuchen. Weil eine neue Kommission gebildet worden ist, die das Problem der Behandlung der

Danach folgt eine Serie Fragen zu Äußerungen von Albrecht, Groß und Puvogel (Justizminister), auf die er nicht antwortet (will hier keine politischen Meinungen diskutieren) und zur Vorbereitung, zu denen er angeblich nichts weiß. Er habe der Polizei–Einsatzleitung in einem Fall eine Anregung gegeben, nämlich die Lautsprecherdurchsage zu machen, daß sich "die friedlichen Demonstranten von den Verbrechern trennen" sollen. Die Formulierung stamme von ihm. Er bestätigt weiter sein Zitat "diese Verbrecher müssen hinter Schloß und Riegel gebracht werden" – dies sei kein Verstoß gegen das Prinzip der Unschuldsvermutung. Er bestätigte auch, dem Arzt Düring in der Gefangenensammelstelle in Hameln als dieser in ansprechen wollte – gedroht zu haben: „Du kommst hinter Gitter!" (Die Frage, ob das mit dem Prinzip der Unschuldsvermutung vereinbar sei, lehnt das Gericht als unzulässig ab.) Damit sind seine konkreten Aussagen erschöpft. Alles weitere sind seine bekannten hetzerischen Aussagen, die er ungerügt machen kann,

– daß es Widersprüche zwischen den „sogenannten" (Hameln, UJZ) und den „echten" BIs (Pyrmont) gebe,
– daß nach den Veröffentlichungen der Radikalen ein Angriff auf die Polizei geplant gewesen sei, bei dem Tote bewußt in Kauf genommen werden sollten, etc.

Vorhalte von Aussagen anderer Zeugen zum Polizeieinsatz sind wieder unzulässig, ebenso die Frage, ob er es für möglich hält, daß auch Polizisten mit Steinen und Flaschen geworfen haben. Auf die Frage, ob das Zitat von den „Terroristen von Grohnde" die „unter dem Deckmantel der Atomgegnerschaft ausschließlich kriminelle Akte durchführen wollen" auch auf Andreas zutrifft, antwortet er mit der Gegenfrage, ob Andreas Mitglied des KBW sei. Auf die Frage, was das solle, antwortet er, dann hätte er eine Antwort gewußt. Auf späteres Befragen sagt er, daß dies Zitat nicht auf Andreas individuell zutreffe, wohl aber auf seine Gruppe, wenn er sich dem KBW zugehörig fühle, und damit wahrscheinlich auch auf ihn. Als Müller daraufhin ein Ordnungsgeld von 10.000 DM beantragt (wegen Beleidigung von Prozeßbeteiligten), antwortet Rienhoff: „Wollen Sie diesen Zirkus ernsthaft aufrechterhalten? " Zusammen mit Rienhoff und Borchers sabbelt Albrecht sich dann raus, so daß seine Formulierung nicht mehr faßbar ist.

Die Sauerei daran wird deutlich, wenn man die dauernden Verwarnungen und Strafen an Andreas dagegenhält: Andreas zitiert aus dem SPIEGEL, nach dem aufgebrachte Demonstranten den ehemaligen Keksmanager Albrecht als Arschkeks bezeichnet hatten. „Trifft das mit dem Arschkeks zu, Herr Albrecht? " – Verwarnung. Als Andreas irgendwann sagt „der Albrecht" (und nicht „Herr Dr. A.") und zur Begründung sagt, ob mensch Herr sage, hänge davon ab, was mensch von Albrecht hält, bekommt er „vorbehaltlich einer strafrechtlichen Verfolgung" 300 DM Geldstrafe. (Aber Albrecht darf Leute ungerügt Kriminelle nennen!) Nächste Verwarnung für Andreas, als er eine Frage so einleitet: „Herr Albrecht, Sie sind nicht nur Landesvater, sondern auch Philosoph. In Ihrem gottseidank nicht oft gelesenen Buch ...' Im übrigen werden sämtliche Fragen, die Andreas stellt, als unzulässig abgelehnt. Albrecht erhält kein Zeugengeld aus der Staatskasse (d.h., Andreas muß das bezahlen), da seine Aussagen nicht sachdienlich waren.

Danach ordnet Rienhoff auf Müllers Antrag hin an, die Filmaufnahmen, die von den Demonstranten vor dem Haus aus dem Gebäude heraus gemacht werden, einzustellen. Über eine Vernichtung der schon gemachten Filme will er nicht entscheiden.

ZEUGIN: FRAU WOLTEMATE (58) AUS GROHNDE

Frau W. schildert sehr eindrucksvoll, wie sie schon am Tage vor dem 19.3. die Polizeimassierung beobachtet hat. Bereits am 12.3. seien Polizisten mit MPi am Bauplatz gewesen; schon am 18.3. hat es Absperrungen und sehr viele Kontrollen gegeben. Ihr Haus wurde vor und nach dem 19.3. permanent bewacht, nachts mit Scheinwerfern angeleuchtet, sie selbst wurde sogar im Garten und beim Holzholen im Wald kontrolliert – nur als ihnen die Scheibe eingeschmissen wurde, war „zufällig" keine Polizei da. Als sie dann sah, wie die Pferde ausgeladen wurden (sie hatte erst an ein Reitturnier geglaubt), bekam sie Angst und beschloß, ihr Haus als „Lazarett" herzurichten, wo sich Müde ausruhen konnten und Gruppen, die sich verloren hatten, wiederfinden konnten, – auch zur ärztlichen Versorgung, in der Hoffnung, daß es nicht dazu gebraucht würde. (Dabei versucht ihr der beisitzende Richter in seltener Blödheit unterzuschieben, auf sowas könne sie doch nicht allein gekommen sein, das müsse ihr doch jemand eingeredet haben. Dieser – junge – Typ bleibt allerdings still, als sie ihm sagt, sie habe die Vorbereitungen gesehen, und sie wisse aus dem Krieg, wo sie auf der Flucht war, wie leicht man sich in solchen Situationen verliert und wie nötig man einen Platz zum Ausruhen hat.)

Am 19.3. wurden in ihrem Haus etwa 30 Leute versorgt, die nicht mehr selbst gehen konnten, bei Nachbarn waren es noch mehr. Sie hat sehr schwere Verletzungen gesehen, u.a. einen vom Pferd zertretenen Fuß, der nur noch wie ein blutiger Fleischklumpen aussah. Weil sie ihr Haus zur Verfügung gestellt hatte, konnte sie nicht mit zur Demonstration, aber sie habe schon vorher Angst gehabt, als sie die „jungen Leute, unter denen viele Nachbarn aus Grohnde waren, fröhlich singend zum AKW ziehen sah. Leider hatten nicht alle Helme, darum hatte ich schon vorher Angst, weil ich die Pferde gesehen hatte. ... Wenn ich teilgenommen hätte, hätte ich mich nicht ohne weiteres von der Polizei schlagen lassen. Ich hätte zurückgeschlagen!" Viele Nachbarn hätten sich gefreut, daß endlich was gegen das AKW passiert, und seien auch mitgegangen. Bei der nächsten Demo würden aber viele aus Angst nicht mehr mitmachen. „Wir hätten den Platz schon vorher besetzen müssen."

Auch Frau Woltemates Aussage wird vom Gericht als „nicht sachdienlich" eingestuft!

ZEUGE: INNENMINISTER GROSS (und schon ist die Pressebank wieder voll!)

Er hat von der Kirchohsen-Sperre vorher gewußt und sie gebilligt. Sie habe den Zweck gehabt, „Demonstranten, insbesondere bewaffnete, nicht an die Baustelle heranzulassen." (!!!) Das sei kein Widerspruch zum Recht auf freie Demonstration, da erstens die Demo nicht angemeldet war, und zweitens „bewaffnete Demonstranten nicht an einer Demonstration im Sinne des Grundgesetzes" teilnehmen!

Ziel des Polizeieinsatzes sei „defensives Vorgehen" gewesen, deshalb habe man viel Polizei in der Baustelle postiert. Die Kirchohsensperre sei aufgegeben worden, weil die „Gefahr von Auseinandersetzungen" bestand. Er selbst hat den Polizeieinsatz mitgeplant, ist am 19.3. in der Einsatzzentrale in Hameln gewesen und abends zum Bauplatz geflogen, hat sich aber während der Auseinandersetzungen bewußt rausgehalten und keine Anregungen gegeben. Seine sämtlichen Aussagen sind typische Politiker-Formulierungen: sehr langes bla-bla, an dessen Ende mensch nicht weiß, was er eigentlich gesagt hat.

IM MAI GEHT DER STROMPREIS-BOYKOTT AUCH IN FRANKFURT LOS!

FRANKFURT 11.April *Die Strompreis-Boykottinitiative Frankfurt schreibt:*

„Seit ungefähr einem Jahr sammeln wir hier in Frankfurt Bereitschaftserklärungen für den Stromzahlungsboykott. Bis jetzt haben sich ca. 300 aktive Atomgegner, das sind so um die 100 Haushalte, bereiterklärt, teilzunehmen.

Auf dem letzten Stadtteiltreffen wurde beschlossen, den Boykott im Mai zu beginnen. Dieser Entschluß ist auch mit der Hoffnung verbunden, daß sich bis zum Beginn noch recht viele weitere Haushalte anschließen. Die Verweigerung wird in 10 bundesdeutschen Großstädten von gewaltfreien Gruppen organisiert. In Hamburg wurde der Boykott im Oktober 77 mit 250 Haushalten begonnen. Seit dieser Zeit haben sich noch einmal 250 Haushalte bereiterklärt, mitzumachen. Außer Mahnungen und einem Brief, daß die E-Werke nichts mit dem Bau von AKW's zu tun haben, kam noch keine Reaktion.

Die Stadt unterstützt und fördert als Kunde der PREAG den Bau von AKW's. Obendrein werden am ersten April die Strompreise erneut erhöht.

Je mehr bokottieren
- desto geringer die Wahrscheinlichkeit eines Prozesses für den Einzelnen
- desto größer die Wirkung in der Öffentlichkeit.

Also — nichts wie sich beteiligen und zwar schnell!

Am 17.April 1978 um 20.00 Uhr im Bonhoeffer-Haus, Lessingstraße 2 in Frankfurt:
VOLLVERSAMMLUNG ALLER BOYKOTTWILLIGEN
Kontakte und Bereitschaftserklärungen an:
Initiativgruppe Strompreisboykott
Klaus Haas, Bornheimer Landstr. 64, 6 Frankfurt am Main

Spendenkonto für die anfallenden Kosten:
Sonderkonto Klaus Haas Postscheckamt Frankfurt
Kto.-Nr. 3039 65–606

PROGRAMMDISKUSSION DER GRÜNEN LISTE HESSEN

OFFENBACH
12.März

Auf einem Treffen der Initiativgruppen im März (siehe ID 223 Russell-Tages-ID Nr.3) wurde beschlossen, Programmvorschläge zu formulieren und diese auf einem weiteren Treffen zu einem gemeinsamen Programm zusammenzufassen. Bisher liegen nur zwei Programmentwürfe aus Darmstadt und Offenbach vor, auf andere wird noch gewartet. Die Offenbacher Initiativgruppe verschickt diese Entwürfe auf Anfrage und schreibt dazu:

„Die beiden Entwürfe sollen die Diskussion in den Gruppen anregen. Sie sollen nicht als fertige Programm verstanden werden.
Vor allem ist noch einmal darauf hinzuweisen, daß zentral nur der Kern eines Programmes formuliert werden soll und kann, daß aber jede Gruppe aufgefordert ist, ihre regionalen und/oder thematischen Schwerpunkte und Besonderheiten einzubringen.

Auf der Grundlage der beiden Entwürfe und auf der Grundlage weiterer bis dahin entstehender Entwürfe soll am **22.April ab 14.00 Uhr in Frankfurt, Alfred-Delp-Haus, Beethovenstraße 28 (Nähe Universität)** versucht werden, ein gemeinsames Programm zu formulieren.

Eingeladen sind alle Gruppen und Personen, die an der Formulierung arbeiten wollen. Es sollte aber pro Gruppe nur ein Vertreter geschickt werden, um das Treffen arbeitsfähig zu machen.
Am 20.Mai soll der Programmentwurf dann plenar diskutiert werden.

Kontakt: **Initiativgruppe 'Grüne Liste' Landtagswahl Hessen 1978,c/o Johannes Günther, Starkenburgring 19 605 Offenbach,Tel. 0611 / 83 22 58**

INFORMATIONSDIENST DER BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN BÜRGERINITIATIVEN

TÜBINGEN
23. März

Die erste Nummer eines Informationsdienstes für baden-württembergische Bürgerinitiativen ist erschienen und soll — so die Herausgeber — „in Zukunft eine Möglichkeit für alle Bürgerinitiativen bieten, sich über das Geschehen in punkto Umweltschutz und Kampf gegen AKWs und über die Arbeit an anderen Orten zu informieren." Der „BI-Kurier" wird regelmäßig erscheinen, vorausgesetzt, die Bürgerinitiativen machen ihn zu ihrem Organ, indem sie zahlreiche Berichte schicken. Er soll vorläufig 1,-- DM plus Porto kosten und wird herausgegeben vom

Informationsbüro der Landeskonferenz der baden-württembergischen Bürgerinitiativen Umweltschutz, c/o Bund für Umweltschutz, Postfach 1141, 7400 Tübingen

JEDES TRITIUM-ATOM SPRENGT EINE ZELLE

FRANKFURT
März 1978

Die „Medizinische Gesellschaft für Umweltfragen" in Duisburg hat eine Stellungnahme zu den Gefahren der Atomenergie erarbeitet, aus der wir im folgenden einige Punkte zusammenfassen wollen. Die vollständige Studie, in der viele Gefahren erwähnt sind, die den ID-Lesern bereits bekannt sind, kann der untenstehenden Adresse angefordert werden.

Die Studie weist darauf hin, daß von Atomanlagen ausgesandte radioaktive Substanzen sich in biologischen Organismen anlagern oder einbauen. Nach einer Untersuchung der Heidelberger Universität konnte nachgewiesen werden, daß CO - 58 und CO - 60-Werte (Kohlenmonoxide mit Kohlenstoff-Isotopen) in Weißkraut, Rotkraut und Kartoffeln, geerntet in nordwestlicher Richtung (Hauptwindrichtung) des Kernkraftwerkes Obrigheim, im Vergleich zu Kontrollproben aus dem Proboert in südlicher Richtung des Kernkraftwerkes eindeutig erhöht sind.

„Die Grenzwertfestsetzung für emmittierte Radionuklide Wasser und Luft ist amtlicherseits gegeben. Nicht jedoch sind Grenzwerte für den Boden, die Vegetation im Wasser und auf dem Lande, bei Tier und Mensch amtlich festgelegt." Genau aber in den Lebewesen sind zunehmend Ablagerungen von radioaktiven Giften zu erwarten.

„Die Neuerkenntnis der radioaktiven und chemisch-toxischen Doppelwirkung des bisher für harmlos gehaltenen Tritiums (H 3 = überschwerer Wasserstoff) ist ein weiterer schwerwiegender Belastungsfaktor. Mehr als 95% des anfallenden radioaktiven Materials der Abwässer besteht aus Tritium. Ein Rückhaltemöglichkeit dieser Tritiummassen ist technisch nicht zu realisieren; dies erklärt die erhöhte Anreicherung des Grund- und Trinkwassers im Neckargebiet.

Wenn auch das Tritium als HTO (tritiertes Wasser) schnell aus dem Körper ausgeschieden wird, so ist doch zu bedenken, daß es in organische Verbindungen — wie es in der menschlichen Zelle vorliegt — sehr lange biologische Halbwertzeichen besitzt. Der derzeitige Wissensstand weist auf die Gefährdung des Menschen durch die pathogenetische Wirkung aufgrund der möglichen Verdrängung eines jeden Wasserstoffatoms im Eiweißmolekül der Zelle hin.

Es kommt zu einer punktuellen radioaktiven Strahlung an jedem Anlagerungsort im menschlichen Organismus und beim

ZWEI VERANSTALTUNGEN WÄHREND DES RUSSEL–TRIBUNALS

Russel-Tribunal – ein Warenhauskatalog?

Frankfurt
2. April

Nicht allein in Harheim, sondern auch in Frankfurt waren die Tribunal-Fans scheinbar völlig überlastet. Diesen Eindruck zumindest hinterließ die äußerst geringe Zahl der Besucher der Internationalismus-Veranstaltung "Modell Deutschland" des Asta der Uni Frankfurt (etwas über die Hälfte aller Plätze waren besetzt). Kein Wunder bei der enormen Zahl von Veranstaltungen.

Fast einem Warenhauskatalog gleich kamen die direkten und indirekten Forderungen in den Rahmenveranstaltungen zum Russsel-Tribunal, zusätzliche Themen auf dem Tribunal zu behandeln, die dort "verheerenderweise " ausgeklammert worden waren. Jedenfalls warfen die Rahmenveranstaltungen zum Russel-Tribunal ständig von neuem die Frage auf, wie man/frau das Angebot der unbehandelten Themen noch erweitern könnte. Den meisten linken Gruppierungen erging es wie uns, den meisten Schreibern in diesem "Dienst" - wir kritisierten die meisten Rahmenvorstellungen, während die meisten Rahmenvorstellungen das Tribunal kritisierten. Eingie fanden es zu oberflächlich, einige zu allgemein, einige politisch, inhaltlich und sogar geographisch zu beschränkt, dabei berücksichtigen sie oftmals nicht, daß durch das Auftreten des Tribunals die verschiedensten Proteste thematisiert werden konnten.

So trat auch die Internationalsimusgruppe des Asta an, festzustellen, daß nicht allein in der BRD, nicht allein in Europa, sondern auch in der Dritten Welt die Menschenrechte mit Füßen getteten werden - diesmal jedoch vom Imperialismus, an dem eben jene angeklagte BRD kräftig mitwirkt. Beileibe kein zu beschönigender Vorgang – zumal die physichen und psychischen Auswirkungen dort weitaus katastrophaler zu spüren sind (siehe etwa ID 22o über Brasilien), als wir es in unserem relativen Wohlstand überhaupt nachvollziehen können. Allerdings ein Vorgang, dessen Konsequenzen auf nationaler Ebene bereits in früheren Tribunalen behandelt wurden, wenn auch nicht vorwiegend aus der Sicht der imperialistischen Länder.

Dennoch hätte allein dieser Fall – die Verletzung der Menschenrechte durch die BRD in den Ländern der Dritten Welt – den Rahmen dieses Tribunals gesprengt. Aus dieser Erkenntnis heraus sah sich ein Mitglied des Westdeutschen Irlandkomitees (WISK) wohl genötigt, einen fast 60 Minuten langen seminarreifen Vortrag über die Bildung der sog. Trilateralen Kommission für die Länder der Dritten Welt zu halten. Diese Kommission, die sich auf der Achse Washington–Bonn–Tokyo bewegt, und sich dadurch zu einer noch effizientieren Form des Imperialismus entwickelt hat, charakterisiert sich u.a. in ihrer neuen Erscheinung im wesentlichen durch eine nahezu vollständige Anbindung der bundesrepublikanischen Führungskräfte an die Bedürfnisse ihrer Politik. Diese Anbindung, betont das WISK-Mitglied, versetzt die Kommission nunmehr in die Lage, sozialdemokratische oder gar sozialistische Politiker, vor allem in Westeuropa, von Rang und Ansehen, in den Ländern, die zu nicht-kapitalistischen Entwicklungswegen tendieren, in ihre Dienste einzuspannen, um so ihre Ausbeutungspolitik in den meisten Ländern der Dritten Welt brutaler und konsequenter durchdrücken zu können.

Die Relevanz dieses Themas hat sich nicht zuletzt durch die Entwicklung der Studentenbewegung in den letzten 10 Jahren bewiesen,dennoch läßt sich nicht jede beliebige Veranstaltung zur Abhandlung dieser Problematik umfunktionieren, um das Angebot der unbehandelten Themen auf dem Tribunal zu erweitern und um dann zu folgern, dieses Tribunal " lehre uns in verheerender Weise, die Zustände in der BRD etwas milder zu betrachten".

Kontaktadresse: Internationalismusgruppe, c/o Brigitte Heinrich, Asta Frankfurt, Jügelstr. 1, 6 Frankfurt, Tel.: 0611 / 777575

"SCHMIDT VERGIB UNS DEINE SÜNDEN"

FRANKFURT
4. April

Die "theaterwerkstatt hannover" war in der Batschkapp am Dienstag mit ihrem Stück "Kein schöner Land" zu sehen. Szenen aus der Geschichte der BRD, die Geschichte von Repression und Widerstand seit dem Krieg, bis zum Atomstaat, bis Wyhl & Kalkar, wurden mit dem roten Faden zu einem politischen Lehrstück zusammengefädelt.

Die Geschichte, wie sie die "Theaterwerkstatt" spielt, ist eine aus Massenbewegungen und deren Unterdrückung: Wiederbewaffnung, Notstandsgesetze, Rote–Punkt–Aktionen in Hannover 1969, Streiks von 1973, am Beispiel des Steiks der Pierburger–Frauen dargestellt, und schließlich Wyhl, Brokdorf, Kalkar. Ausgelassen wurde die "Nur–studentische Geschichte", 1968 war sozusagen nicht extra vorgesehen, und ausgelassen auch die Geschichte der RAF und anderen Stadtguerilla. Kann man Geschichte so darstellen? Läßt sich das Ausmaß staatlicher Repression wirklich erklären, wenn man nur die Bewegungen berücksichtigt, die spezifische Bedürfnissse und Interessen aus drückten, und nicht diejenigen, die gegen den Staat, gegen den Kapitalismus abstrakt "aufs Ganze gingen"? Zumindest war es spannend, die Gewichte einmal so verteilt zu sehen.

Gemacht war das Ganze mit viel Bewegung, mit Körpersprache, mit Musik einfacher Instrumente wie Gitarre, Pfeife, Säge!, Trommel, mit Liedern.(Das beste eine Bußprozession "Schmidt vergib uns deine Sünden"). Vielen Ideen und Darstellungsweisen war anzumerken, daß sie aus einem professionellen Umgang mit Theater kamen. Das hat aber nicht geschadet. Auch wenn's gar zu lehrreich wurde, fiel der Truppe immer noch ein Gag ein, mit dem sie sich –und uns– unterbrachen und das Allzuglatte ein Stück weit zurücknahmen. Aufgefallen ist uns, daß die Rollen ziemlich gleichwertig waren, es gab keine Stars und schien auch keine Probleme zwischen frauenandiewandspielenden Männern und Frauen zu geben. Hart an der Grenze spielte sich das Plutonium auf, das wie ein Hamlet beim Vorsprechen agierte.

Uns haben die wenigen Leute, die da waren, nicht gestört, weil es gut war.

Die "theaterwerkstatt hannover" ist zu erreichen: im Pavillon am Raschplatz, Lister Meile 4, 3000 Hannover, Tel. 0511/324104

"SEHT: EINE PARTEI IST EINE PARTEI. WIR SIND EINE SEHR DEMOKRATISCHE PARTEI".

Lucio Lombardo Radice in einem Gespräch während des 3. Russell-Tribunals

Lucio Lombardo Radice ist Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Italiens und er ist Mitglied der Jury des dritten internationalen Russell-Tribunals. Nachfolgend veröffentlichen wir ein Gespräch mit ihm, das am 31. März 1978 in Frankfurt geführt wurde.

Frage: Vor ein paar Tagen sind in Mailand einige Arbeiter aus der KPI ausgeschlossen worden, weil sie unter der Parole "Weder für den Staat – noch für die Roten Brigaden!" demonstriert hatten.

Radice: Also ich habe noch nichts darüber gelesen, aber es ist so, daß diese Erscheinung von den Roten Brigaden und so weiter nicht nur eine isolierte Erscheinung ist. Sie haben doch eine gewisse Stütze innerhalb von Arbeitern und Arbeitslosen, nicht nur innerhalb der Studenten. Es gibt eine gewisse Basis für sie. Diese ist zwar nicht sehr breit, aber es gibt sie. Es ist also möglich, daß fünf Mitglieder der KPI unter dieser Losung demonstriert haben und dann, entschuldige, war es doch richtig, sie auszuschließen.

Frage: Aber wer unter der Losung "Weder für den Staat — noch für die Roten Brigaden!" demonstriert, ist doch kein Sympathisant der Roten Brigaden!

Radice: Aber das ist gar nicht die Frage! Das ist nicht unsere Linie! Seht: eine Partei ist eine Partei. Wir sind eine sehr demokratische Partei. Ich glaube, daß es in der ganzen Welt, nicht nur unter den Arbeiterparteien, sondern unter den Parteien im Allgemeinen keine Partei gibt, die so demokratisch ist wie die KPI! Weil wir alles gemeinsam diskutieren und weil es einen breiten Raum für verschiedene Bewegungen und Initiativen gibt. Aber es ist doch eine Arbeiterpartei, eine revolutionäre Partei: es kann doch nicht angehn, daß ein KPI- Mitglied unter den Losungen von Lotta Continua demonstriert. Das ist doch unmöglich! Denn das ist nicht unsere Linie. Unsere Linie ist die Verteidigung des demokratischen Staates, die Entwicklung der Demokratie. Wir bewegen uns nicht in einem Zwischenraum, nicht in einem Niemandsland; das ist eine andere Linie. Es ist eine Frage von elementarer Disziplin.

Frage: Bedeutet das dann, daß die Frage der Verteidigung der demokratischen Institutionen in Italien für die KPI inzwischen zu einem Kriterium für die Mitgliedschaft in dieser Partei ist.

Radice: Sicher! Das ist ein entscheidendes Kriterium. Aber es ist ja nicht zwangsläufig KPI-Mitglied zu werden. Es gibt ja auch noch die Sozialisten, Manifesto und Lotta Continua, und eine Menge anderer Parteien.

Frage: Aber das setzt ja eine ungebrochene Identifikation mit dem Staat voraus...

Radice: ... Ich habe nicht von Identifikation gesprochen. Ich habe gesagt: wir, also die Arbeiterklasse, die Kommunisten die Sozialisten, alle demokratischen Kräfte, wir haben alle für die Verfassung gekämpft! Unsere Verfassung trägt viele Unterschriften, zum Beispiel die von Umberto Terracini, einem Freund und Genossen von Gramsci — diese Verfassung ist unsere Verfassung! Das ist nicht so wie in Deutschland. Unsere Verfassung, die haben wir mitgemacht. Die ist uns nicht aufgezwungen worden, die kommt nicht von oben! Und wir haben die Republik gemacht, das ist unsere Republik; wir haben die Institutionen durch die jahrelangen Kämpfe und unter großen Schwierigkeiten entwickelt.

Frage: Der Herr Kuby hat neulich einen sehr problematischen Satz gesagt, nämlich, daß wir hier in der BRD im Herbst 77 das Fürchten gelernt haben, daß da der demokratische Staat außer Kraft gesetzt worden war, daß es aber zu einem großen Proteststurm gekommen wäre, wenn damals die Armee eingesetzt worden wäre. Was aber ist nun mit dem Einsatz der italienischen Armee in der momentanen Situation in Italien?

Radice: Man sagt in Süddeutschland, daß Winde, die aus dem Norden und Kriege, die aus dem Süden kommen, nicht gefährlich sind. Die Italiener waren nie militaristisch gesinnt. Unsere Armee hat auch eine große Tradition von politischer Neutralität. Es gab nie einen Putsch in Italien. Und noch: Italien ist nicht eine Bundesrepublik. Bei uns ist nicht, wie bei euch die Benutzung der Armee überall, auch mit der Aufgabe die Polizei mindestens in Notfällen zu unterstützen, verfassungswidrig.
Aber ich möchte noch einmal auf die Frage von vorhin zurückkommen; auf die Frage nach dem Verhältnis zum Staat: man muß dialektisch denken! Was ist der italienische Staat? Er ist langsam auf dem Wege, zu einer möglichen Demokratisierung. Man darf nicht sagen: schwarz oder weiß — nein! In dieser Periode gibt es in Italien Generäle, die KPI-Abgeordnete sind, zum Beispiel General Pasti, ein sehr wichtiger Nato-General. Wir haben eine demokratische Bewegung in der Armee, und einige gute Reformen für die Soldaten schon erreicht. In der Polizei haben wir eine breite Bewegung zum Aufbau einer Polizeigewerkschaft: in der Justiz haben wir eine wachsende Linksbewegung.
Man kann also nicht sagen: das ist ein zaristischer Staat oder der Faschismus! Das ist alles in Bewegung.

Frage: Aber diese Frage nach dem Ausschluß der Arbeiter aus der KPI, die habe ich nicht gestellt, um der KPI vorzuwerfen, daß sie Leute ausschließt, die eine andere Linie vertreten, sondern weil dies meiner Ansicht nach ein Klima kennzeichnet, zu dem auch die KPI mit beiträgt. In diesem Zusammenhang fällt mir eine Äußerung von Pecchioli (so etwas wie dem innenpolitischen Sprecher der KPI) aus den letzten Tagen ein; er hat etwa gesagt: "Alle Sympathisanten des Terrors müssen aus dem Schoße der Arbeiterklasse entfernt werden!" Und da werde ich hellhörig, gerade auf dem Hintergrund der Erfahrung hier in Deutschland: das mit den Sympathisanten ging sehr schnell, das sind erst die Leute, die Wohnungen geben, dann die Lite[illegible]n, die sagen...

Radice: ... nein, nein... Entschuldigung, es gibt, wenn auch kleine, Gruppen in Italien, die sagen, daß die Roten Brigaden Genossen sind, die Irrtümer begehen, die einen falschen Weg gehen, aber es seien doch Genossen. Und diese Gruppen sagen, daß im Falle, man wisse wo die Roten Brigaden Moro gefangenhalten, man das nicht sagen solle. Das ist etwas anderes, das ist nicht dasselbe wie die Sympathisanten in Anführungszeichen hier in Deutschland. Man muß doch klar sagen, daß so etwas nicht akzeptabel ist. Sympathisieren meint, für die KPI, auf der Seite der Roten Brigaden zu stehen, zum Beispiel ihre Flugblätter zu verbreiten; keineswegs über die Frage des Terrorismus kritisch zu diskutieren.

Frage: Aber ich habe die Befürchtung, daß das nur die ersten Schritte sind; erst sagt man die Parole "weder für den Staat, noch für die Roten Brigaden!" hat nichts mit der KPI zu tun, dann das mit den Sympathisanten, so daß ich glaube, daß der nächste Schritt ist zu sagen, wer gegen den Staat ist, der ist Sympathisant.

Radice: Nein. Entschuldigung, die italienische Reaktion war der deutschen entgegengesetzt. Niemand hat in Italien gesagt, daß bestimmte Gruppen, auch nicht die der extremen Linken, Sympathisanten in dem Sinne seien, daß sie für die Aktion der Roten Brigaden verantwortlich seien. Nur die extreme Rechte, Indro Montanelli, il Giornale, Gustavo Selva, diese wenigen Leute, haben einige Versuche gemacht, zu sagen, das sind die Kinder der KPI, des Marxismus usw.. Aber im Allgemeinen gibt es eine demokratische Diskussion. Ich habe zum Beispiel vor meiner Abfahrt in einem Erziehungsjournal in einem Artikel geschrieben, daß es notwendig ist, in der Schule über diese Fragen zu diskutieren, um vernünftige Leute zu erziehen; das heißt, man kann nicht so mythologisch denken, so schwarz/weiß; und in diesem Sinne muß man die Frage einer vollständigen Isolierung der Roten Brigaden stellen. Die Gefahr, ich wiederhole es, ist schematisch zu denken, und/oder alles zu verwechseln. Was meint 'Staat'? Die demokratischen Institutionen oder die Regierungen? Wir behaupten keineswegs, daß die dreißigjährige italienische korrupte Verwaltung zu verteidigen sei; aber es ist nicht erlaubt, sie mit den Institutionen zu identifizieren.

Gefangenen behandeln werden, eine Kommission, die zu gegebener Zeit entscheiden wird, ob und wann Besuche in den Gefängnissen im Sinne einer genauen Untersuchung angebracht sind, haben alle Mitglieder der Jury, auch diejenigen, die ursprünglich als Privatpersonen eigene Besuche vorhatten, entschieden, sich den Entscheidungen dieser Kommissionen zu fügen.

5.) Das voraussichtliche Datum der zweiten Sitzungsperiode wird am 1. Januar beginnen.

HELLMUT GOLLWITZER'S REDE AM ENDE DER ERSTEN SITZUNGSPERIODE DES DRITTEN RUSSELL–TRIBUNALS

Wir stehen am Ende des ersten Abschnitts einer Arbeit, die dem Wohle des deutschen Volkes gilt. Wir sind überzeugt,daß das Wohl des Deutschen Volkes entscheidend von der Erhaltung und der Weiterentwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland abhängt. Wir wissen ebenso, daß angesichts der Bedeutung der Bundesrepublik für das übrige Europa die Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik großen Einfluß auf die Erhaltung von Demokratie und Frieden in Europa hat. Darum haben wir, unabhängige Bürger aus Staaten Europas und des außereuropäischen Auslandes, uns zusammengefunden, hinweg über verschiedene politische und weltanschauliche Standpunkte, in tiefer Sorge um das Schicksal von vielen Tausenden von Menschen, die von Menschenrechtsverletzungen bedroht sind, und von denen sie einige hier gesehen haben. Wir danken der Russell Peace Foundation,



daß sie mit ihrer Organisation und mit ihren großen Ansehen dieses Unternehmen ermöglicht und geprägt hat. Das Russell Tribunal hat eine Modellbedeutung, eine nichtinstitutionelle, nicht offizielle Organisation von Bürgern unserer heutigen Gesellschaft, besonders aus dem Bereich der europäischen Gemeinschaft.
Natürlich selbsternannt, wie diejenigen herablassend sagen, denen offenbar nur Ernennungen von oben imponieren. Beauftragt von unserem eigenen Bürgersinn, von unserer Gewissensverantwortung für die Menschenrechte, darum, meine ich, fähig, unabhängig und öffentlich Fragen zu behandeln, Warnungen auszusprechen gegenüber dem Vormarsch des bürokratisierten, technokratisierten autoritären Staates, der uns überall bedroht. Keine Unterstützung, sondern geballte Ablehnung fanden wir dagegen bei denen, die die offizielle Verantwortung für die Demokratie und die Wahrung der Menschen—und Grundrechte in der Bundesrepublik tragen. Bei der Bundesregierung, bei der Spitze der drei Bundestagsparteien, leider auch bei der Spitze des deutschen Gewerkschaftsbundes. Die Sprachregelung funktionierte weitgehend in Presse und Massenmedien, zum Glück mit einigen rühmlichen Ausnahmen; von denen ich stellvertretend die 'Frankfurter Rundschau' und den 'Tagesspiegel' nenne.
Die Bemühung um die Herabsetzung des Russell—Tribunals begann sogar um den Preis der Intelligenz. Angesehene Zeitungen nennen uns das sogenannte Russell—Tribunal, was so hirnrissig ist, als wenn man von mir als den sogenannten Hellmut Gollwitzer spricht.
Keine Verleumdung, keine Entstellung der Wahrheit war zu niedrig, zu absurd, als daß man sie ausgelassen hätte. Wir deutschen Mitarbeiter hatten zweimal Anlaß, uns vor unseren ausländischen Freunden für unser Land zu schämen. Der eine Anlaß war diese weitgehende Gleichschaltung, für die offenbar kein Propagandaministerium mehr nötig ist.
Wir hoffen nun, daß doch öffentlich bekannt wird, wie sehr der tatsächliche Verlauf der ersten Sitzung die gegen uns gerichtete Vorverurteilung widerlegt hat. Und wir sahen, wie dringend nötig unser Unternehmen ist, bevor es zu spät ist. Bevor es zu spät ist—und genau das ist unsere Antwort auf die Vorwürfe, wir würden die Verhältnisse in der Bundesrepublik gleichsetzen mit der amerikanischen Intervention in Vietnam und den abscheulichen Militärdiktaturen in Lateinamerika. Man kann zufrieden sein, wenn Willy Brandt über die vermeintliche Gleichsetzung entrüstet ist, tut er doch damit kund, daß er heute jene amerikanische Intervention in Vietnam für eine schändliche Menschenrechtsverletzung hält—was wir damals schon gesagt hatten, wir aber damals weder aus seinem Munde noch von seiner Regierung noch von seiner Partei gehört hatten.
...aber die Russell—Tribunale über Vietnam und Chile, so unerläßlich sie waren, kamen zu spät, das Kind lag schon im Brunnen. Mit dem jetzigen Tribunal wollen wir tätig werden, bevor es zu spät ist und um 'zu spät' zu verhindern.
Wir bedauern sehr, daß wir dabei sehr wenig Mitarbeit und öffentliche Solidarität bei denen gefunden haben, von denen wir wissen, daß sie von der gleichen Sorge um die Erosion unserer Demokratie und um den schleichenden Abbau der Grundrechte in unserem Staat erfüllt sind. Aber wir sind zufrieden damit, daß unser Unternehmen sie herausgefordert hat, nun ebenfalls in der gleichen Richtung wie wir tätig zu weden. Nur eines müssen uns die Freunde innerhalb der SPD und FDP zugestehen, so sehr wir uns auch freuen, wenn nun auch in diesen Parteien Menschen initiativ werden, wie der Kongress in Hannover am 15./16. April 'Zur Verteidigung der Demokratie' und die Heinemann—Initiative am 23. Mai in Rastatt, in denen sie eine andere Republik zeigen: Den Parteien, unter deren Regierungskoalition sich die Verhältnisse so bedrohlich entwickelt haben, die Verteidigung der Republik allein zuzutrauen und zu überlassen, das wäre ein Kinderglauben, den niemand von uns verlangen kann!

Das, was in diesen Tagen anhand von exemplarischen Fällen durch die Jury sorgsam und unvoreingenommen eruiert worden ist, ist uns deutschen Mitarbeitern seit Jahren bekannt. Dennoch war ihre genaue Vorführung für uns der zweite Anlaß, der uns die Schamröte über unser Land ins Gesicht getrieben hat. Ein Bodensatz von Rassismus, Intoleranz, panischer Kommunistenangst und potentiellem Faschismus, einen solchen Bodensatz gibt es in allen unseren Völkern, Einzelfälle von Rechtsverletzungen und ungerechte Strukturen gibt es in allen unseren Staaten. Und wir verteidigen die demokratische Staatsstruktur eben deswegen, weil sie die Möglichkeit gibt, gegen solche Entartungen zu arbeiten. Was hier aber bei dieser Sitzung deutlich wurde, war nicht nur Unfähigkeit, sondern auch Unwille der Verantwortlichen, eine schlechte Verfassungswirklichkeit mit unserer guten Verfassung zur Deckung zu bringen. Das Maß von Illiberalität und Unfairniss, die Erhöhung des Staates als Obigkeitsgröße über den Wolken der Verfassung, die Bereitschaft, Grundrechte willkürlich außer Kraft zu setzen, das alles ist erschreckend. Und das alles findet sich nicht nur an Stammtischen, sondern in den Rängen der oberen Beamten, bei Professoren, Juristen, Lehrern..... und nicht nur bei Politikern, die für Pinochet und den Schah schwärmen, sondern bei Politikern und namhaften Bürgern, deren demokratische Gesinnung unbestreitbar ist. Die Einsetzung des Russell–Tribunals über die Menschenrechte in der Bundesrepublik ist damit hinreichend gerechtfertigt und s ne Notwendigkeit erwiesen. Nicht erwiesen ist seine Wirksamkeit. Die hängt leider nicht von uns allein ab. Ob die Mauer der Vorverurteilung durchbrochen wird, das hängt ab von der Berichterstattung der Massenmedien, für die sie, meine Damen und Herren, samt ihren übergeordneten Instanzen, verantwortlich sind. Sie hängt ab von der Einsicht unserer Politiker, von ihrer Bereitschaft zur gerechten Kenntnisnahme, zur Selbstkritik, auch zum erschrecken über die hier ausgebreiteten Fakten.

Sie hängt auch ab von der Resonanz, die unsere Arbeit im Ausland, die sie besonders im europäischen Ausland finden wird und von der Rückwirkung, die diese Resonanz auf unsere Politiker, auf unsere Regierung, unsere Behörden haben wird. Darum nun unser besonderer Dank an sie, unsere ausländischen Freunde, die sie die große Mühe und die enormen Strapazen zuletzt dieser Woche auf sich genommen haben und dazu die Verleumdungen, die ihnen persönlich zuteil geworden sind. Sie haben damit nicht die Verachtung, sondern gerade die Achtung vor unserem Volke verdient.

Wir danken ihnen dafür von Herzen!

Nur ein sehr begrenztes Unternehmen konnten wir planen. Es ist umgeben von den Hoffnungen derer, die in mancherlei Weise zu spüren bekommen, wie unzulänglich die uns im Grundgesetz zugesprochenen Grundrechte bisher bei uns verwirklicht sind. Nur wenige besonders bedrohliche Erscheinungen konnten wir auswählen, und keinerlei Macht außer der Macht unseres Wortes haben wir, um schlechte Entwicklung in bessere umzukehren. Wir hoffen aber, es geht von dieser unserer Unternehmung eine Ermutigung aus, damit immer mehr Bürger unseres Landes die Sache unserer Demokratie selber in die Hand nehmen. Kein Verfassungsschutz kann für unsere freiheitlich –demokratische Grundordnung garantieren als der Verfassungsschutz, der wir selber sind.

Das Volk, das seine Grundrechte erkennt, das die Übereinstimmung seiner gesellschaftlichen und politischen Wirklichkeit mit seiner freiheitlichen–demokratischen Grundordnung in ihrem wirklichen Sinne immer neu gegen alle Grundrechtsverkümmerung erzwingt und das dadurch seine eigene echte freiheitlich–demokratische Grundordnung mit allen Zähnen verteidigt.. Niemand anders entscheidet über Verwirklichung und Zukunft unserer Demokratie als allein wir selbst, das demokratische Bewußtsein und die demokratische Zivilcourage der Bürger unseres Landes.

JURY–PRÄSIDENT DEDIJER AM ENDE DER ERSTEN SITZUNGSPERIODE



.... Wenn wir jetzt über diese neue Form der Repression sprechen, dürfen wir nicht die älteste Form der Ausbeutung des Menschen vergessen, ich meine eine Form, die wir immer noch in allem Gesellschaften vorfinden können. Was wichtige Aufgaben in der Gesellschaft betrifft, so hat es schon immer Berufsverbote gegeben und zwar diejenigen, die die Männer den Frauen auferlegt haben.

(Beifall)

Die jungen Deutschen der Berufsverbotegeneration werden von allen Seiten angegriffen. Von allen großen politischen Parteien und auch von anderen Organisationen. Die rechte Presse nennt diese Leute Kommunisten, und die Presse der DKP nennt sie Anti–Kommunisten.

Sie stehen im Trommelfeuer von allen Seiten.

(....)

Ich weiß, daß die junge Generation in Deutschland und in der ganzen Welt vor einer sogar noch düstereren Zukunft steht. Die Kluft zwischen den reichen Industriestaaten und den wirtschaftlich gesehenen unterentwickelten Teilen der Welt von Tag zu Tag größer. Wenn ich mir Europa ansehe, diese Verbrauchergesellschaft, dann hab ich den Eindruck, daß Europa nur eine aus dem Meer des Elends herausragende Insel der Überfütterten ist. (....)

Ich sage dies, weil ich hoffe daß sie (die junge Generation, d.Red.) Mittel und Wege finden wird, dafür zu sorgen, daß die Menschenrechte verwirklicht werden. Sie wird vermutlich Methoden anwenden und Möglichkeiten haben, von denen wir als alte Generation nicht einmal zu träumen wagten.

FRANZÖSISCHE PRESSE ZUM RUSSELL–TRIBUNAL

Figaro: Einziger Kommentar vom 30.3., überschrieben: ‚Komische Tribunale'. Spielt auf die unvollständige Jury an und meint damit „einen bedeutenden ost-deutschen Ökonomen", der wegen „Meinungsdelikten" im Gefängnis sitzt, den die DDR-Regierung nicht ausreisen ließ zum Tribunal. Jedes Tribunal, das sich den Menschenrechten widmet,hätte da interveniert; z.B. eine Kommission geschickt, „sicher, die Kommission wäre nicht empfangen worden, aber das Tribunal wäre für ein oder zwei Stunden weniger lächerlich gewesen."

‚Le Monde': vom 30.3. kündigt das Tribunal an, sowie, daß ein Gegensekretariat gegründet wurde, das eine 2.Konferenz im Juni in Göttingen abhalten wird. Beschreibt im Groben die „ineren Kämpfe" innerhalb der Linken vor dem Tribunal und die Stellung dazu der verschiedenen Parteien und der Regierung.

Vom 31.3.: greift wohl den Figaro vom Vortag auf, wenn sie den Brief von Farley (Direktionsmitglied der Russell Foundation) an den Staatsratsvorsitzenden der DDR, Willi Stoph, zitiert (im ‚Spiegel' abgedruckt am 27.3.). Ihrer Einschätzung nach mangelt es diesem Brief nicht einer Prise schwarzen Humors, wenn man den Staatsratsvorsitzenden der DDR um die Freilassung Bahros für einige Tage bittet, damit er, der einsitzt aufgrund der Regime-Kritik bezüglich der DDR, richten kann über Menschrenrechtsverletzungen in der BRD.

Vom 1.4.: wird nur noch der Brief der zwei anwesenden französischen Jurymitgliedern an die ‚Monde' veröffentlicht: Jean-Pierre Faye und Claude Bourdet: Sie präzisieren darin, daß die Jung-Sozialisten nicht wie angegeben, ihre Unterstützung zurückgezogen hätten und die Jungdemokraten dies nur unter großem Druck getan haben. Weiterhin betonen sie, daß das Tribunal völlig unbeeinflußt von den in der ganzen Bundesrepublik gegründeten Unterstützungskomitees funktioniert, und über deren interne Divergenzen sich auch niemand wundere. Schließlich geben sie ihrer Verwunderung Ausdruck, daß die „Le Monde" durch ihre Nicht-Präsenz sich einreiht in Formen des Angriffs auf das Tribunal wie es der westdeutschen Regierung und der reaktionären Presse eigen ist – während die Anwesenheit der stark vertretenen nationalen und internationalen Presse, Radio, Television die Bedeutung des hier stattfindenden Tribunals zeigten.

‚Rouge' vom 30.3. (durch Korrespondenten vertreten) fand es erstaunlich, daß ein großer Teil der vom Berufsverbot betroffenen, vernommenen Zeugen der DKP angehören, da sie durch die Teilnahme am Tribunal sicherlich aus der Partei augeschlossen würden, wie aus eindeutigen Kommentaren der DKP zu schließen sei. Beschreibt kurz den Ablauf des ersten Tages und geht, anläßlich der abendlichen Sonderveranstaltung auf die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ein. Ein großer Teil der deutschen Linken widerspräche dem Entschluß, die Gewerkschaftsausschlüsse nicht mit zu untersuchen.
‚Rouge' berichtet von der Intervention der Angehörigen politischer Gefangener, die von den Jury-Mitgliedern die Bedingungen der Inhaftierten behandelt wissen wollten. Schildert zum Schluß das Selbstverständnis des Tribunals und erwähnt, daß die eingeladenen Vertreter der deutschen Regierung nicht gekommen seien.
‚Rouge' vom 3.4. geht unter Erwähnung eines am 1.4. behandelten Falles auf die Gewerkschaftsausschlüsse ein. Die Gewerkschaft begänne, sich gleich repressiver Praktiken wie die der Regierung zu bedienen, und ein Gewerkschaftsausschluß habe häufig die Entlassung vom Arbeitsplatz zur Folge. Es gäbe eine Zusammenarbeit von Gewerkschaft und Verfassungsschutz. ‚Rouge' hebt hervor, daß es sich bei den behandelten Fällen hauptsächlich um Pädagogen und Anwälte handelt, nicht aber um Lehrlinge und Arbeiter. Claude Bourdet meine, daß es für die 2. Sitzung nicht ausgeschlossen sei, die Berufsverbote im privaten Sektor zu behandeln.
In derselben Nummer ein Interview mit Sybille Haag, in dem sie die Intervention der Angehörigen von politischen Gefangenen damit begründet, daß sich aktuell 24 Inhaftierte im Hungerstreik befänden, und das Tribunal behandele im Gegensatz zu den vorherigen nur die Gefährdung materieller Existenz, nicht aber die der physischen. „Wir fordern, daß eine Delegation der Jury sich an Ort und Stelle von den Vergewaltigungen der Menschenrechte ein Bild macht," meint Frau Haag. Außerdem eine unabhängige Kommission (international) zur Untersuchung der Umstände der „Selbstmorde".
‚Rouge' vom 7.4.. Abschließender Bericht, über das Ergebnis der Jury, hebt hervor den engeren, „liberalen" Charakter des Tribunals gegenüber dem offen anti-imperialistischen der vorhergehenden beiden Tribunale; die Kriterien der Jury seien die der bundesrepublikanischen Verfassung von 1949. Weiterhin wird die geplante zweite Sitzung angesprochen, während der wohl eine weitgefasstere Thematik behandelt werden wird als ursprünglich vorgesehen (weil mensch wohl eine Konfrontation mit der Sozialdemokratie vermeiden wollte), denn die Ergebnisse der 1. Sitzung zeigten die Untrennbarkeit der verschiedenen Aspekte der Repression (wie das Beispiel des Flugblattverteilers, der zuerst aus der Gewerkschaft ausgeschlossen wurde und dann Berufsverbot bekam). Zum Schluß meint der Verfasser, daß es zwar noch zu früh sei, die Bedeutung bzw. Wirkung des Tribunals für die BRD einzuschätzen, spricht aber von der größten Mobilisierung gegen die Repression in der BRD seit 10 Jahren durch das Stattfinden des Tribunals (und erwähnt in dem Zusammenhang das tägliche Erscheinen des ID zum Tribunal mit großer nationaler Verbreitung!).

‚Liberation' berichtet als einzige französische Tageszeitung, neben Rouge, ausführlich und kontinuierlich über das Russell-Tribunal und war auch die ganze Zeit mit einem eigenen Korrespondenten in Harheim vertreten.

Ein erster Bericht am 30.3. berichtet von der Eröffnung der ersten Sitzungsperiode, der provinziellen Umgebung des Tagungsortes, der Vorgeschichte und der Angriffe gegen das Tribunal. Außerdem wird über die nicht angereisten Jurymitglieder, die Position von SPD und DKP zum Tribunal und die ersten behandelten Fälle berichtet.
Ein zweiter, ganzseitiger Artikel am 3.4. stellt die weiteren Sitzungen und insbesondere die Auseinandersetzung um die Einbeziehung der Gewerkschaftsausschlüsse dar. Befriedigt äußert sich der Korrespondent darüber, daß die anfängliche Befürchtung, strikte Begrenzung auf Berufsverbote und ängstlichen Verteidigungshaltung des Tribunals, sich nicht bestätigt hat, sondern in der offeneren und politischeren Atmosphäre auch die Gewerkschaftsausschlüsse und Haftbedingungen zur Sprache kommen.
Ein dritter, ebenfalls ganzseitiger Artikel am 6.4. unter dem Titel:„BRD, demokratische Inquisition" berichtet über den vorläufigen Spruch der Jury und stellt an konkreten Beispielen aus den behandeltetn Fällen und Gutachten den Verlauf von Anhörungsverfahren dar, um den quasi-neofeudalen Charakter der staatlich geforderten ‚Treuepflicht' zu vermitteln. Ein weiterer ausführlicher Kommentar berichtet von der CDU-Demonstration und der Kirchenbesetzung.

Im Belfaster Konzentrationslager Long Kesh:

300 GEFANGENE IM HUNGER- UND DURSTSTREIK

BELFAST *Vom Westdeutschen Irland Solidaritätskomitee:*
14. April

In H 5 Block Long Kesh befinden sich 300 Gefangene ab sofort in einem Hunger- und Durststreik. H 5 steht für die neuen Isolierzellen, die nach der Abschaffung des politischen Status für Gefangene in Long Kesh Concentration Camp eingerichtet wurde. Seit teilweise 400 Tagen weigern sich die H 5 Block Gefangenen, die angeordnete Gefängniskleidung zu tragen, womit sie ... ,,kriminellen Status" protestieren. Es sind dies die ogenannten ,,man on the blanket", die außer einem Laken keine Kleidung tragen dürfen, nicht einmal zum Verlassen der Zelle, um die Toiletten aufzusuchen: dies ist nur in der offiziellen Kleidung erlaubt. Sie müssen daher auch ihre Notdurft mittels einer Blechbuchse in der Zelle verrichten. Dürfen keinerlei Besuche empfangen keine Zigaretten rauchen, keine Literatur haben, keine Pak... empfangen; natürlich sind auch Radios nicht gestattet.
Alle 14 Tage müssen sie stattdessen vor den Knastgouverneur, der sie zu verschärftem Arrest bestraft, weil sie gegen die Gefängnisordnung verstoßen, da sie sich weigern, die angeordnete Kleidung zu tragen. Verschärfter Arrest heißt dann zusätzlich Dunkelheit und Wasser und Brot: die sogenannte Nr. 1 Diät. Pech für die Briten ist, daß die Zahl der Gefangenen, die ,,on the blanket" gehen, stetig wächst, und daß auch draußen der Protest signifikant zunimmt: fast alle südirischen Gewerkschaften votieren für die H 5 Leute, samt Bischof und dem irischen Sportverband. Und es scheint so, als ob die aktuelle Kampagne dazu beitragen könnte, daß - nach der traditionellen Internierung - auch die neueste britische Gefängnisstrategie scheitern würde.
Um diesen Prozeß zu unterstützen sind ab 13. April die Gefangenen in einen Hunger- und Durststreik getreten, den sie durchhalten wollen, bis ihre Forderungen erfüllt sind. Vor allem: die Anerkennung als Kriegsgefangene. Es ist deshalb aktuell ganz wichtig, wenn Protesttelegramme sich mit den Gefangenen solidarisch erklären. An: Roy Mason, Stormont Castle, Belfast, Nordirland.
Berichte über die Situation in H 5 Block Long Kesh sind dem neuen Irlandinfo Nr. 12 des WISK zu entnehmen: 637 Oberursel 5, Postfach 35. Auch Unterschriftenlisten für die Gefangenen sollen beim WISK bestellt werden.

ANTI-AKW-BEWEGUNG IM BASKENLAND

BRÜSSEL/FRANKFURT
22. März

Der Kampf gegen Atomenergie erreichte dieser Tage im Baskenland einen neuen Höhepunkt:

In der Woche vom 5. - 12. März fanden dort Informationsveranstaltungen und Demonstrationen statt. An der zentralen Demonstration am 12. März in Bilbao nahmen rund 150.000 spanische Kernkraftwerksgegner teil. Es ging darum, die Inbetriebnahme der Atomanlage bei Lemoniz zu verhindern. Der dort entstehende Reaktor wäre nach seiner für 1980 geplanten Fertigstellung die größte Anlage dieser Art in Spanien.

Selten war die Mißachtung der Sicherheitsregeln und die Skrupellosigkeit der Atomindustrie so deutlich wie bei Lemoniz: Die Bevölkerungsdichte im Umkreis von 30 km um Lemoniz übertrifft die in den USA maximal zulässige Einwohnerzahl um Atomanlagen um das siebenfache! Sie beträgt 841 Pers./qkm.

Der Widerstand gegen Atomenergie hat sich in Euskadi (Baskenland) sehr rasch zu einer Massenbewegung entwickelt. An der ersten Großdemonstration im August 1976 in Palencia nahmen 50.000 Menschen teil, knapp ein Jahr später, im Juli 1977, waren es 150.000 (!) Leute, die gegen Atomenergie und speziell gegen Weiterbau und Inbetriebnahme des Atomkraftwerks bei Lemoniz protestierten.

Dieses Atomkraftwerk besteht aus zwei Leichtwasserreaktoren mit je 900 MW Leistung. 1972 begann das spanische Unternehmen Iberduero S.A. mit einer vorläufigen Genehmigung des Madrider Wirtschaftsministeriums mit dem Bau der Anlage. Als Standort war das landwirtschaftlich genutzte Erholungsgebiet um Lemoniz gewählt worden. Erst 4 Jahre nach Baubeginn, nachdem das Prinzip der vollendeten Tatsachen eine Umbenennung des Erholungsgebietes in Industriegebiet erreicht hatte, wurde eine vollständige Baugenehmigung erteilt.

Dasselbe Unternehmen wollte in drei baskischen Provinzen drei weitere Atomanlagen bauen. Als Standorte waren Deba (Provinz Gipuzkoa) mit 2.000 MW Gesamtleistung, Ispaster (Provinz Biscaya) mit vorläufig 2.000 MW Gesamtleistung, die auf 6.000 erweitert werden sollte, und Tudela mit 1.000 MW Gesamtleistung vorgesehen.

Als diese Pläne im September 1973 bekannt wurden, regte sich erstmals massiver Widerstand. Insbesondere die Bevölkerung von Deba übte Druck auf die Gemeindeverwaltung aus, die Genehmigung zu verweigern. Da von Iberduero (Elektrokonzern, Eigentümer des AKW in Lemoniz) keine Unterlagen über die Standortbedingungen bei Deba erhältlich waren, beauftragte die Gemeinde Deba die amerikanische Beraterfirma Dames and Moore, eine Studie zu erstellen.

1976 erschien dann der Bericht der amerikanischen Berater, die den vorgesehenen Standort der Atomanlage Deba für nicht geeignet befanden. Sie gaben dafür verschiedene Gründe an. Der wichtigste Grund, der auch zur Verweigerung der Baugenehmigung führte, war die Bevölkerungsdichte in dieser Gegend. Auch das Projekt in Tudela wurde auf der Grundlage dieser Studie von der Gemeindeverwaltung abgelehnt.

Während dieser Auseinandersetzung um weitere Vorhaben von Iberduero wurde in Lemoniz mit großer Schnelligkeit weitergebaut. Die Arbeiten hätten aber aufgrund der Studie über Deba sofort abgebrochen werden müssen. Die Bevölkerungsdichte, die der wesentliche Grund für die Verweigerung und im 30 km-Umkreis um Deba 481 Pers./qkm beträgt, ist nämlich um Lemoniz fast doppelt so hoch.

Weder durch Anrufen der Gerichte, noch durch Protestaktionen, noch durch Einspruch bei der Verwaltung ist es bisher gelungen, den hektischen Weiterbau bei Lemoniz zu verhindern. Und diese Hektik ist verständlich: Wenn nämlich der Demokratisierungsprozeß im Baskenland wie in ganz Spanien die größtenteils noch francistische Verwaltung beseitigt hat, ist eine Inbetriebnahme der Atomanlage bei Lemoniz mehr als zweifelhaft.

Kontaktadressen:
Commission pour une cote basque non nucleair
Juan Mari Escubi, Lequeitio, Biscaya, T. 3444/15 92 04
Jose Allende, P. Mendibil 7, Las Arenas, Biscaya, T. 63 64 89
J.T. Elciondo, Careaga Goikoa 19, Basauri, Biscaya, T. 3444/ 42 34 15
In Belgien:
B.P. 1135, Brussels 1000, Belgium

Am 1. März legte die ETA an verschiedenen Plätzen in Bilbao eine Reihe von Bomben: Im Büro des Elektrokonzerns Iberduero. 50 % des Büros wurden zerstört, außerdem ein gro-

ßer Teil der Pläne und des Archivs. In einem Schlepperwagen der Iberduero, der in einem kleinen Umspannwerk geparkt war. Innerhalb dieses Umspannwerks, was großen Schaden an den Maschinen anrichtete.

Außerdem wurden Bomben in das Büro von Iberduero in San Sebastian und in Navarra gelegt. Die ETA veröffentlichte dazu folgendes Kommunique, das in der spanischen Presse veröffentlicht war:
"Im Weltmaßstab ist der Kampf gegen AKW's ein Kampf für die Erhaltung der Umwelt. In Euskadi ist dieser Kampf zusätzlich noch ein Kampf gegen diesen zentralistischen Staat, der nur der Oligarchie dient. Der Kampf gegen AKW's verschmilzt völlig mit dem Klassenkampf der Arbeiterklasse und des baskischen Volkes für seine nationale und soziale Befreiung."

ATOMKRAFTWERK ZWENTENDORF: SCHWARZER HUMOR DES ÖSTERREICHISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Fest der Initiative Österreichischer Kernkraftgegner im Prater

WIEN/ ZWENTENDORF 9. April *In Zwentendorf bei Wien findet sich das einzige Kernkraftwerk der Welt, von dem bekannt ist, daß es direkt auf einer Erdbebenlinie steht. Das Grundwasser dort hat außerdem, als wäre die Natur nicht schon schwer genug geprüft, auch noch direkte Verbindung zum Grundwasser von Wien. Nichtsdestotrotz stellt sich der Vorstand des Österreichischen Gewerkschaftsbundes stramm hinter das Kernkraftwerk Zwentendorf. Ähnlich wie in der BRD der AKTIONSKREIS LEBEN: GEWERKSCHAFTER GEGEN ATOM regte sich daraufhin in Österreich eine INITIATIVE von Betriebsräten. Am 30.3. machten sie eine Diskussions-Veranstaltung in Wien, am 8.4. gab es im Prater ein Fest von 6000 AKW-Gegnern, am 9.4. demonstrierten 4000 gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf. Wir drucken den Bericht eines Betriebsrates, einen Aufruf zum Austritt aus der Gewerkschaft aus der Betriebszeitung „chronik der laufenden ereignisse", die der Betriebsrat der Siemens-Data GmbH Wien herausgibt, und den Aufruf zur Demonstration am 9.4. ab.*

„Der Bundesvorstand des ÖSTERREICHISCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES faßte bereits im Mai 1977 folgenden Beschluß:

„ Sicherung der Energieversorgung.

Vollbeschäftigungsorientierte Wachstumspolitik hat nur eine Chance, wenn die ausreichende und preisgünstige Energieversorgung gesichert ist.

Unter Berücksichtigung des Umweltschutzes sind die traditionellen Energieproduktionen auf der Basis von Wasserkraft und Kohle weiterzuentwickeln. Der weiter Ausbau der Stromversorgung auf der Basis der Kernenergie muß sich an das zur Sicherung der Energieversorgung notwendige Maß anpassen. Dabei sind die in Österreich bestehenden strengen Sicherheitsbestimmungen rigoros anzuwenden.

Ziel der Energiepolitik muß es sein, den weitestmöglichen Einsatz umweltfreundlicher, rohstoffsparender und kostengünstiger Energieträger zu erreichen. "

Wie es so üblich ist, wurde dieser Beschluß in keinem gewerkschaftlichen Gremium diskutiert, außer dem Bundesvorstand. Als sich dann immer mehr kritische Stimmen äußerten und Protestbriefe an den Vorstitzenden des ÖGB, Anton Benya, schickten, versteckte sich dieser hinter dem undemokratischen Beschluß und schrieb an seine „Werten Kollegen" unter anderem:

„Als Sprecher des ÖGB habe ich und werde ich diesen Beschluß vertreten. Ich bin aber auch persönlich überzeugt, daß die Befürchtungen, die Sie hegen, nicht eintreffen werden, obwohl jeder von uns weiß, daß im Leben nichts ganz ohne Gefahr ist. Auch die Kernkraft birgt Gefahren, doch sind sie durch den Einsatz von Wissenschaft und Technik so reduziert worden, daß die Kernkraft für friedliche Zwecke anwendbar ist.
Mit Gewerkschaftsgruß !"

Nach diesem wachstumswahnsinnigen Beschluß des ÖGB, der dem des DGB nicht unähnlich ist, hat sich auch in Österreich eine Initiative „GEWERKSCHAFTER GEGEN ATOMKRAFT" gegründet. Den Erstaufruf haben über 60 Betriebsräte unterschrieben, die gegen die Inbetriebnahme des bisher noch stillstehenden Atomkraftwerkes ZWENTENDORF sind.

Der ÖGB entblödete sich nicht, in seiner Zeitschrift „SOLIDARITÄT" den 1,6 Millionen Mitgliedern ,10 Argumente für Zwentendorf' vorzulegen — natürlich ohne Diskussion:

10 ARGUMENTE FÜR ZWENTENDORF

Der Beschluß des ÖGB-Bundesvorstandes war eindeutig und erfolgte mit den Stimmen aller Fraktionen mit Ausnahme der Kommunisten: Ja zu Zwentendorf. Klare Auflage: Aller Sicherheitsvorschriften sind nach strengsten Maßstägen zu befolgen.
Daraufhin veröffentlichte die „Solidarität" im November 16 Seiten zur Frage der Kernenergie. Diese Dokumentation wurde von vielen als die bisher verständlichste und umfangreichste in Österreich bezeichnet. Neben den rein technischen Fragen, die von Wissenschaftlern zu klären sind, schälen sich 10 Argumente für Zwentendorf heraus, die wir hier noch einmal zusammenfassen.

1. Der Energiebedarf — besonders in der Industrie — wird weiter steigen. Sparmaßnahmen, wie sie etwa bei der Wärmedämmung vielversprechend scheinen, werden diesen Trend bremsen, aber nicht stoppen. Gerade im nächsten Jahrzehnt wird für die Konkurrenzfähigkeit unserer Industrie Energie lebenswichtig sein.

2. Ein Verzicht auf wirtschaftliches Wachstum hätte ein Einfrieren unseres Lebensstandards und in späterer Folge ein Absacken zur Folge.

3. Technische Alternativen zur Kernkraft sind zwar äußerst wünschenswert, aber derzeit unrealistisch. Kernkraftgegner verweisen nun auf genau jene Energien (Wasserkraft), die sie früher ebenso heftig unter dem Titel Umweltschutz bekämpft haben.

4. Theoretisch wäre ein immer größer werdender Energieimport denkbar. Er würde allerdings unsere Handelsbilanz noch weiter verschlechtern und uns wirtschaftlich abhängig machen. Bei jeder Energiekrise wären wir die ersten Opfer.

5. Das Risiko, das mit der Kernkraft verbunden ist, wird durch die Inbetriebnahme von Zwentendorf nicht größer. Österreich ist von Kernkraftwerken umgeben. Auch Länder wie die Schweiz haben ihre Atomkraftwerke. In Schweden, wo der Wahlkampf stark von dieser Frage geprägt wurde, haben die konservativen Sieger die Kernkraft keineswegs gestoppt, sondern ausgebaut.

6. Kernkraftwerke gibt es nicht seit gestern. Zwentendorf steht am Ende einer langen Kette. Österreich konnte aus den Erfahrungen des Auslandes lernen. Zwentendorf wird von Experten als das sicherste Kernkraftwerk der Welt bezeichnet.

7. Die Zwischen- und Endlagerung des Atommülls — im Jahr etwa 1,5 Kubikmeter — ist technisch einwandfrei gelöst. Die Auswahl der Lagerstätte wird natürlich zur politischen Frage.

8. Zwentendorf, einst von allen begeistert begrüßt und als Fortschritt gepriesen, hat bisher 7 Milliarden gekostet, und die Kosten laufen weiter. Österreich kann sich keine Milliardenruine leisten, die der Steuerzahler finanzieren muß, ohne als Gegenwert die so notwendige Energie zu erhalten.

9. Der Kampf um die Erhaltung der Arbeitsplätze wird die nächsten Jahre überschatten. Österreich kann auf die Dauer nicht gegen eine internationale Konkurrenz an, die mit Atomstrom arbeitet und unbeirrt weiter Kernkraftwerke baut. (Übrigens bauen auch jene Länder, die noch für Jahrzehnte Energiereserven in Form von Erdöl haben.)

10. In der Geschichte ist uns kein Fall bekannt, bei dem der technische Fortschritt zurückgedreht wurde. Neue Technologien haben sich immer durchgesetzt. Wer darauf verzichtete, mußte den Fehler dann teuer korrigieren.

Österreichs Gewerkschafter haben sich Ihren Entschluß nicht leicht gemacht. Das Problem ist nicht neu und wurde in vielen Hunderten Gesprächen mit ausländischen Freunden immer wieder durchdiskutiert. Seit vielen Jahren. Gewerkschafter kennen die Praxis weit besser als viele, die nun theoretische Fragen wälzen.

Wir sagen nach Studium und Abwägen aller uns bekannter Fakten:

JA ZU ZWENTENDORF.

Die Antwort auf diesen Aufruf des ÖGB und seine anderen ATOMKRAFTWERKSFREUNDLICHEN Aktivitäten war eine Veranstaltung am 30.3.1978 im größten Saal des ÖGB in Wien, die sehr gut besucht war. Unter dem Motto: „Antworten aus der österreichischen und der internationalen Gewerkschaftsbewegung zur Atomenergie" traten österreichische Betriebsräte zusammen mit Ursula Koch/Schweiz–Mitglied der Energiekommission der Sozialdemokratischen Partei und des Schweizer Gewerkschaftsbundes und D... ...raeg, Betriebsratsvorsitzender von Pierburg/Neuss IG Metall, auf und bewiesen, daß es in den außerösterreichischen Gewerkschaften einen immer größeren Druck gegen die wachstumsorientierte Atomkraftwerksenergiepolitik gibt. In der österreichischen Presse, in Rundfunk und Fernsehen fand die erste größere Veranstaltung der INITIATIVE breite Beachtung. Die Chancen stehen gut, daß in den Einzelgewerkschaften neuerlich über Zwentendorf diskutiert werden muß und andere Beschlüsse zustande kommen — nämlich: Keine Inbetriebnahme von Zwentendorf.

Wie sehr der ÖGB danebenliegt mit seinen 10 Argumenten, sei kurz an einem dieser Argumente untersucht. Unter Punkt 6 erklärt der ÖGB, Zwentendorf werde von Experten als das sicherste Kernkraftwerk der Welt bezeichnet. Das ist schwärzester österreichischer Humor, der sonst nur von Qualtinger und Co ins Ausland exportiert wurde. Zwentendorf ist das einzige kernkraftwerk der Welt, das direkt auf einer Erdbebenlinie steht und dessen Grundwasser direkte Verbindung zum Grundwasser von Wien hat.

Es würde sich auch international lohnen, gegen die Inbetriebnahme von ZWENTENDORF vorzugehen. Denn das Parlament steht vor einer Zerreißprobe, wenn es um diese Abstimmung gehen wird. Am 8.4.1978 fand im Wiener Prater ein Fest der AKW-Gegner statt, an dem an die 6000 Menschen teilgenommen haben — für Wien, wo noch vor Jahren Demonstrationen kaum die Tausender-Grenze überstiegen, ein großer Erfolg. Am Sonntag den 9.4. fand dann in Wien eine Demonstration statt bei der auch an die 4000 Leute gegen die Inbetriebnahme von Zwentendorf protestierten.

Es wird Zeit, daß die internationale Bewegung gegen die Errichtung von Atomkraftwerken die bisherige Bewegung in Österreich besser unterstützt. Internationale Solidarität muß sich auch in großer Beteiligung an solchen Protestdemonstrationen ausdrücken, die in Wien stattfinden. Wir dürfen nicht nur in Frankreich und Holland unseren Protest gegen die menschenvernichtende AKW-Seuche darstellen, dazu ist Zwentendorf ein viel zu wichtiger Kampfpunkt. Die INITIATIVE österreichischer Gewerkschafter gegen Atomkraftwerke schlägt deswegen vor, daß in Wien ein internationaler Kongreß all jener Gewerkschafter stattfinden soll, die gegen Kernkraftwerke sind. Dies wäre ein erster Schritt, um dort ein einheitliches Aktionsprogramm zu entwickeln, wie mensch in den Gewerkschaften den jetzigen Wachstumsirrsinn und die verfehlte Arbeitsplatzsicherungsideologie kraft zusätzlichem Energieangebot bekämpfen sollte.

Die Qualität der Auseinandersetzung wird deutlich, wenn man die Betriebszeitung „chronik der laufenden ereignisse" liest, die der Betriebsrat der Fa. SIEMENS-DATA herausgibt

AUS: „chronik der laufenden ereignisse" — Zeitung der Mitarbeiter der SIEMENS-DATA GmbH Wien/Österreich

„Im vorigen Beitrag wurde die Entwicklung der Gewerkschaftsorganisation von ihren ideellen Ansprüchen am Beginn ihres Wirkens bis zu den materialistischen Anpassungsmechanismen der Gegenwart untersucht.

In keinem anderen Fall wurde diese Unterwerfung unter mechanistische Zwänge aber so deutlich, wie in der Frage der Atomkraftwerke. Die Meinungsbeeinflussung der Mitglieder durch die Publikationen der Gewerkschaftspresse (siehe SOLIDARITÄT Nov. 77), die den politischen Zwängen (Erfolgsnotwendigkeit in der laufenden Amtsperiode) unterliegenden Funktionäre der parteipolitischen Fraktionen und Angst vor dem Versagen des weltbilderhaltenden Meß- und Teilsystems (Stückzahl der Arbeitsplätze, Wachstum in Kilowatt, etc.) haben zu Aussagen und Abstimmungen geführt, die vom Erkenntnisstand der Akteure her gar nicht vertretbar sind.

Welche Möglichkeit hat das Mitglied, auf eine derartige Vorgangsweise des Apparates zu reagieren?

Die nebenstehende, auf diese Vorgangsweise bezugnehmende Erklärung hat das Ausscheiden des Unterzeichners aus der (in dieser Form für die anstehenden Probleme ungeeigneten) Organisation zur Folge.

Dieses Ausscheiden bezieht sich jedoch nur auf den passiven, institutionellen Teil der gewerkschaftlichen Arbeit. Im Bereich der Sinnfindung und Wertbildung setzt eine Betätigung nicht „eingeschriebene Mitgliedschaft", sondern bewußtes Erkennen und praktisches Erprobenlernen voraus. In dieser Tätigkeit verbinden sich die derzeitigen Mitglieder und die „Unorganisierten", die Funktionäre in der Institution und die lieben Leut' in den Betrieben, ob sie nun ‚Betriebsräte' oder ‚ganz einfache Menschen' sind.

Name Mitgliedsnummer

Betrifft: Beendigung der ÖGB-Mitgliedschaft zum Zeitpunkt der Einschaltung des Atomkraftwerkes Zwentendorf

Mit Bedauern habe ich festgestellt, daß alle die Atomkraftwerke betreffenden Entscheidungen auch innerhalb der Gewerkschaft nicht nach menschlichen, sondern nach „sachlichen" Gesichtspunkten getroffen werden.

Da ich eine derartige Entwicklung nicht unterstützen kann, teile ich Ihnen mit, daß ich meine Mitgliedschaft in der GPA bzw. ÖGB zum Zeitpunkt der Einschaltung des Atomkraftwerkes Zwentendorf beende.

Ich ersuche Sie, diesen Termin in Ihrer Mitgliederkartei zu berücksichtigen.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen"

„Initiative Österreichischer Atomkraftwerkgegner — IÖAG

Keine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf — Volksabstimmung

„Im Mai 1978 will die Regierung den Bescheid zur Aufnahme des radioaktiven Probebetriebs im AKW Zwentendorf geben. Damit bewilligt sie die Gefährdung von Mensch und Natur, die Ruinierung von Landwirtschaft und Fremdenverkehr. Die gesetzlichen „Sicherheitsauflagen" erlauben selbst beim störungsfreien Normalbetrieb die Freisetzung radioaktiver Schadstoffe, deren Auswirkungen unabsehbar sind. Das Risiko einer verheerenden Reaktorkatastrophe wird bewußt in Kauf genommen. Atommüll wird produziert, obwohl es kein sicheres Verfahren zur Lagerung gibt. Die Lebensgrundlagen der Bevölkerung sollen den Interessen der Herren der Banken und der Industrie geopfert werden, die am AKW-Programm profitieren.

Ob das gelingt, hängt von den Betroffenen ab — von uns. Gäbe es nicht den breiten Widerstand der Bevölkerung, wäre Zwentendorf s... zwei Jahren in Betrieb. Hundertausende haben gegen AKWs unterschrieben, zehntausende Menschen haben in Vorarlberg, in St. Pantaleon in Zwentendorf und in Allentsteig sowie am Nationalfeiertag vor dem Bundeskanzleramt und dem Parlament in Wien ihre Entschlossenheit demonstiert, das AKW-Programm zu verhindern. In welch schwierige Lage die Regierung heute gekommen ist, zeigt die Anlieferung der Brennelemente. Das AKW Zwentendorf kann heute nur mehr mit Einsatz des Bundesheeres fertiggebaut werden. Denn das Volk hat durch das AKW-Programm nichts zu gewinnen. Es wird aus den Steuern und Stromtarifen, die wir bezahlen müssen, finanziert. Es kann weder Wohlstand noch Arbeitsplätze sichern. Es verstärkt die Abhängigkeit von Supermächten, die die Uranlieferung monopolisieren.

In den nächsten Wochen soll nun das Parlament „endgültig" über „die Einführung der Atomenergie in Österreich entscheiden". Die Vertreter der Parteien, die seit Jahren in Bundesregierung, in Landesregierungen und in den Aufsichtsräten der E-Wirtschaft das AKW-Programm vorantreiben, die heute schon Millionenbeträge ins zweite AKW in St. Pataleon investieren, sollen jetzt „den Willen des Volkes interpretieren" (Kreisky). Es ist ein abgekartetes Spiel, um der Inbetriebnahme Zwentendorfs einen Schein von Demokratie — den Segen der Volksvertreter zu geben. Die Regierung will sich die Legitimation verschaffen, sich gewaltsam über den Widerstand der Bewegung hinwegzusetzen.

DEM MÜSSEN WIR JETZT ENTGEGENTRETEN

Wir sprechen den Volksvertretern das Recht ab, im „Namen des Volkes" ein Energieprogramm gegen das Volk zu beschließen. Wir fordern, daß das Volk selbst die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf entscheidet, wir fordern VOLKSABSTIMMUNG!

Kontaktadresse: Franz Schallmeiner, Herbeckstraße 75/10/10, A-1180 Wien, Österreich.

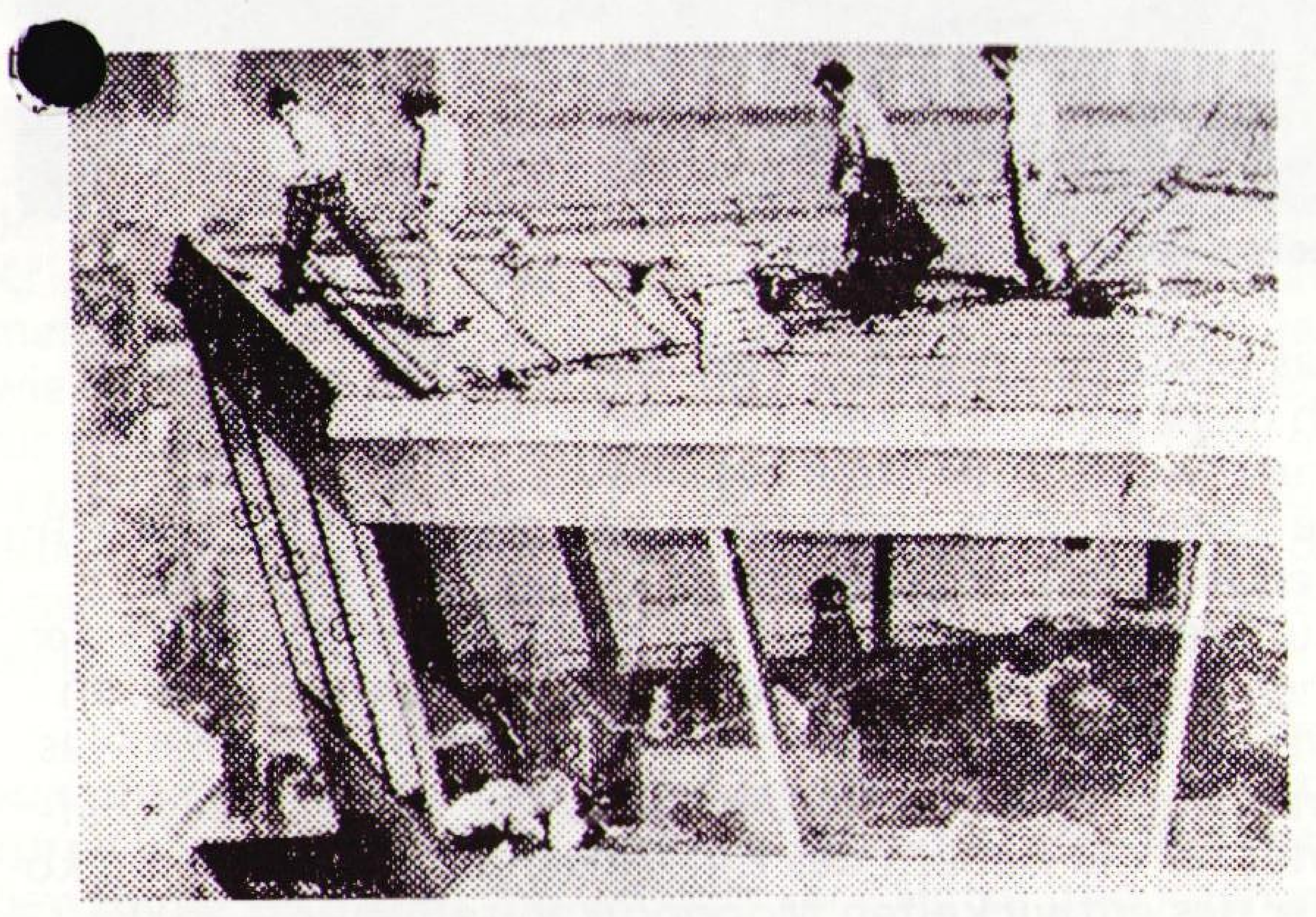
UNTER DEM FLUGHAFEN: DER ACKER

Der 26. März - das 'Dien Bien Phu' Naritas

TOKIO 3. APRIL *Ein Frankfurter Genosse, der zur Zeit in Japan lebt, schrieb uns einen Brief über die Flughafenbesetzung (siehe auch ID 154):*

Aus dem Gulli in den Tower

Am 26. März, vier Tage vor der geplanten feierlichen Eröffnung des New Tokyo International Airport (Narita) versammelten sich 8.000 bis 10.000 Anti-Flughafen-Aktivisten mit dem erklärten Ziel, diese Ereignis in letzter Minute noch zu verhindern. Was angesichts eines massiven Polizeiaufgebots von 13.000 Mann und einer Kette gezielter Razzien und Zerstörungsaktionen der Staatsgewalt an den Widerstands- und Versammlungszentren der Militanten in den Tagen und Wochen zuvor eher nach einem 'letzten Gefecht' aussah, verwandelte sich innerhalb von Stunden zum größten Erfolg der Bauern-Militanten-Allianz in den Jahren des Kampfes. Noch während die Versammlung der 10.000 lief, wo Gruppen der verschiedensten Widerstandsinitiativen vertreten waren, hatten die gutorganisierten, disziplinierten und in der Tat mutigen Kader den Sturm bereits organisiert. Etwa 20 Mann (Frauen waren da wohl tatsächlich nicht dabei) saßen seit einer Nacht im unterirdischen Kanalisationssystem in der Nähe des Kontrollturms und warteten auf das Signal. Der Angriff kam von Trupps von 300 - 400 auf zwei der schwerbewachten Tore des weitläufigen Flughafengeländes. Den Rückzug verängstigter Polizisten ausnutzend, rammten sie mit einem spezialpräparierten Laster die Absperrungen und stürmten mit einem Hagel von Steinen und Molotow-Cocktails das Gelände. Mittlerweile kamen die 20 aus ihren Löchern, überwältigten die paar privaten Sicherheitsbeamten - die Polizei, ihrer Stärke sicher, hatte kaum Leute im Inneren des Flughafengeländes deponiert zum Objektschutz-, fuhren mit dem Aufzug in den 13. Stock des Kontrollzentrums, und von dort ging es per Treppe weiter bis zum elektronisch verschlossenen Kontrollraum. Von einem Balkon aus zerschlugen sie die Scheiben, was die Luftkontrolleure zur schleunigsten Flucht auf das Dach veranlaßte. Die Fahne hissend begannen die sechs 'Eindringlinge' mit Eisenhämmern und Stahlstangen die empfindliche und kostspielige Elektronik des Nervenzentrums des Flughafens in eine Bruchlandschaft zu schlagen oder die Instrumente kurzerhand aus dem Fenster zu schmeißen. Am Fuße des Kontrollturms bekämpften die Genossen mittlerweile die Polizei, was denen oben im Turm zwei Stunden Zeit verschaffte für ihren Beitrag zur Sicherheit im Flugverkehr.



Als die Demonstranten in den Kontrollturm einbrachen und die Einrichtung zerstörten, ging das Personal aufs Dach.

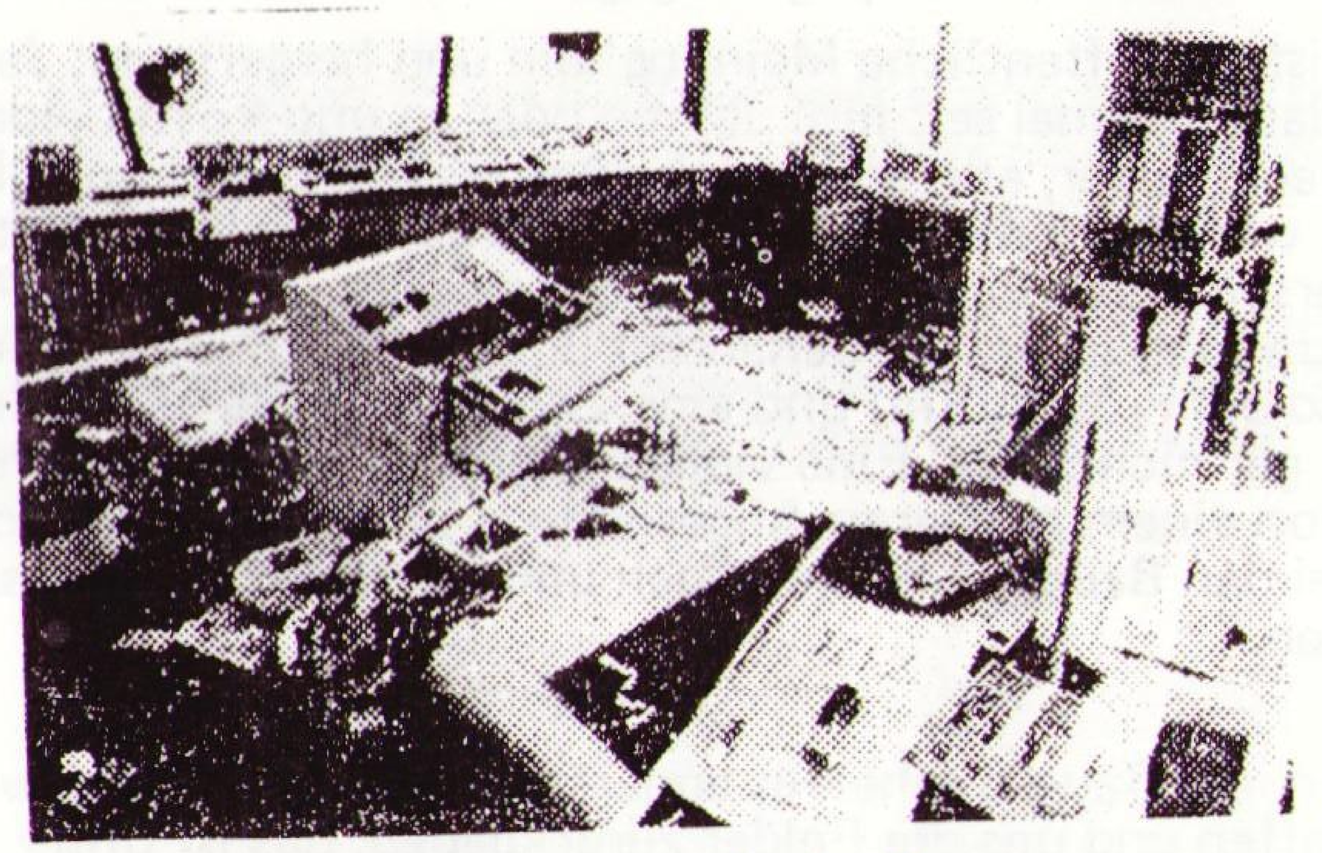
Als die Polizei dann das Feld eroberte und die Aktivisten festnahm, hatten diese ihr Werk gründlich getan. Wenn Premierminister Fukuda auch noch vier Tage brauchte, um es offiziell zu machen, so war klar, daß das, was Fukuda zu seiner ganz persönlichen Angelegenheit und einer des internationalen Ansehens des Landes gemacht hatte – die Eröffnung des Flughafens bis zum 31.März – ausfallen mußte, bis auf unbestimmte Zeit. Am nächsten Tag sprach Tomura Issaku, der 69 Jahre alte Führer der Sanrizuka- Shibayama-Bauern-Vereinigung, von dem 'Dien Bien Phu' Naritas, anspielend auf die historische Niederlage der französischen Imperialisten in Vietnam 1954.

Der Jubel über diese grandiose Aktion innerhalb der japanischen radikalen Bewegung ist groß und emphatisch, und es gäbe noch viel an Einzelheiten über Aktionen am nächsten Tag zu berichten (da wurde das City-Flughafenterminal mit Molotowcocktails angegriffen) oder später, als durchgeschnittene Telefonkabel die Kommunikation lahmlegten; am 2.4. gab es eine friedliche Demonstration von 7.000 um den Flughafen; oder in den Wochen und Monaten zuvor, als es militante Auseinandersetzungen um Stahltürme und kleine Festungen gab, die die Widerstandsbewegung rund um den Flughafen errichtet hatte, genauso wie vom gespenstischen, an Wild-West-Postzüge erinnernden Bild der schwerbewaffneten Öltransport züge von der Küste nach Narita für die Treibstoffversorgung (da die Pipeline am lokalen Widerstand der Anwohner gescheitert ist). Aber ich will hier nicht aufzählen, was die alles gemacht haben, sondern eher ein paar Sachen dazu anmerken, die mir so auf- und einfallen dazu, aus Gründen, die vielleicht beim weiteren Lesen klar werden (oder auch nicht).

Japanische Zustände verstehen

Wenn man sehr lange in Frankfurt gelebt und an den kleine Erfolgen und großen Niederlagen der lokalen Politik irgendwie beteiligt war, und diese Scene dann reichlich frustriert und innerlich erleichtert in Richtung Fernost verläßt, dann kommt man bestimmt nicht in Japan an, um hier mit Elan und Unbekümmertheit in die Gegenkultur sich einzulassen oder gar als Polittourist mit Botschafterambition sich zu begreifen. Im Gegenteil, man ist erstmal für lange Zeit ganz still. Macht man dann die Augen etwas auf, um mal so zu hören, was denn läuft, wird es echt schwierig: wie soll man verstehen, wo einem doch die Frankfurter Brille auf der Nase rumrutscht.

Nun soll es ja Leute geben, die innerhalb von drei Wochen mit entsprechenden Kontakten die richtige Einschätzung über die japanische politische Scene zustande gebracht haben (z. B. wohl Alice Schwarzer über die hiesige Frauenbewegung); aber wenn man nicht so schnell ist, dann erfährt man mit jedem Tag mehr, wie tief die Differenz der japanischen politischen Tradition und Kultur, das Milieu und sein Stil von dem eigenen entfernt sind, wie verständigungsgehemmt man auf Phänomene reagiert, was einen dazuveranlaßt, noch vorsichtiger zu werden in seinen Aussagen über alles japanische. Das klingt jetzt ein bißchen wie großes ostasiatisches Geheimnis oder wie Märchen aus China, das muß man in Kauf nehmen. Ich bin mir höchst unklar, in wieweit meine Meinungen was real über die



Der Kontrollturm nach der Besetzung.

hiesigen Verhältnisse oder doch nur über die Ansichten eines gutwilligen, aber behinderten halbierten Autonomen aus der Frankfurter Landschaft etwas aussagen.

Natürlich könnte man auch nach Sanrizuka zu den Bauern gehen und mit ihnen zusammen den Reis und das Gemüse pflanzen und sich in eine der Aktivistinnen dort verlieben, aber . . . die Liebe zu Japan hat auch ihre Grenzen und Bequemlichkeiten und schließlich hat man eine eigene (westdeutsche) Identität.

Der Flughafen, eine Mist-Geburt

Zurück zum Flughafen:
Die öffentliche Reaktion auf den Sturm des Kontrollzentrums war sehr gemischt. Natürlich war es ein Schlag ins Gesicht für

die japanische Regierung und für die Polizeiführung. Und es gab den beliebten Schrei nach law and order, schärferen Gesetzen und schärferen Waffen gegen Radikale; dennoch, die Hysterie hatte, vergleicht man sie mit dem, was aus der BRD hier ankommt, Grenzen. Das hat zum einen was zu tun damit, wie das politische Establishment auf Angriffe und Krisen reagiert (ganz ähnlich bei der Flugzeugentführung durch die Rote Armee im letzten Herbst in Dacca — die Dinge haben zuallererst mal 'ne praktische Seite, die man lösen muß und mit den moralisch-politischen Prinzipien ist das eh so 'ne Sache), zum anderen sehr viel damit, daß dieser Flughafen von keiner Seite richtig gewollt wird.

In den Wochen vor seiner vermeintlichen Eröffnung war fast täglich in der konservativen Presse (z. B. Japan Times) ein Artikel zu lesen, wo sich irgend jemand über diese Mißgeburt beschwerte: die Piloten, weil es Windströmungen, Wirbel und nur eine Start- und Landebahn gibt, die Fluglinien, weil das Ding so schwer zu erreichen ist (mit dem Auto oder Bus kann es Stunden dauern, ein Taxi kostet bis downtown Tokio über 100 Mark, mit dem Zug muß man meist mehrmals umsteigen) und es keine direkten Verbindungen zu anderen japanischen Flughäfen gibt, da die Inlandflüge alle weiter vom alten Flughafen Haneda abfliegen (bis auf ‚Japan Airlines' — worauf die Ausländer wieder besonders sauer sind). Oder der ‚kleine Mann' der sich verarscht fühlt, weil die VIP's (wie Scheel und Schmidt die demnächst hier vorbeikommen sollen) per Hubschrauber nach Tokio geflogen werden. Oder Anwohner, weil schon jetzt das Öl aus den Tanks mehrmals ausgelaufen ist. Oder normale Leute aus der Gegend, weil die örtliche Eisenbahngewerkschaft seit geraumer Zeit ab und zu streikt oder Dienst nach Vorschrift macht, weil sie gegen die mangelnden Sicherheitsbestimmungen für den Öltransport protestiert, was für die Leute Unannehmlichkeiten, überfüllte Züge oder zu spät zur Arbiet zu kommen heißt.

Wohin man auch schaut, es gibt tausend und einen Grund, den Flughafen einfach Mist zu finden. Und — es gibt wenn auch nicht mit den militanten Revolutionären so doch mit den betroffenen Bauern eine wenn auch wechselnde und schwankende Symphatie für ihren Widerstand, ihre Ausdauer und ihre Ziele. Daß die Bauern der Sanrizuka-Shibayama-Gegend von der Regierung von Anbeginn mit der Ignoranz und Arroganz einer herrschenden Bürokratie behandelt worden sind, macht viele Japaner auch heute noch betroffen. Das, was man als zivilen Ungehorsam bezeichnen kann, die Haltung, daß ‚die da oben' nicht alles mit einem machen können, ist in Japan weit verbreitet und drückt sich in den zahllosen Initiativen gegen diese oder jene Schweinerei des big business oder der Regierung aus, und diese Kämpfe haben eine sehr viel länger Tradition als die BRD-Kampagnen gegen den Atomtod etc.

So ist die ‚öffentliche Meinung' hin und hergerissen: Jetzt steht das Ding mal seit fünf Jahren oder so und kostet jeden Tag Steuergelder, also soll man's auch mal eröffnen und überhaupt, was denkt das Ausland von ‚uns Japanern' einerseits; andererseits: den Bauern haben sie aber ganz schön mitgespielt und sie ungerecht behandelt und der Flughafen ist immer noch so ein Provisorium und eine Zumutung, daß es ihn am besten gar nicht gäbe. Eine vielleicht ganz typische Äußerung dazu von einem mittleren Angestellten: „Die Regierung soll sich bei den Bauern entschuldigen und dann den Flughafen eröffnen."

Nun, die Bauern sehen es anders: sie sollen das Ding wieder abschaffen und uns die Felder zurückgeben, das ist unser Ziel und nichts anderes. ‚Die' Bauern von Sanrizuka-Shibayama gibt es nicht. Als der Konflikt vor mehr als einem dutzend Jahren begann, als die Regierung und die Flughafengesellschaft aus heiterem Himmel und ohne Konsultation oder ähnliches auf einmal auf die Idee kamen, den nicht zuletzt durch US-Army-Logistikflüge für den Krieg in Vietnam zunehmend verstopften alten Flughafen Haneda in Tokio durch einen neuen zu ersetzen, war die Empörung und der Widerstand der betroffenen Bauern ziemlich einheitlich. Die meisten von ihnen waren erst nach dem Krieg auf dem vormals zum kaiserlichen Haushalt gehörenden Land angesiedelt worden und hatten in jahrelanger Knochenarbeit und unter hoher Verschuldung den Boden fruchtbar gemacht. Die Banden und das Gemeinschaftsgefühl unter ihnen waren relativ stark; und eine der bittersten Anklagen gegen die Regierung und die Flughafengesellschaft ist, die Einheit und Gemeinschaft der Bauerngemeinde durch Geld und Tricks zerstört zu haben, mit Methoden des big business das Land terrorisiert zu haben. Am Anfang umfaßte die „Vereinigung von Sanrizuka-Shibayama gegen den Flughafen" auf japanisch kurz „Hantei Domei" (Oppositionsliga) genannt, an die 1.000 Familien. Heute sind es wesentlich 120 Bauernfamilien, die den ‚harten', den bäuerlichen Kern der Widerstandsbewegung bilden. Viele haben dem massiven Druck nachgegeben, viele hat man umgesiedelt oder hat sie mit Geld gekauft, die unglücklichsten unter ihnen waren die, die mit dem Geld in eines der Kleingewerbe im Zusammenhang mit dem Flughafen einsteigen wollten (Snackbars etc.) und heute hochverschuldet noch immer auf die neuen Ströme von Milch und Honig warten, die ihnen die Flughafengesellschaft einst versprochen hatte.

Die ersten auch bei uns zu sehenden Kämpfe kamen dann 1971, als die Flughafengesellschaft ernst machte mit der gewaltsamen Enteignung von nicht verkaufswilligen Bauernfamilien und der Erschließung des Geländes. In wochenlangen bitteren Schlachten fochten die Bauern und die sie unterstützenden Studenten und Gruppen mit simplen Mitteln (alten Schwertern, Dreckschleudern, Gräben, etc.) gegen die paramilitärische Technologie von zigtausenden von „riot-police". In diesem Jahr gab es die ersten Toten: Drei Polizisten bei einem Molotow-Angriff; aus dieser Zeit stammten die ersten Analogien mit dem Kampf der Bauern von Vietnam gegen den US-Imperialismus.



Die japanischen Bauern und Vietnam

Was das eigentlich meint, „Vietnam in Japan", ist mir so ganz auch nicht klar, und wenn Tomura Issaku jetzt sagte: das vietnamesische Volk brauchte dreißig Jahre um die Eindringlinge zu vertreiben, dann heißt das, daß wir noch 17 Jahre kämpfen werden und müssen, um es den Vietnamesen gleichzutun, so lese ich das auch ein bißchen ungläubig ob der historischen Proportion. Dennoch . . . es gibt eine Reihe von Analogien, die durchaus greifen: Der Flughafen und alles was an ihm dranhängt (Expreßstraßen und -züge, Hotels, Geschäfte) bedeutet für die Bauern das Eindringen einer fremden Ökonomie - der des entwickelten Monopolkapitalismus — in die gerade aufblühende natürliche Produktionsweise der Landwirtschaft. Die Beton- und Glasbauten, die elektronische Technologie, der Lärm der Jets, all dies ist ein totaler Fremdkörper in einem unzerstörten Milieu, genau wie die Militärzentren der Amerikaner, ihre fliegenden elektronischen Bomberfestungen und Hubschrauberbataillone in Vietnam waren. Daß der kapitalistische Fortschritt auf der Zerstörung und Ausbeutung des vorkapitalistischen agraischen Milieus beruhte, ist bei uns weitgehend Geschichte, in dem Land um Narita wurde das ganz manifest sinnlich. Zum anderen: die Analogie mit den Bauern in Vietnam bedeutete die Wiederentdeckung der positiven Identität des Bauern. Nicht nur Opfer der Industrialisierung zu sein, als rückständig und provinziell, abgeschnitten vom glitzernden Leben der Städte sich zu sehen, sondern in der Landwirtschaft auch eine Stärke, eine Identität und ein

Selbstbewußtsein zu finden, stolz, Bauer zu sein — dafür war Vietnam hilfreich. Und die Analogie bedeutet auch — neben den vielen Übereinstimmungen der Kampfformen und des elementaren, mit dem Leben und der Existenz einstehenden Engagements von Männern, Frauen, Kindern und Alten — daß der Kampf lange dauern wird, daß er über eine Kette von Niederlagen und Zurückstecken gehen würde, daß aber in letzter Instanz es keinen Flughafen geben wird gegen den Willen der Bauern. Das ernst zu nehmen ist sehr schwierig, speziell für Leute so weit draußen wie ich, denn im Grunde herrscht bei bei mir das gleiche Bewußtsein vor wie beim lockeren Briefschreiber aus Frankfurt, der verlauten ließ: also das Ding wird jetzt eröffnet, so schreib doch jetzt mal was Zusammenfassendes darüber, d. h. die Einstellung: O.K., die haben heroisch gekämpft, elf Jahre lang, aber jetzt steht das Ding, man kann es sehen, die Landebahn anfassen, da gibt es kein zurück mehr, und man sieht damit im Kampf gegen den Flughafen eines der vielen aber aussichtslosen Ereignisse, halt ein Symbol, daß es Widerstand gibt, aber daß er immer noch und immer wieder zerschlagen wird.

Was der 26. März mir hier gezeigt hat ist (und das dringt auch in Teile der „öffentlichen Meinung"): daß die Sandkastenspiele der Staatsgewalt zur Sicherheitsfrage ein hoffnungsloses Schattenboxen sind, daß die Eindimensionalität ihres Denkens — noch mehr Polizei, noch bessere Überwachung, noch härtere Waffen — in fataler Weise an die Militärstrategen in Vietnam erinnert, die glaubten, mit noch perfideren Bombardements den Krieg, den sie politisch und sozial nie gewinnen konnten, doch noch durchhalten zu können.

Es ist wahrscheinlich, daß es keinen sicheren Flughafen Narita geben kann, daß es an allen Ecken, von den Transportwegen des Treibstoffs, bis zu denen der Passagiere, von der Lande- und Startbahn bis zum Terminal selbst, Möglichkeiten zur Subversion und Sabotage gibt, daß sie nicht 24 Stunden alles und jedes bewachen und checken können. Kurzum: der Flughafen wird sicher einmal eröffnet werden — damit rechnet die Hantei Domei auch —, nur ändert das nichts am Kampf und die Aussicht, daß das Ding tatsächlich einmal vielleicht wieder in ertragreiche Äcker verwandelt wird, ist unter Umständen gar nicht so utopisch, wie es scheint.

Japanische Linke, Selbstzerstörung, Erfolge . . .

Gut, das klingt jetzt vielleicht ein bißchen triumphalistisch mit der Abschaffung des Flughafens, aber . . . Ich will noch auf die politischen Zusammenhänge in der Widerstandsbewegung eingehen. Den Kern der Hantei Domei stellten immer und stellen auch heute noch unmittelbar betroffene Bauernfamilien des Hokuso-Plateaus. Deren Politisierungsprozeß ist umst[illegible]erisch, von Stockkonservativen (die meiste Unterstützung für die LDP, Partei der Regierung, kommt traditionell vom Lande) zu Subversiven. Die Presseerklärungen des Vorsitzenden der Hantei Domei sind ohne jeden Kompromiß: es herrscht Krieg gegen diesen Staat, und jedes Mittel, auch die gewaltsamen sind recht. Als vor einiger Zeit die Rote Armee Japans, wie bei uns die Inkarnation des Terroristen, ihre Unterstützung für den Kampf gegen den Flughafen ankündigte (was immer das heißen mochte bei deren Politik) wurde das von Tomura ausdrücklich begrüßt: jeder, der uns unterstützt, ist willkommen (man stelle sich das mal in der BRD von einem Vorsitzenden einer Bürgerinitiative vor).

Die Aktion vom 26. März wurde denn auch durchgeführt von einer Gruppe, die sich der trotzkistischen Internationalen zurechnet. Alle radikalen Gruppen sind in der Widerstandsbewegung vertreten, haben dort ihre Hütte und kochen auch ihr ‚Süppchen'. So wertvoll und notwendig diese Gruppen für den Kampf der Bauern auch sind, ihre Existenz ist durchaus ambivalent für die Bewegung.

Jetzt müßte ich eigentlich auf diese Gruppen und damit auf die Studenten eingehen, doch das ist ein kompliziertes und verworrenes Gelände. Um eine lange Geschichte abzukürzen: Wenn es etwas sektiererisches und selbstzerstörerisches an linken Organisationen gibt, dann sind es die politischen Gruppen in Japan. Nicht nur die Geschichte der Roten Armee, auch die vieler anderer Gruppen ist bis auf den heutigen Tag von tödlichen internen Auseinandersetzungen geprägt, und bei den Fraktionsstreitereien sind allein dieses Jahr schon vier Studenten und Studentinnen ermordet worden von der anderen Seite. Und es hat etwas makaberes und beängstigendes, wenn diese Gruppen ihre ‚Erfolgsmeldungen' von der Liquidierung auf Demonstrationen am Flughafen bekanntgeben. Das ist eine ganz trübe Geschichte. Wo das herkommt, darüber kann ich nur spekulieren. Daß es was mit der brutalen physischen Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung in Japan in den zwanziger Jahren, die wohl stärker und gemeiner war als bei uns und dem damit verbundenen Problem des Spitzels und Abweichlers zu tun hat, ist naheliegend, aber warum heute und in diesen Gruppen, dazu will mir nichts in den Kopf.

Neben diesen selbststilisierten Avantgarden bekommt die Widerstandsbewegung ihre Unterstützung von unorganisierten Einzelnen — die sich zum Teil zu direktem Einheiraten, Familiengründungen und Landkommunen entwickelt hat — und von den zahlreichen Initiativen gegen alle Arten von Zerstörung des Lebens und der Umwelt. Insbesondere im letzten Jahr hat sich ein reger Austausch und eine Zusammenarbeit z. B. mit der Vereinigung im Kampf gegen die Aussätzigen, dieser speziellen Gesellschaftsgruppe in Japan, der von Tradition her die Integration in die ‚normale' Gesellschaft verwehrt wird, oder mit der Vereinigung gegen eines der frühsten und schwersten Industrieverbrechen der neueren Zeit, den Opfern der Minamata-Krankheit. Alle diese Gruppen arbeiten sehr lokal, und wenn sie sich zusammentun, kommen manchmal nur 30 und halt manchmal 10.000 zusammen.

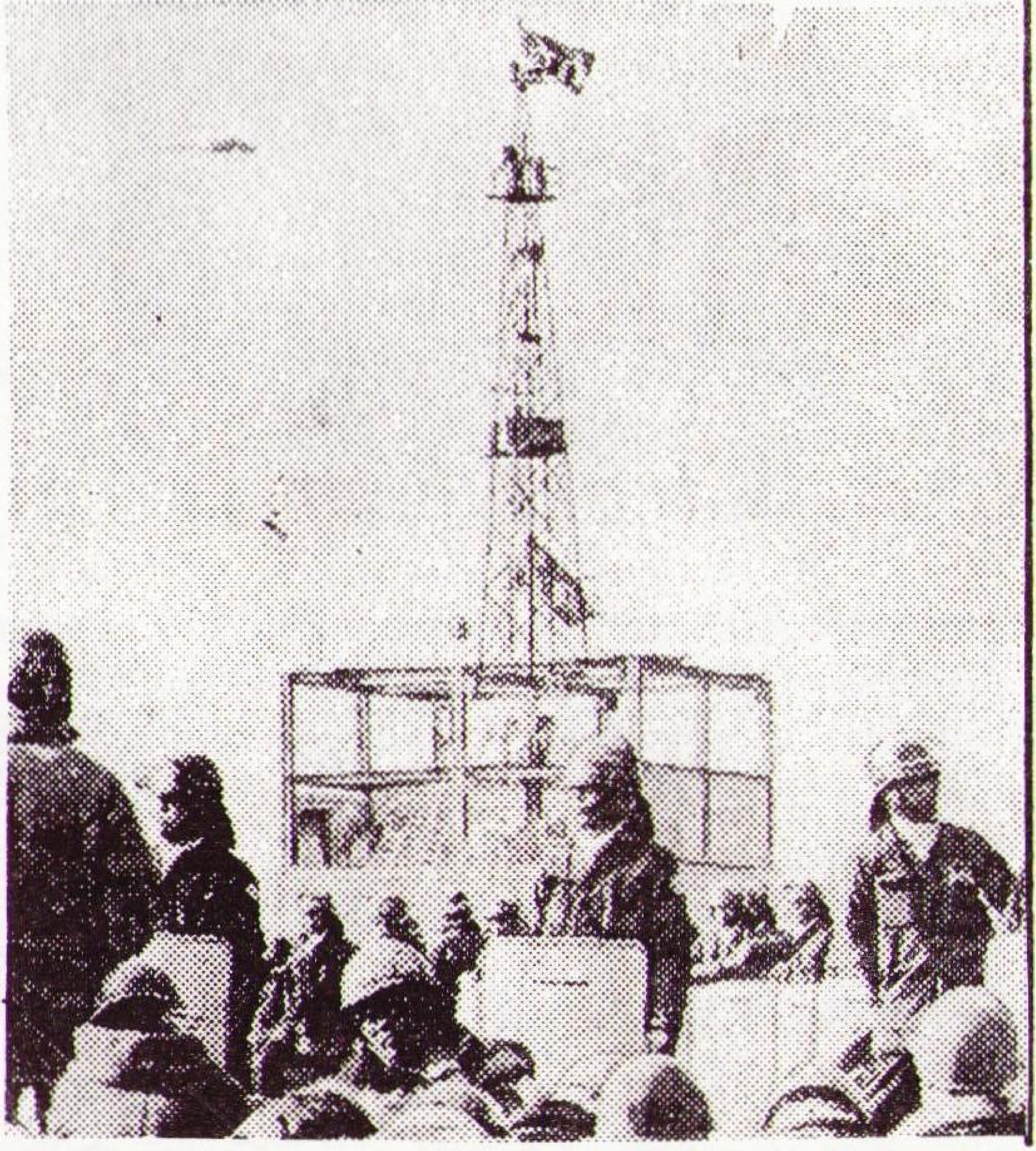
Wie polarisiert und damit aber zugleich auch isoliert von größeren Teilen der Bevölkerung der Kampf gegen den Flughafen ist, wird daran deutlich, daß letztes Jahr im April die bis dahin und bis heute größte Demonstration in Sanrizuka mit 23.500 Leuten stattgefunden hat. Und die kamen aus ganz Japan angereist. Wenn man überlegt, daß Tokio allein 300 - 500.000 Studenten hat, so bleiben da eine Reihe Fragezeichen.

Die bürgerlichen Parteien, auch die Sozialisten oder die KP haben am Anfang eine kurze Gastrolle gegeben, sich dann aber schnell verdrückt. Genausowenig kommt es zu einer Solidarität von Seiten der Gewerkschaften, bis auf ganz kleine Sektionen. Auf den großen Gewerkschaftsdemonstrationen zum 1. Mai oder Anti-Kriegstag gibt es nicht mal eine verbale Erwähnung des Kampfes.

Woran das liegt? Sicher hängt es an der gesamten Misere radikaler linker Politik seit den großen nationalen Kämpfen gegen den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag (1960) und seit Vietnam. Konflikte und Aktionen gibt es in Fülle, eine Perspektive, na ja.

Ich grüße mal ganz herzlich vom autonomen Einzelnen zur autonomen Vielfältigkeit. Kein Flughafen in Narita heute und nirgendwo.

P.S. Es gibt einen tollen Bildband mit englischen Untertexten zu Narita: Fukushima Kikujiro, „Report from a Battlefield", Sanrizuka 1967 – 1977, Shakai Hyoronsha Ltd., ca. 15.– DM.
Im übrigen können sich Leute, die über japanische Ereignisse mehr erfahren wollen, an die „New Asia News" (Pacific Asia Resources Centre, P.O. Box 5250, Tokyo International) wenden.



Die Polizei versuchte, Demonstranten mit Wasserwerfern von einem Stahlturm herunterzuholen, den sie dicht an der geplanten Landebahn errichtet hatten.

Nummer des Abonnements | bezahlt bis ID-Nummer | Exemplare

3

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Posteinlieferung des letzten ID: Freitag NR. 225

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID-Konto überweisen–sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

AMERIKANISCHE SOLDATEN GEGEN DIE NEUTRONENBOMBE

MANNHEIM 13. April *Erstmals im Februar 1978 gab es in der BRD Veröffentlichungen über Aktivitäten amerikanischer Soldaten gegen die Neutronenbombe. Seit Januar 1978 sammeln sie Unterschriften gegen die Bombe mit der Argumentation: „We are against a weapon, that makes war more probable, because it makes war more profitable" — Wir sind gegen eine Waffe, die den Krieg wahrscheinlicher macht, da sie ihn gewinnträchtiger werden läßt."*

Zwei der Soldaten, John Vitu und Ken Ulrich, die Unterschriften gegen die Bombe sammeln, wurde von ihren Kommandanten erklärt, daß sie frühzeitig aus der Armee entlassen werden sollten. Allerdings nicht wegen ihrer Aktivitäten gegen die Bombe, sondern wegen Drogenmißbrauchs. Da die beiden von der Armee ohnehin nicht begeistert waren, hatten sie gegen eine ehrenhafte Entlassung nichts einzuwenden. Aber sie verschwiegen nicht, daß sie in den USA an einer Konferenz teilnehmen wollten, deren eines Thema die Neutronenbombe war. Auf dieser Konferenz sollten auch ehemalige Mitarbeiter der amerikanischen Geheimdienste teilnehmen — unter anderen auch der ehemalige CIA-Verantwortliche für die Söldnerwerbung für Angola. (Die Teilnehmer an diesen Konferenzen heissen in der amerikanischen Sprache ‚Whistle blowers'. Sie sind in den USA ein positiver politischer Begriff. Sie haben meistens eine längere Zeit bei einem Arbeitgeber gearbeitet und informieren die Öffentlichkeit über die Praktiken ihrer Arbeitgeber. Zum Beispiel auch darüber, wie die Regierung die Bevölkerung betrügt. Bei der Suche nach einer deutschen Übersetzung für diesen Begriff fiel auf, daß es keinen positiven Begriff für solche Leute in der deutschen Umgangssprache gibt. Er wäre noch zu prägen.)

In diesem Fall wollten Vitu und Ulrich die Öffentlichkeit informieren, wie die US-Armyführung den Kampf der amerikanischen Soldaten gegen die Neutronenbombe verleugnet. Von der US-Army war sogar die bloße Existenz von Unterschriftenlisten verleugnet worden.

Es scheint daß die Generäle, als die Absicht der beiden an ihr Ohr drang, ihren Entschluß auf vorzeitige Entlassung schnell änderten. Plötzlich waren beide als Zeugen in einem Drogenprozeß unabkömmlich und konnten Deutschland nicht verlassen. Aber es scheint sich nicht um einen normalen Prozeß zu handeln. Die Anklage macht solch grobe Verfahrensfehler, daß die Vermutung naheliegt: „Dieser Prozeß soll verschleppt werden, um die beiden an einer Aussage zu hindern." Prozeßfehler: Bereits zweimal wurde ein für eine Anhörung notwendiger Vorsitzender ernannt, der entgegen den Vorschriften den zu behandelnden Fall sehr gut kannte, also absolut befangen war.

Der **Informationsdienst ID** im **Abonnement**

Der wöchentlich erschienende ID ist zu abonnieren beim **frankfurter informationsdienst e.V.**
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90

Postadresse :
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

Für ein Abonnement bitten wir um Vorauszahlung von 18 Mark für 12 Hefte = ein Vierteljahr. Entsprechend 36 Mark = halbes, 72 Mark ganzes Jahr. Die Vorauszahlung ist zu leisten auf das
postscheckkonto 52 52 28 - 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)

bitte bei bestellung stichwörter angeben : "NEUABO", "Verlängerung", Adresswechsel" etc. ausserdem die genaue Adresse (bzw. die Abonnementsnummer

Am vergangenen Sonntag filmte ein Team für das amerikanische Fernsehen Soldaten vor der Mannheimer Coleman-Kaserne. Die Soldaten sammelten Unterschriften gegen die Neutronenbombe. Als der erste Unterzeichner ansetzte zu unterschreiben, kamen vier Fahrzeuge der amerikanischen Militärpolizei herangebraust, die Insassen umzingelten die auf deutschem Boden stehenden Soldaten und wollten das Fernsehteam verscheuchen. Nachdem den Insassen auch von der deutschen Polizei erklärt wurde, daß gegen das Filmen nichts zu sagen sei, bestiegen sie ihre vier Fahrzeuge und verschwanden.
Weitere Informationen über den Film und die Konferenz: Max Watts, 06223/3316
Adresse der Konferenz: Government Accountability Project, 1901 Que Street N.E., Washington D.C. 20002